



EUROJUST

Jahresbericht 2015



Criminal justice across borders

Eurojust supports national authorities in the efficient coordination of investigations and prosecutions of serious and organised cross-border crime

© Eurojust, 2016

Diese Publikation umfasst den Zeitraum 1. Januar - 31. Dezember 2015

Katalognummer: QP-AA-16-001-DE-N

ISBN: 978-92-9490-058-6

ISSN: 2443-6488

DOI: 10.2812/363256

Für Anfragen:

Tel: + 31 70 412 5000

E-Mail: info@eurojust.europa.eu

Website: www.eurojust.europa.eu



Eurojust Jahresbericht 2015

Der Eurojust-Jahresbericht 2015 wurde aus der englischen Originalfassung ins Deutsche übersetzt.

Inhaltsverzeichnis



Vorwort	7
Zusammenfassung	9
Eurojust auf einen Blick	13

Kapitel 1 Die Instrumente von Eurojust

1.1 Eurojust-Koordinierungstreffen	15
1.2 Eurojust-Koordinierungszentren	16
1.3 Eurojust-Fallbearbeitungssystem	17
1.4 Eurojust und JITs (gemeinsame Ermittlungsgruppen)	18

2015 Zeitleiste: Ereignisse des Jahres	24
---	-----------

Kapitel 2 EurojustFallarbeit

2.1 Eurojust-Fallarbeit in vorrangigen Kriminalitätsbereichen	27
2.1.1 Terrorismus	28
2.1.2 Cyberkriminalität	32
2.1.3 Schleuserkriminalität	34
2.1.4 Menschenhandel	36
2.1.5 Betrug	38
2.1.6 Korruption	40
2.1.7 Drogenhandel	40
2.1.8 Organisierte Eigentumsverbrechen verübt durch MOCGS	42
2.2 Eurojust-Unterstützung in weiteren Kriminalitätsbereichen	44

2.2.1 Geldwäsche	44
2.2.2 PIF-Kriminalität	44
2.2.3 Meerespiraterie	45
2.2.4 Umweltkriminalität	45
2.2.5 Kinderschutz	46

2.3 Die Partner von Eurojust	46
---	-----------

2.3.1 Kooperation mit Europol	46
2.3.2 Kooperation mit OLAF	47
2.3.3 Kooperation mit Drittstaaten	50

Operation Vertigo: nähere Betrachtung	55
--	-----------

Kapitel 3 Herausforderungen und bewährte Methoden

3.1 Zuständigkeitskonflikte	58
3.2 Datenspeicherung	60
3.3 Kontrollierte Lieferungen	61

Schwerpunkt des Jahres: Sicherstellung, Einziehung und Vermögensabschöpfung	63
--	-----------

Kapitel 4 Die Verwaltung von Eurojust

4.1 Unterstützung der operativen und strategischen Arbeit	69
4.2 Personal und Haushalt	71
4.3 Externe Kommunikation	71
4.4 Das neue Gebäude	72



Kapitel 5 Eurojust und Netzwerke für Praktiker

5.1	Europäisches Justizielles Netz	75
5.2	JIT-Experten-Netzwerk.....	75

5.3	Genozid-Netzwerk	77
5.4	Consultative Forum	77

Thema: Evaluation und Perspektiven für die Zukunft.....	80
--	-----------

Weitere Vorgehensweise nach den Schlussfolgerungen des Rates	83
--	----

Grafiken und Zahlen

Eurojust fights serious, cross-border organised crime	4
Fallarbeit 2002 – 2015	10
Bilaterale/multilaterale Fälle 2011 – 2015	10
Bilaterale/multilaterale Fälle pro Mitgliedstaat	11
Ersuchende/ersuchte Mitgliedstaaten	11
Eurojust at work in 2015	12
Koordinierungstreffen (CM)	15
Drittstaaten, Kooperationspartner und internationale Organisationen, die an Koordinierungstreffen beteiligt waren	16
Koordinierungszentren (CC)	17
28 Eurojust National Coordination Systems (Nationale Eurojust-Koordinierungssysteme)	18
JITs unterstützt von Eurojust, mit den Hauptkriminalitätsbereichen	19
JIT-Finanzierung durch Eurojust pro Mitgliedstaat, Dezember 2009 – Dezember 2015	21
Eurojust and joint investigation teams	22
Priorisierte Kriminalitätsbereiche bei Eurojust	28
Beteiligung von Drittstaaten, Kooperationspartnern und internationalen Organisationen bei Eurojust Fällen	48
Eurojust-Kooperation mit Drittstaaten.....	49
Hauptkriminalitätsbereiche bei Fällen, an denen Drittstaaten beteiligt sind	52
Die wichtigsten zehn Drittstaaten in der Eurojust-Fallarbeit	53
Fälle von Verbindungsstaatsanwälten 2011 - 2015	54
EuHB-Fälle	62
Eurojust organigram	67
Funding joint investigation teams	76
Artikel-13-Fälle	81

Eurojust fights serious, cross-border organised crime

Early involvement of Eurojust facilitates the coordination of investigations and prosecutions. Eurojust enables effective and efficient cooperation between Member States' competent national authorities in bringing criminals to justice.



Eurojust supports EU Member States by:



Coordinating cross-border investigations and prosecutions; assisting with conflicts of jurisdiction and gathering of evidence



Facilitating execution of EU legal instruments, such as the European Arrest Warrant (EAW), confiscation and freezing orders, setting up joint investigation teams (JITs), and more

Eurojust casework 2010 - 2015



Akronyme und Abkürzungen

CBRN-E	Chemische, biologische, radiologische, nukleare Substanzen und Sprengstoffe
CJEU/EUGH	Gerichtshof der Europäischen Union
CMS	Case Management System (Fallbearbeitungssystem)
COSI	Council Standing Committee on Internal Security (Ständiger Ausschuss für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit)
EC3	Europäisches Zentrum für Cyberkriminalität
EuHB	Europäischer Haftbefehl
EASO	European Asylum Support Office (Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen)
EEA	Europäische Ermittlungsanordnung
EJN	Europäisches Justizielles Netz
EJTN	Europäisches Netz für die Aus- und Fortbildung von Richtern und Staatsanwälten
ENCS	Eurojust National Coordination System (Nationales Eurojust-Koordinierungssystem)
EMPACT	European Multidisciplinary Platform against Criminal Threats (Europäische multidisziplinäre Plattform zur Bekämpfung krimineller Bedrohungen)
EU	Europäische Union
EUNAVFOR MED	Multinationale Militärische Krisenbewältigungsoperation zur Bekämpfung des Menschen schmuggels im Mittelmeer
EPPO	European Public Prosecutor's Office (Europäische Staatsanwaltschaft)
FTF	Foreign terrorist fighters (ausländische terroristische Kämpfer)
JIT / GEG	Joint investigation team (Gemeinsame Ermittlungsgruppe)
GENVAL	Working Party on General Matters including Evaluation (Gruppe „Allgemeine Angelegenheiten einschließlich Bewertung“)
GKI	Gemeinsame Kontrollinstanz
LoR	Letter of Request (Rechtshilfeersuchen)
MLA	Mutual legal assistance (Rechtshilfe)
MOCG	Organised Crime Group (mobile Gruppe organisierter Kriminalität) Organisierte Eigentumskriminalität verübt durch MOCGS
MPJM	Maritime Piracy Judicial Monitor
MTIC	Missing Trader Intra-Community (Karrussellbetrug)
NCBC	Non-conviction-based confiscation (Einziehung ohne vorherige Verurteilung)
NPS	New psychoactive substances (Neue Psychoaktive Substanzen)
OAP	Operational Action Plan (Operativer Aktionsplan)
OCC/KODD	On-Call Coordination (Koordinierungsdauerdienst)
OCG	Organised Crime Group (Gruppe organisierter Kriminalität)
OPC	Organised Property Crime (organisierte Eigentumskriminalität)
PIF	Protection of the financial interests of the European Union (Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union)
SOCTA	Serious Organised Crime Threat Assessment (Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der schweren und organisierten Kriminalität)
TCM	Terrorism Convictions Monitor
TE-SAT	Terrorism Situation and Trend Report (Bericht zu Lage und Entwicklungen des Terrorismus)
UNODC	United Nations Office on Drugs and Crime (Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
THB	Trafficking in Human Beings (Menschenhandel)
MwSt	Mehrwertsteuer

Eurojust-Ratsbeschluss

Der Eurojust-Ratsbeschluss vom 28. Februar 2002 über die Errichtung von Eurojust zur Verstärkung der Bekämpfung der schweren Kriminalität, der durch den Beschluss 2009/426/JI vom 16. Dezember 2008 zur Stärkung von Eurojust ersetzt wurde, wird in diesem Bericht als „Eurojust-Ratsbeschluss“ bezeichnet. Eine [konsolidierte Version](#) des Eurojust-Ratsbeschlusses wurde vom Generalsekretariat für Informationszwecke erstellt.

Die Statistiken zu den Eurojust-Fällen, die in diesem Bericht enthalten sind, wurden auf der Grundlage der Daten erstellt, die im Eurojust Case Management System vorhanden sind. Die Zahlen wurden am 14. Januar 2016 extrahiert und spiegeln die Daten wider, die zu diesem Zeitpunkt verfügbar waren. Aufgrund der andauernden Natur der Fälle bestehen möglicherweise Diskrepanzen zu vorher gemeldeten Zahlen.



Die verschlankte und interaktive Kooperation fördert zusätzlich zu den operativen Ergebnissen die Anwendung des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung und des Aufbaus von gegenseitigem Vertrauen zwischen zuständigen nationalen Behörden in der Europäischen Union.

Vorwort

Ich freue mich, dass ich Ihnen den 14. Jahresbericht vorstellen darf, der einen Einblick in die Fallarbeit von Eurojust und strategische Tätigkeiten im Kampf gegen schwere grenzüberschreitende Kriminalität sowie die organisatorische Entwicklung von Eurojust im Licht der Erwartungen der „Mitgliedstaaten, einem sich ändernden Gesetzgebungsrahmen sowie einem begrenzten Haushalt gibt.

Das Jahr 2015 war keine Ausnahme. Die Fallarbeit von Eurojust wächst weiterhin jedes Jahr. Die Mitgliedstaaten ersuchten Eurojust in 2 214 Fällen um Unterstützung, was eine Steigerung von 23 Prozent gegenüber 2014 darstellt. Diese Statistik bestätigt, dass die Arbeit von Eurojust gebraucht, anerkannt und wertgeschätzt wird. Die wachsende Beteiligung von Drittstaaten an der Fallarbeit von Eurojust zeigt erneut die grenzüberschreitende Natur der Kriminalität.

Zudem ist ein bemerkenswerter Aufwärtstrend bei der Nutzung der Koordinierungstreffen und Koordinierungszentren von Eurojust zu sehen. Das Konzept der gemeinsamen Ermittlungsgruppen (Joint Investigation Teams) wird für Drittstaaten ebenfalls immer vertrauter und eine verstärkte Beteiligung von Drittstaaten bei diesen Gruppen mit Unterstützung von Eurojust ist erkennbar. Diese optimierte und interaktive Kooperation fördert zusätzlich zu den operativen Ergebnissen die Anwendung des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung und des Aufbaus von gegenseitigem Vertrauen zwischen zuständigen nationalen Behörden in der Europäischen Union.

Auf strategischer Ebene beobachtet Eurojust den Mehrwert der Netzwerktreffen mit spezialisierten Staatsanwälten wie den nationalen Korrespondenten für Eurojust für Terrorismusangelegenheiten und den Kontaktstellen des JIT-Expertennetzwerks. Cyberkriminalität als ein sich entwickelndes Kriminalitätsphänomen stellt einen weiteren Bereich dar, bei dem die Notwendigkeit für ein Netzwerk aus spezialisierten Staatsanwälten für Cyberkriminalität erkannt wurde. Der Austausch von Herausforderungen und bewährten Methoden, beispielsweise bei der Aufnahme von Beweismitteln und Zuständigkeitskonflikten, führt zu erkennbaren Ergebnissen: dem Vernetzen, der Konsolidierung von Kenntnissen und eindeutigen Verurteilungen.

Entsprechend den Prioritäten, die in den Europäischen Agenden zur Sicherheit und Migration festgelegt wurden, und im Hinblick auf Terroranschläge und die noch nie da gewesene Migrationskrise verzeichnet Eurojust für 2015 eine erhebliche Steigerung bei Fällen von Terrorismus, Cyberkriminalität und Schleuserkriminalität. Die Bekämpfung der sich entwickelnden kriminellen Phänomene und kriminellen Strukturen erfordert einen multidisziplinären Ansatz und starke Partnerschaften zwischen den Agenturen für Justiz und Inneres und eine erweiterte Zusammenarbeit mit Drittstaaten. Die Benennung des



Eurojust-Experten für Cyberkriminalität zur engen Zusammenarbeit mit EC3, die neu benannte Verbindungsstaatsanwältin für die Schweiz und ein expandierendes justizielles Kontaktstellennetzwerk in Drittstaaten sind sicherlich Schritte in die richtige Richtung.

Organisierte kriminelle Vereinigungen finanzieren ihre Existenz mit erheblichen Gewinnen aus ihren kriminellen Aktivitäten und die Erträge aus Straftaten werden gewaschen und wieder der legalen Wirtschaft zugeführt. Das Entziehen der Erträge aus den Straftaten von den kriminellen Personen ist daher eine effektive Maßnahme zur Beeinflussung der kriminellen Strukturen. Daher lag der Fokus von Eurojust im Jahr 2015 auf der Sicherstellung und Beschlagnahme sowie der Vermögensabschöpfung, und der Darstellung der Herausforderungen und ein möglicher Weg nach vorne durch eine Harmonisierung von Gesetzen und Vorgehensweisen.

Eurojust begrüßte die Ergebnisse der unabhängigen externen Evaluierung von Eurojust, die eine Ergänzung zu den Empfehlungen der Mitgliedstaaten aus der sechsten Evaluierungsrunde der gegenseitigen Evaluierungen darstellt. Ein proaktiver Ansatz wurde vom Kollegium verfolgt, um die Dienstleistungen, die internen Strukturen und die Arbeitsmethoden von Eurojust zu verbessern, und das positive Feedback, das durch die Evaluierungsmaßnahmen einging, wurde dankend entgegengenommen.

Eurojust verfolgt mit großem Interesse den gesetzgebenden Prozess im Hinblick auf eine neue Eurojust-Verordnung und trägt zur Debatte auf der Grundlage unserer Erfahrung bei. Natürlich beobachtet Eurojust auch die Entwicklungen, die unseren Partner Europol betreffen, sowie einer zukünftigen neuen, in der EU-Landschaft der Justiz- und Strafverfolgungskoooperation mitwirkenden Stelle, der Europäischen Staatsanwaltschaft. Wir sind zuversichtlich, dass aufgrund der komplementären Mandate, die von den EU-Gesetzgebern vergeben werden, Synergien in der Praxis erzielt werden und Eurojust sein Potential voll ausschöpfen kann.

Die Erwartungshaltung gegenüber Eurojust steigt jährlich. Im Jahr 2016 werden die Haushaltsbegrenzungen jedoch zum ersten Mal die Arbeit von Eurojust beeinträchtigen. Da die Defizite zusammen mit den EU-Haushaltsbehörden gemeinsam behoben werden, wird Eurojust trotzdem in einer besseren Position sein, um die Zuweisung von Ressourcen zur operativen Arbeit zu optimieren, Prioritäten innerhalb der Haushaltsbegrenzungen zu setzen und die erforderlichen Effizienzsteigerungen zur Erfüllung der steigenden Erwartungen aller Interessengruppen in den kommenden Jahren zu sichern.

Persönlich war ich in diesem Jahr geehrt, dass ich als Präsidentin von Eurojust vom Kollegium wiedergewählt wurde. In der Zusammenarbeit mit meinen Vizepräsidenten und meinen Kollegen im Kollegium bin ich zuversichtlich, dass Eurojust weiter als rechtliches und justizielles Fachzentrum wachsen wird.

Michèle CONINSX
Präsidentin von Eurojust

Eurojust Kollegium der nationalen Mitglieder 2015



Michèle Coninsx, Belgium



Kamen Mihov, Bulgaria



Lukáš Starý, Czech Republic



Jesper Hjortenberg, Denmark



Klaus Meyer-Cabri, Germany



Raivo Sepp, Estonia



Frank Cassidy, Ireland



Nikolaos Ornerakis, Greece



Francisco Jiménez-Villarejo, Spain



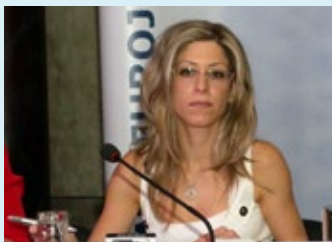
Frédéric Baab, France



Josip Čule, Croatia



NM for Italy not appointed in 2015



Katerina Loizou, Cyprus



Gunārs Bundzis, Latvia



Laima Čekelienė, Lithuania



Olivier Lenert, Luxembourg



László Venczl, Hungary



Donatella Frendo Dimech, Malta



Han Moraal, Netherlands



Gabriela Hornbeck, Austria



Mariusz Skowroński, Poland



António Cluny, Portugal



Daniela Buruiană, Romania



Malči Gabrijelčič, Slovenia



Ladislav Hamran, Slovak Republic



Piia Vottonen, Finland



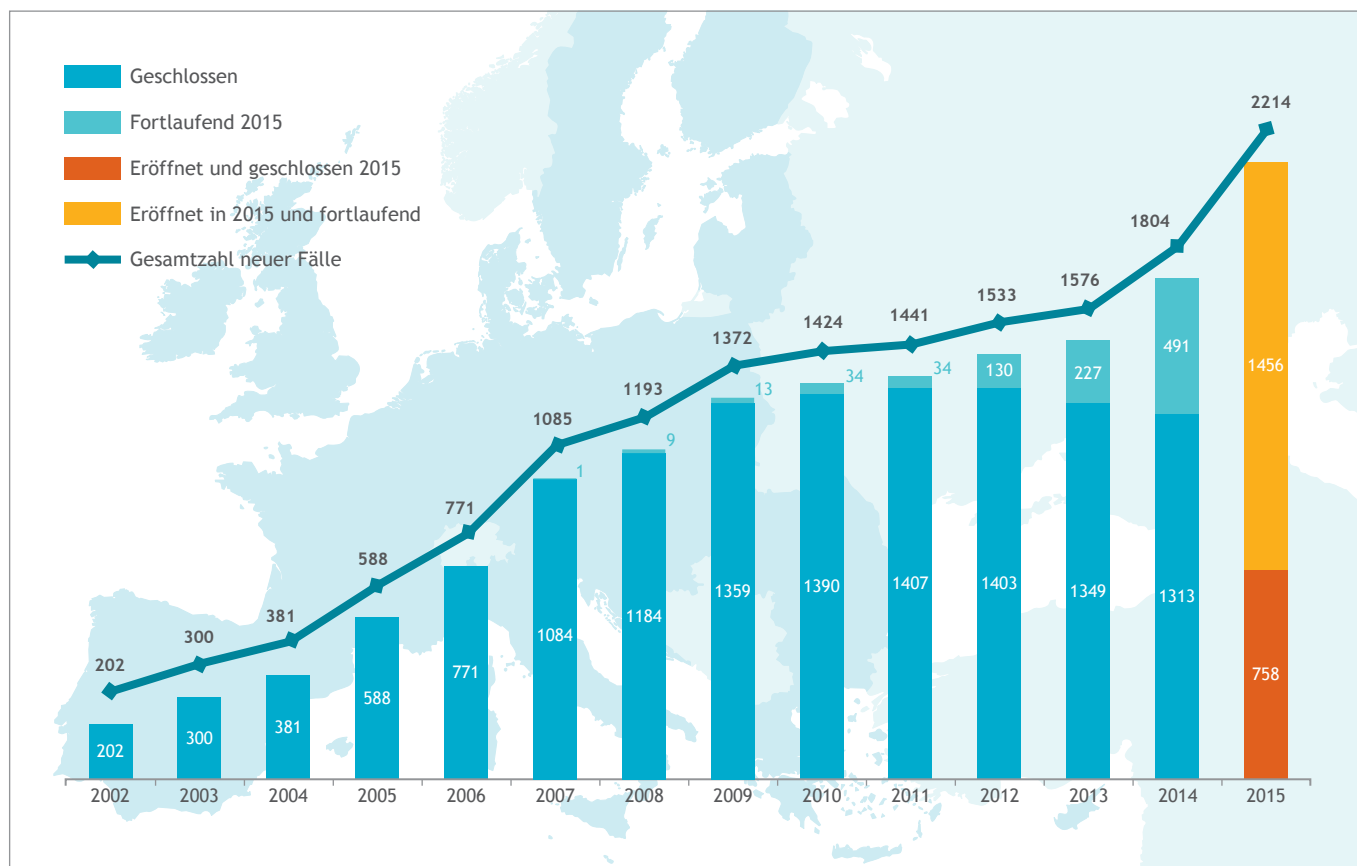
Leif Görts, Sweden



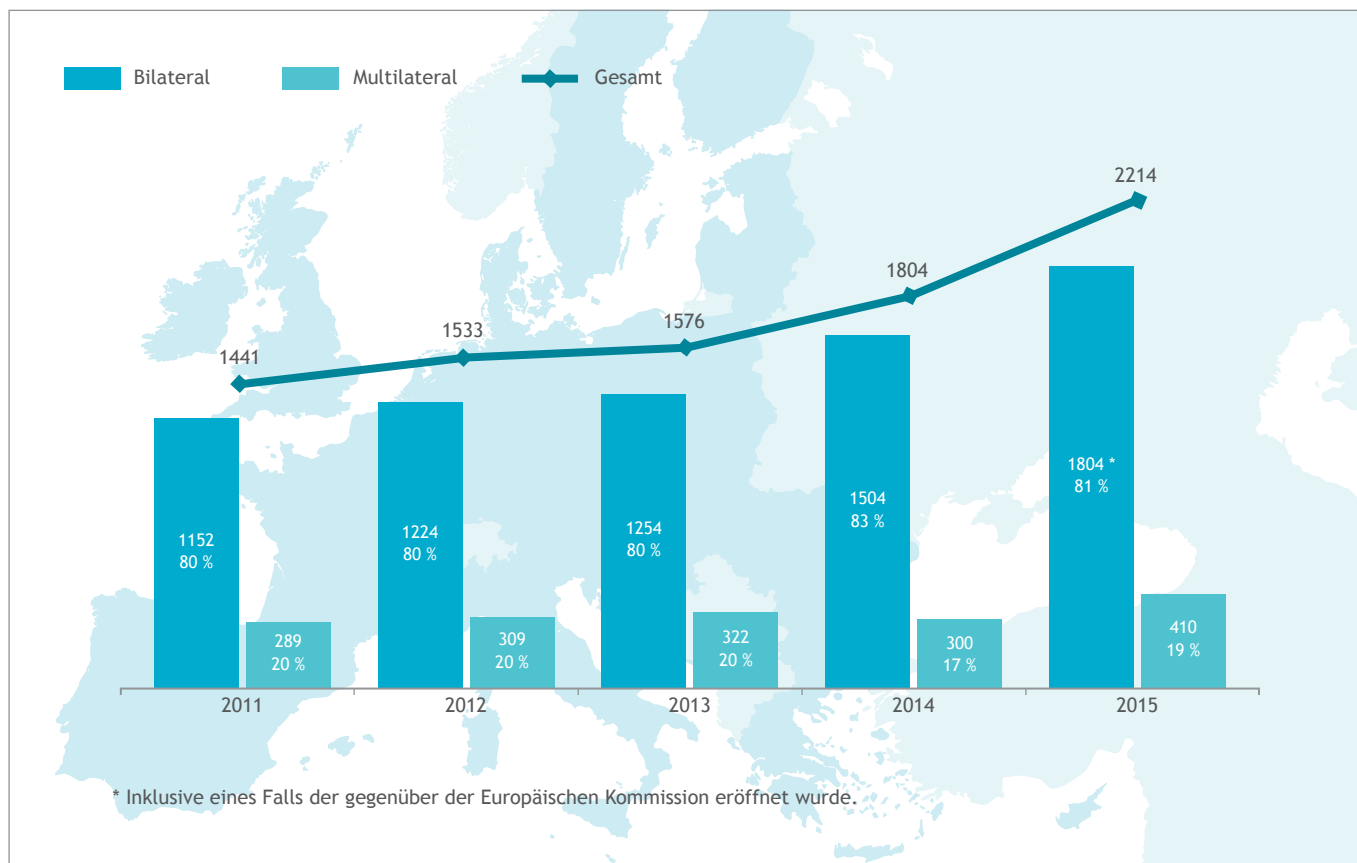
Frances Kennah, UK

Zusammenfassung

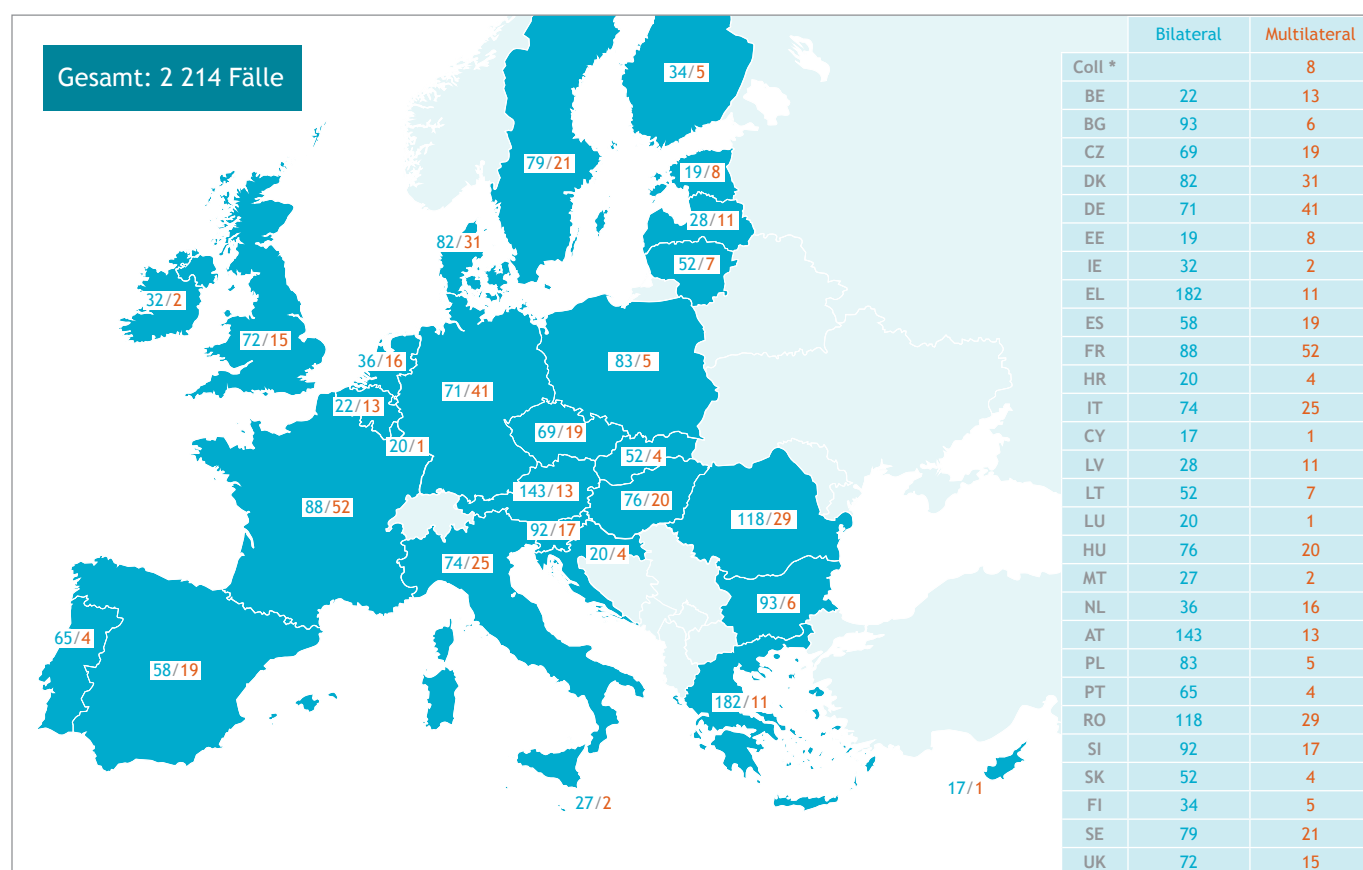
- ▶ Die **Anzahl der Fälle**, bei denen um die Unterstützung von Eurojust ersucht wurde, ist um 23 Prozent gestiegen, von 1804 Fällen im Jahr 2014 auf 2214 im Jahr 2015. In 298 Fällen waren **Drittstaaten** beteiligt.
- ▶ Die **Fallarbeit** wuchs in den Bereichen: Terrorismus, Cyberkriminalität, Schleuserkriminalität, Menschenhandel, Betrug, Korruption und MOCs.
- ▶ Steigerung beim Einsatz von Koordinierungsmethoden: **Koordinierungstreffen** (274, Steigerung von 39 Prozent gegenüber 2014) und **Koordinierungszentren** (13).
- ▶ Die Beteiligung von Europol (99), OLAF (5) sowie Drittstaaten (67) in Koordinierungstreffen stieg.
- ▶ Eurojust unterstützte 120 JITs, von denen 46 neu waren, und stellte 68 JITs finanzielle Mittel bereit. Erstmals wurde ein JIT mit OLAF eingerichtet und erneut wurde eine Steigerung der Beteiligung von Drittstaaten beobachtet.
- ▶ Eurojust half bei der Ausführung von **EuHB** in 292 Fällen.
- ▶ Eurojust entsandte einen **justiziellen Experten für Cyberkriminalität** zum EC3 und erkennt die Notwendigkeit, ein **Netzwerk aus spezialisierten Staatsanwälten und Richtern für Cybercrime einzurichten**.
- ▶ Eurojust unterstützte die **Hotspots**, bildete eine **thematische Arbeitsgruppe zu Schleuserkriminalität** und unterzeichnete eine Absichtserklärung (LoU) mit EUNAVFOR MED.
- ▶ Eurojust hielt ein **Strategisches Seminar** zu Zuständigkeitskonflikten und ein Seminar zu Datenspeicherung in Kombination mit Treffen des **Consultative Forums**.
- ▶ Treffen von Eurojust **im Jahr 2015**:
 - Jährliches Strategisches Treffen und Taktisches Treffen zu Terrorismus
 - Taktisches Treffen und *Ad-hoc*-Treffen zu Cyberkriminalität
 - Strategisches Treffen zu THB
 - Treffen zu Meerespiraterie
 - Treffen zu justizieller Kooperation bei großen Sportveranstaltungen
 - Strategischer Workshop *Application of the MLA and Extradition Agreements between the EU and the USA* (Anwendung von Rechtshilfe und Auslieferungsvereinbarungen zwischen der EU und den USA)
- ▶ Veröffentlichungen von Eurojust **im Jahr 2015**:
 - *Terrorism Convictions Monitor*
 - Dritter Bericht zu *ausländischen terroristischen Kämpfern*
 - Zusammenfassung des zweiten Berichts zu *ausländischen terroristischen Kämpfern*
 - *CBRN-E Handbuch*
 - Bericht *Prosecuting THB for the purpose of labour exploitation* (Strafverfolgung von Menschenhandel zum Zwecke der Ausbeutung der Arbeitskraft)
 - Bericht *Impact of the ruling on the prosecution of NPS cases* (Auswirkung der Gerichtsbarkeit des EUGH in Bezug auf die Legalität neuer psychoaktiver Substanzen (NPS) auf die Strafverfolgung)
 - Bericht *Procedural and legal issues in relation to MOCs* (Verfahrens- und Rechtsprobleme im Zusammenhang mit MOCs)
 - *Maritime Piracy Judicial Monitor*, Ausgabe Nr. 2
 - *Leitfaden für bewährte Methoden im Zusammenhang mit großen Sportveranstaltungen*
 - Bericht zur *Fallarbeit von Eurojust in Zuständigkeitskonflikten 2009-2014*
 - Bericht zur *Erfahrung von Eurojust bei der Vermögensabschöpfung*
- ▶ Eurojust hatte im Jahr 2015 die Schwerpunkte **Zuständigkeitskonflikte, Datenspeicherung und kontrollierte Lieferungen**.
- ▶ **Der Haushalt** von Eurojust für 2015 belief sich auf 33 818 Millionen Euro. Der Haushaltsvollzug lag bei 99,86 Prozent.
- ▶ Der **EY-Abschlussbericht** zur *Evaluierung des Eurojust-Ratsbeschlusses und die von Eurojust durchgeführten Tätigkeiten* wurden am 30. Juni herausgegeben und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.



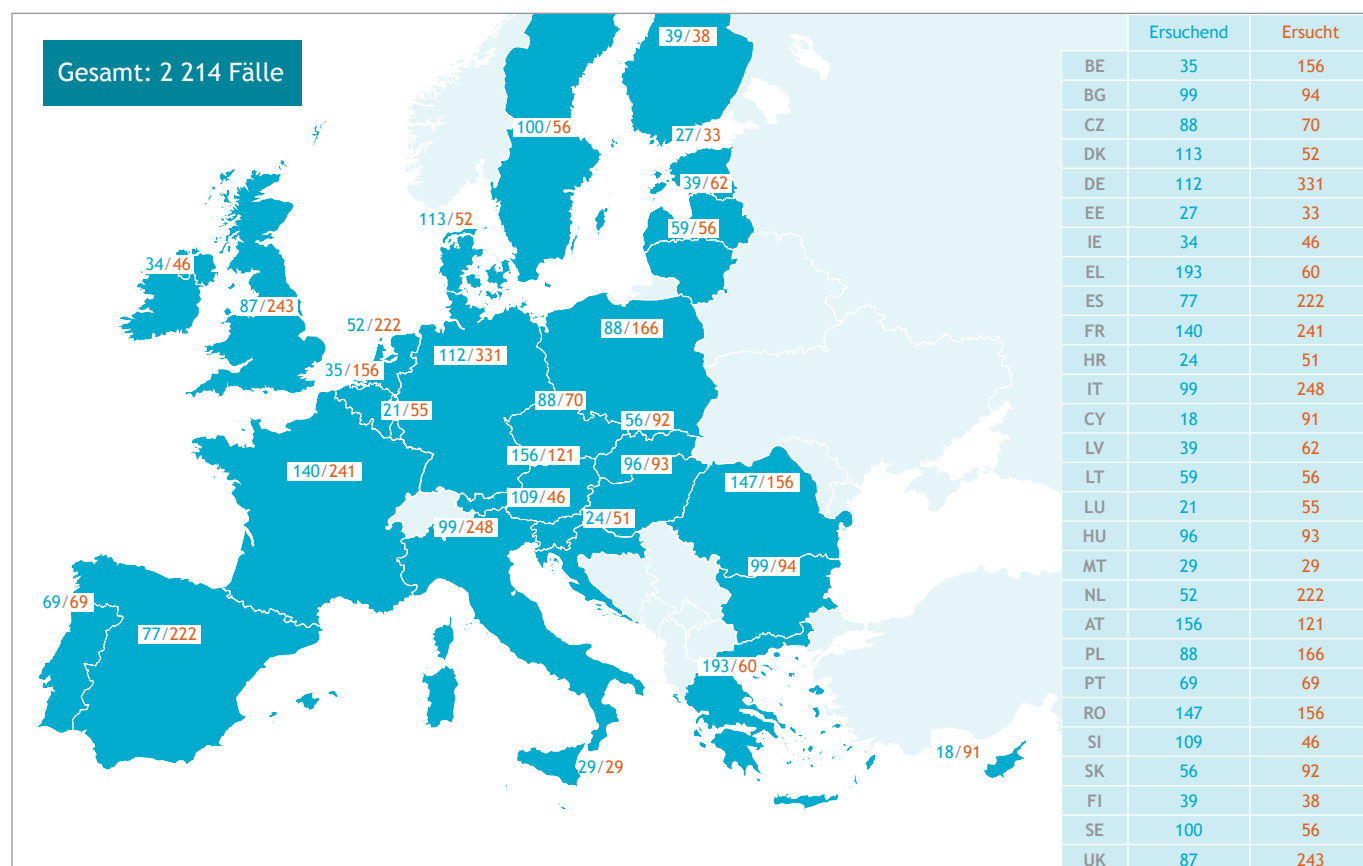
Bilaterale/multilaterale Fälle 2011 - 2015



Bilaterale/multilaterale Fälle pro Mitgliedsstaat



Ersuchende/ersuchte Mitgliedsstaaten



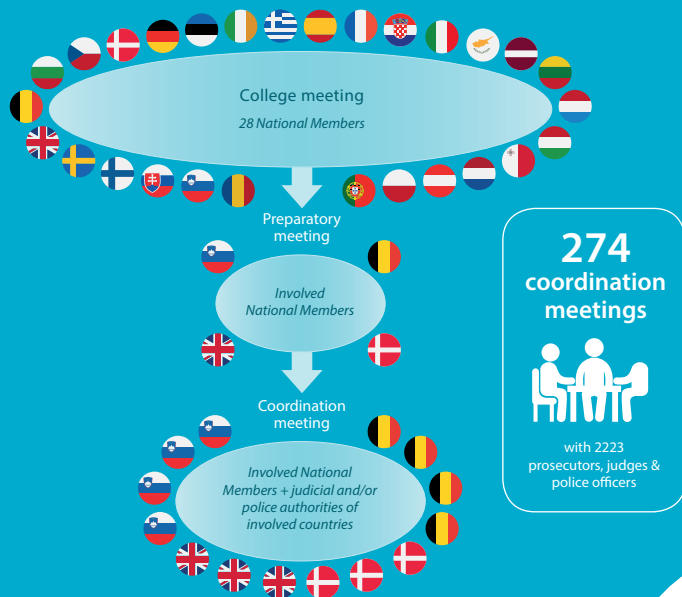
Eurojust at work in 2015

Eurojust's core business is to assist the competent authorities of EU Member States when they deal with serious cross-border organised crime

1

Judicial coordination meetings

Bringing together judicial and law enforcement authorities from Member States and third States.



2

Joint investigation teams (JITs)

Carrying out criminal investigations in one or more of the involved countries.



24/7
availability

Execution of European Arrest Warrants



3

Coordination centres

Coordination centres enable coordination and real-time transmission of information in serious cross-border crimes among national authorities during action days.

13
Eurojust
coordination
centres were
held in 2015



Gathering evidence correctly is important for successful future court proceedings

Eurojust auf einen Blick

Was?

Eurojust ist die Einrichtung der Europäischen Union zur justiziellen Zusammenarbeit. Als eine in 2002 gegründete Einrichtung der Europäischen Union hat Eurojust das Ziel, die Koordinierung von Ermittlungen und Strafverfolgung sowie die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden in den Mitgliedstaaten im Hinblick auf schwere grenzüberschreitende Kriminalität, insbesondere wenn diese organisiert ist, zu stimulieren und zu verbessern.

Auf Ersuchen eines Mitgliedstaates kann Eurojust auch bei Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen im Hinblick auf einen bestimmten Mitgliedstaat und einen Drittstaat unterstützend tätig werden, wenn ein Kooperationsabkommen zwischen Eurojust und dem Nicht-Mitgliedstaat getroffen wurde, oder wenn ein essentielles Interesse an der Bereitstellung solcher Unterstützung besteht.

Auf Ersuchen eines Mitgliedstaates oder der Europäischen Kommission kann Eurojust auch bei Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen im Hinblick auf den Mitgliedstaat und die Gemeinschaft allein unterstützend tätig werden.

Wer?

Das Eurojust-Kollegium besteht aus 28 Nationalen Mitgliedern, die Staatsanwälte, Richter oder Polizeibeamte mit äquivalenten Kompetenzen sind und die jeweils von ihren Mitgliedstaaten abgeordnet wurden. Die Nationalen Mitglieder haben ihre Basis bei Eurojust in Den Haag.

Die meisten der Nationalen Mitglieder werden von einem Stellvertreter und/oder einem oder mehreren Assistenten unterstützt. Eurojust wird von einer Verwaltung unterstützt und beherbergt außerdem die Sekretariate des Europäischen Justiziellen Netzes (EJN), das Expertennetzwerk der gemeinsamen Ermittlungsgruppen (JIT-Netzwerk) und das Europäische Netzwerk von Kontaktstellen betreffend Personen, die für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen verantwortlich sind (Genozid-Netzwerk).

Zusätzlich dazu sind derzeit Verbindungsstaatsanwälte aus Norwegen, der Schweiz und den USA zu Eurojust entsandt. Die Gesamtzahl der bei Eurojust beschäftigten Personen im Jahr 2015, einschließlich des Kollegiums, betrug 349 Mitarbeiter.

Wie?

Zu den Befugnissen von Eurojust gehört die Reaktion auf Ersuchen um Unterstützung seitens der zuständigen nationalen Behörden von Mitgliedstaaten. Im Gegenzug kann Eurojust Mitgliedstaaten um Aufnahme der Ermittlungen oder Strafverfolgung in Bezug auf bestimmte Aktivitäten ersuchen. Die Nationalen Mitglieder führen das Mandat von Eurojust aus, indem sie die Arbeit der nationalen Behörden in jedem Stadium der Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen koordinieren.

Koordinierungstreffen

Koordinierungstreffen sind ein einzigartiges und effektives Instrument der justiziellen Zusammenarbeit. Dabei werden Justiz- und Strafverfolgungsbehörden aus Mitgliedstaaten und Drittstaaten zusammengebracht und fundierte und zielgerichtete Operationen bei grenzüberschreitenden Kriminalfällen ermöglicht. Im Verlauf von Koordinierungstreffen können rechtliche und praktische Probleme, die durch die Unterschiede in den 30 existierenden Rechtsordnungen bedingt sind, gelöst werden.

Koordinierungszentren

Koordinierungszentren spielen bei Operationen eine äußerst wichtige Rolle, indem sie Echtzeitunterstützung an Zugriffstagen bieten, sowie die Koordinierung und sofortige Nachbereitung von Beschlagnahmen, Verhaftungen, Haus-/Firmendurchsuchungen, Sicherstellungsentscheidungen und Zeugenvernehmungen ermöglichen.

Gemeinsame Ermittlungsgruppen

Eurojust bietet finanzielle und fachliche Unterstützung bei der Einrichtung und operativen Tätigkeit von JITs. Ein JIT ist ein Team, das aus Staatsanwälten, Richtern und Beamten von Strafverfolgungsbehörden besteht. JITs werden mittels einer schriftlichen Vereinbarung zwischen den beteiligten zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten für einen festgelegten Zeitraum und einen spezifischen Zweck eingerichtet, und sie gestatten eine wesentlich effektivere Durchführung von Ermittlungsverfahren in einem oder mehreren der beteiligten Mitgliedstaaten.

Externe Beziehungen

Die Arbeit von Eurojust basiert auf stabilen Beziehungen mit einer Anzahl von Partnerorganisationen. Auf der Basis von Arbeitsvereinbarungen existiert eine besonders enge Zusammenarbeit mit nationalen Behörden sowie Institutionen und Partnern der EU: der Europäischen Kommission; Europol; dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF); der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Frontex); der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD); der Europäischen Polizeiakademie (CEPOL); dem Europäischen Netz für die Aus- und Fortbildung von Richtern und Staatsanwälten (EJTN); der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA); der Seestreitkräfte der Europäischen Union - Mittelmeer (EUNAVFOR MED) und internationalen Einrichtungen: INTERPOL, dem Ibero-Amerikanischen Netz für internationale justizielle Zusammenarbeit (IberRed) und dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC).

Ferner hat Eurojust Kooperationsabkommen mit Liechtenstein, der Schweiz, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, den USA, Norwegen, Island und Moldawien unterzeichnet.



Die Instrumente von Eurojust

1.1 Eurojust-Koordinierungstreffen

Koordinierungstreffen wurden in einer bemerkenswerten Anzahl von 274 abgehalten - was einer Steigerung von 39 Prozent gegenüber 2014 entspricht - und behalten damit ihre Position als das am häufigsten eingesetzte operative Instrument von Eurojust. Justiz- und Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und auch von Drittstaaten trafen sich an fast jedem Arbeitstag im Laufe des Jahres 2015 bei Eurojust in Den Haag, um die justizielle Zusammenarbeit bei der Verbrechensbekämpfung zu fördern.

Ein Fall, der anEurojust neu herangetragen wird, wird von dem jeweiligen Nationalen Mitglied zunächst dem Kollegium vorgestellt, und es wird eine Entscheidung getroffen, ob der Fall als ein Eurojust-Fall registriert wird (ein sogenanntes Treffen der Ebene I). In einem zweiten Schritt treffen sich die betreffenden Nationalen Büros von Eurojust, um das Ermittlungsverfahren zu besprechen und eine justizielle Kooperation und Koordinierung in diesem spezifischen Fall sicherzustellen und die geeignetste Lösung aufzuweisen. Danach werden gegebenenfalls eine oder mehrere Koordinierungstreffen unter Beteiligung der Vertreter der nationalen Justiz- und Strafverfolgungsbehörden organisiert, die direkt an dem Fall beteiligt sind.

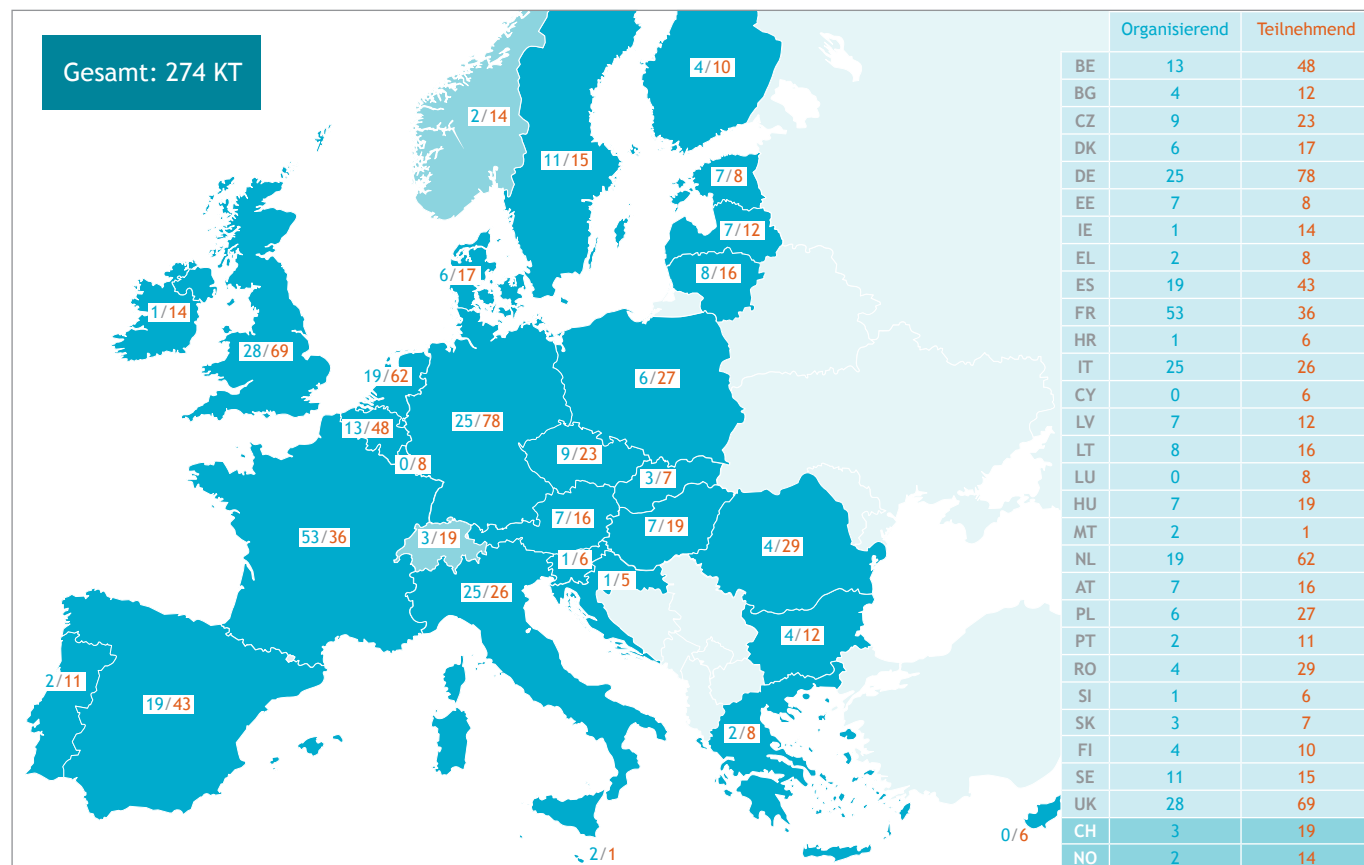
Koordinierungstreffen sind dazu gedacht, den Informationsaustausch zu vereinfachen, Mittel und Methoden zur

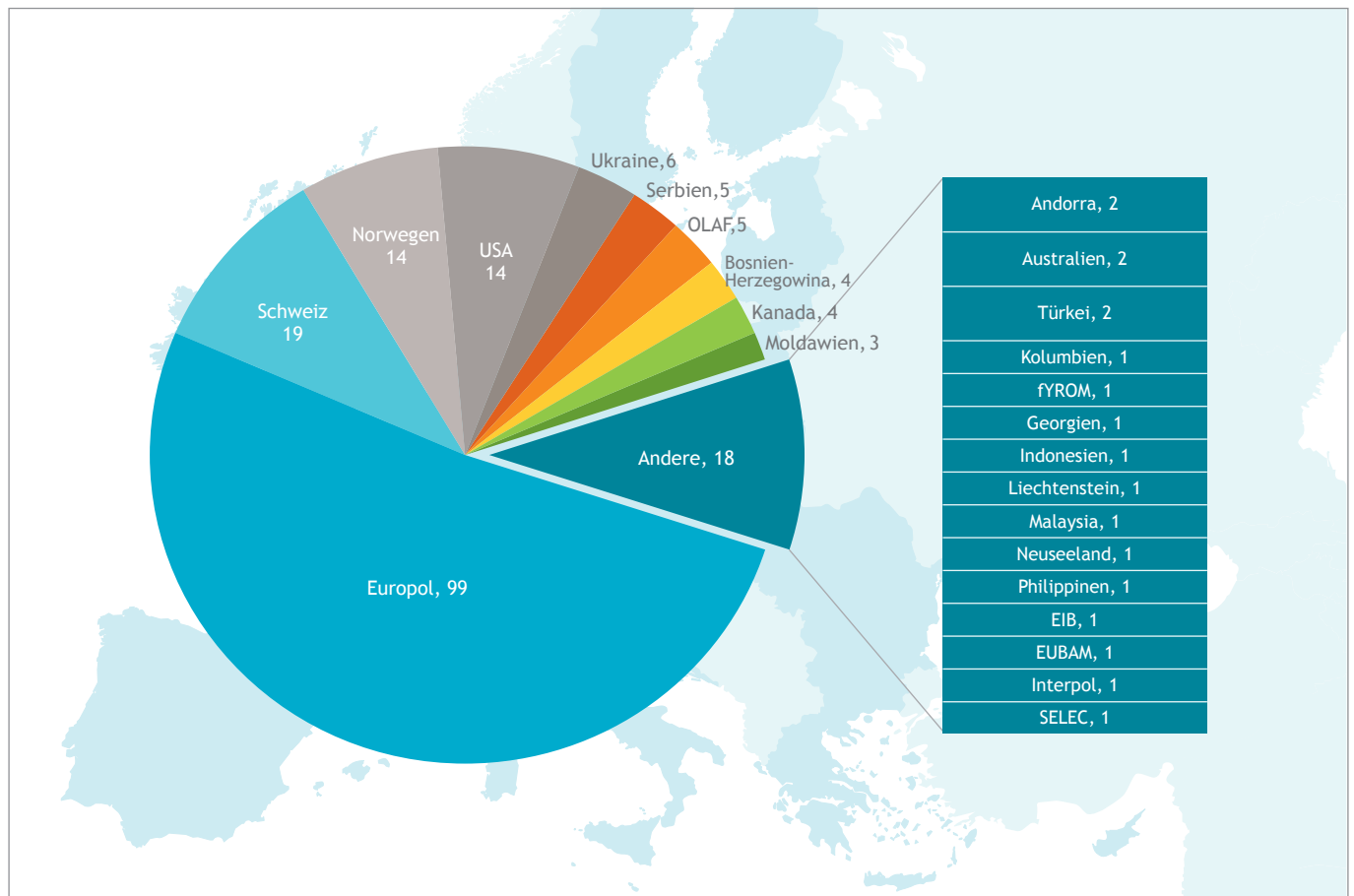
Unterstützung der Ausführung von Rechtshilfeersuchen und Zwangsmaßnahmen (z.B. Durchsuchungsbefehle und Haftbefehle) zu identifizieren und anzuwenden, laufende Ermittlungen und Strafverfolgungen zu koordinieren und Zuständigkeitskonflikte, ne-bis-in-idem Problematik und andere rechtliche und beweisrechtliche Probleme zu erkennen, zu verhindern und zu lösen.

Die Fälle, die in den Koordinierungstreffen im Jahr 2015 behandelt wurden, deckten alle wichtigen Bereiche schwerer organisierter grenzüberschreitender Kriminalität ab, wobei Betrug, Drogenhandel und Geldwäsche die Schwerpunkte der Deliktarten bildeten.

Von den 274 Treffen, die 2015 abgehalten wurden, organisierten Frankreich (53), das Vereinigte Königreich (28), Deutschland und Italien (jeweils 25) die größte Anzahl an Treffen. Zu den Mitgliedstaaten, die am häufigsten teilnahmen, gehörten Deutschland (78), das Vereinigte Königreich (69) und die Niederlande (62). Die Schweiz (19), Norwegen (14) und die USA (14), die bei Eurojust durch die jeweiligen Verbindungsstaatsanwälte vertreten sind, waren führend bei der Gruppe an Drittstaaten, die an den 2015 gehaltenen Koordinierungstreffen teilnahmen, wobei zu dieser Gruppe außerdem die Ukraine (6) und Serbien (5) sowie Bosnien-Herzegowina und Kanada (jeweils 4) gehörten. Europol war bei 99 und OLAF bei fünf Koordinierungstreffen anwesend.

Koordinierungstreffen (CM)





1.2 Eurojust-Koordinierungszentren

2015 hielt Eurojust 13 Koordinierungszentren, was eine weitere Steigerung im Vergleich zu zehn im Jahr 2014 und sieben im Jahr 2013 darstellte.

Dieser Trend bestätigt, dass dieses operative Koordinierungsinstrument von den Justiz- und Strafverfolgungsbehörden in den Mitgliedstaaten im Kampf gegen schwere grenzüberschreitende Kriminalität in Europa bekannt ist und wertgeschätzt wird.

Die Koordinierungszentren von Eurojust vereinfachen den Austausch von Informationen unter den Justizbehörden in Echtzeit und ermöglichen die direkte Unterstützung der koordinierten, gleichzeitigen Ausführung *unter anderem* von Haftbefehlen, Durchsuchungen und Beschlagnahmen in den verschiedenen Ländern.

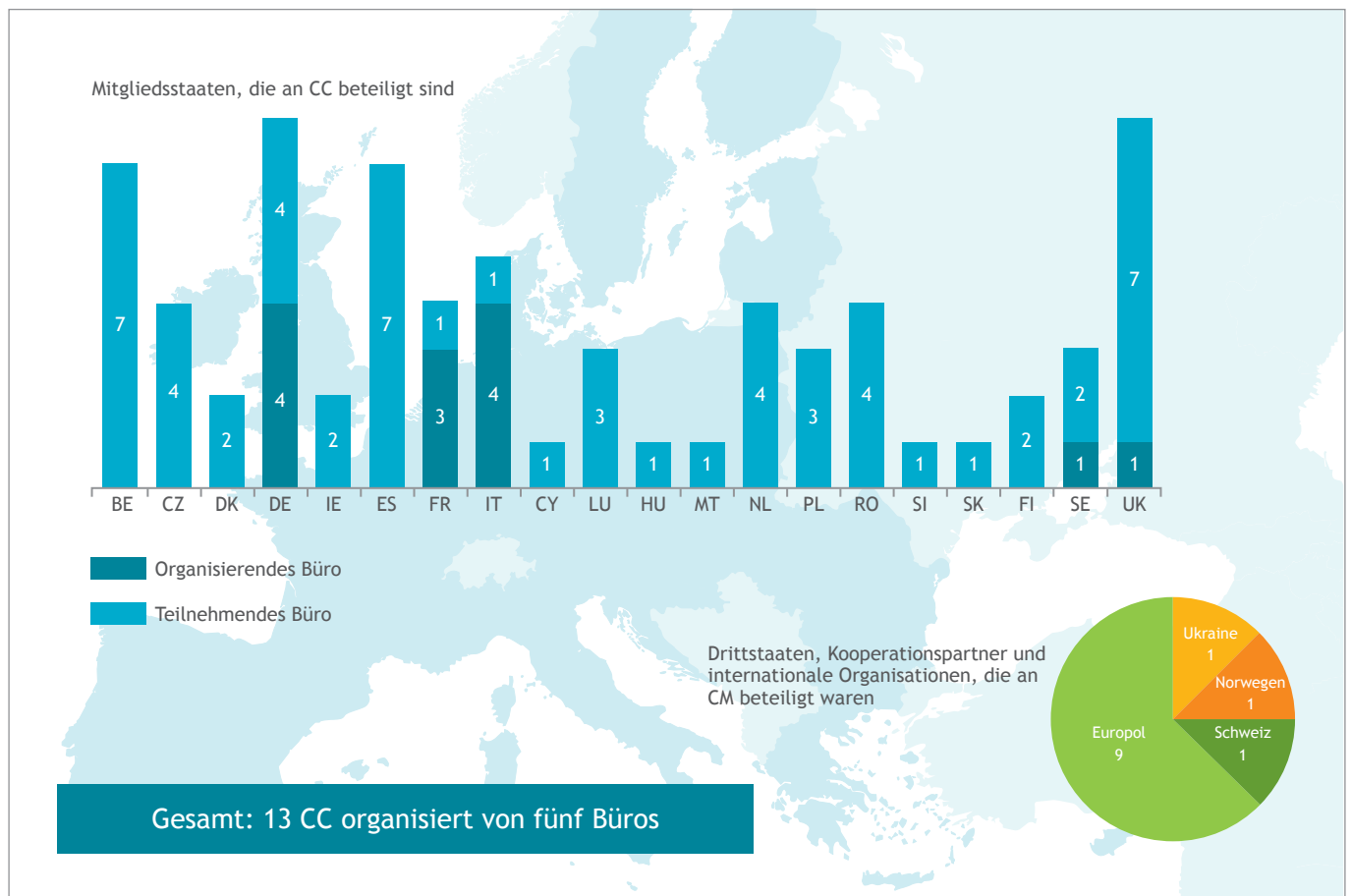
Die dreizehn Koordinierungszentren wurden organisiert von Deutschland (4), Italien (4), Frankreich (3), Schweden (1) und dem Vereinigten Königreich (1). Diese gemeinsamen Zugriffstage profitierten von der Beteiligung anderer Mitgliedstaaten, Staaten mit Verbindungsstaatsanwälten bei Eurojust wie Schweiz und Norwegen, Drittstaaten

(z.B. in einem Fall die Ukraine) und Europol (5). Diese umfassten ein großes Spektrum an Delikten, einschließlich Betrug, Cyberkriminalität, Geldwäsche, Schleuserkriminalität und Menschenhandel sowie - zum ersten Mal - Terrorismus.

Koordinierungszentren sind besonders geeignet für komplexe Fälle mit multilateralen Zugriffstagen im großen Stil.

In einem Fall im letzten Jahr wurden drei Koordinierungszentren im selben Mehrwertsteuerbetrugsfall eingerichtet. Der Fall umfasste mehr als 200 grenzüberschreitende Maßnahmen. Nationale Behörden von 15 Mitgliedstaaten und Europol nahmen teil (*siehe Operation Vertigo: Näher betrachtet, unten*).

Ein Koordinierungszentrum wurde im Rahmen eines Falls schweren Steuer- und Buchführungsbetrugs in Schweden eingerichtet. Zu den gewonnenen Erkenntnissen gehörte, dass Handlungsanweisungen für die Ausstellung von EuHB in Schweden für die schwedische Staatsanwaltschaft für Wirtschaftskriminalität sinnvoll wären, worauf das Schwedische Nationale Büro bei Eurojust diese Handlungsanweisungen erstellte.



1.3 Eurojust-Fallbearbeitungssystem

Die operativen Tätigkeiten von Eurojust werden durch eine individuelle Datenbank - das CMS - unterstützt, die zum Speichern und Verarbeiten von fallbezogenen Daten, sowie zur vereinfachten Überwachung der Einhaltung von Richtlinien für die Verarbeitung personenbezogener Daten konzipiert wurde.

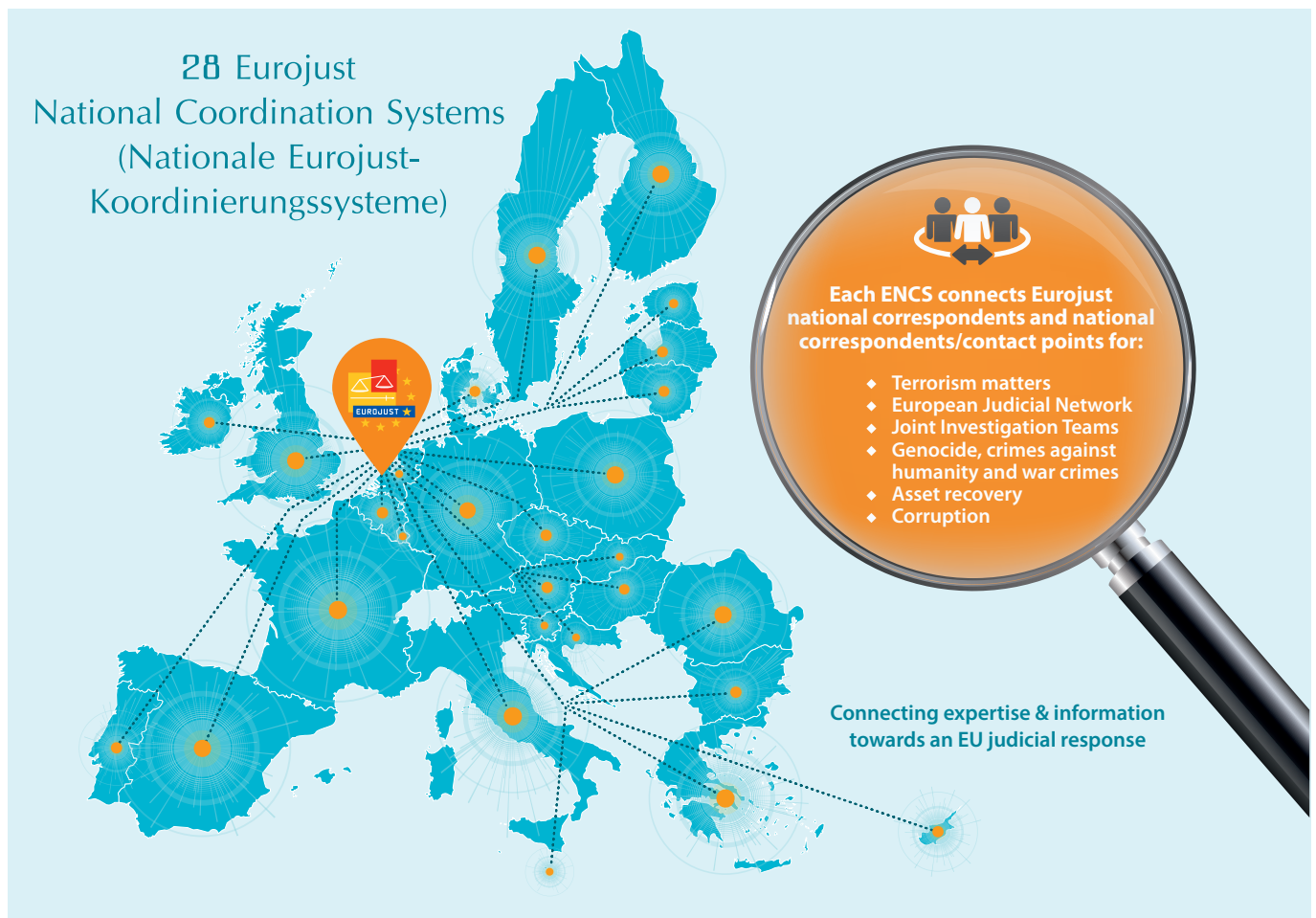
Um die Funktionalität und operative Leistung zu verbessern, wurden zwei weiter entwickelte Versionen des CMS entwickelt und im Jahr 2015 freigegeben. Diese Weiterentwicklungen vereinfachen den Prozess der internen Konfiguration neuer Profile unter Verwendung einer vorhandenen Systemfunktionalität und basieren weniger auf externer Entwicklung. Dieses Merkmal ist wichtig, da es die Möglichkeit bereitstellt, den Zugang zum CMS für verschiedene Nutzergruppen auf flexiblere Weise zu verwalten, und damit die Umsetzung der Verbindung von Mitgliedern des ENCS aus jedem Mitgliedstaat zum CMS unterstützt, wie es in Artikel 12 des Eurojust-Ratsbeschlusses vorgesehen ist.

2015 wurden sichere Netzwerkverbindungen mit Spanien und Luxemburg in Betrieb genommen, wodurch die Gesamtanzahl der Mitgliedstaaten mit sicherer Netzwerkverbindung zu Eurojust auf 13 gestiegen ist. Zusätzlich stellte die neueste Version des CMS eine wichtige Aktualisierung

dar, damit die Entscheidungen von Nationalen Mitgliedern auf der Grundlage des Artikels 19 der Verfahrensregeln zur Verarbeitung und dem Schutz personenbezogener Daten von Eurojust (Datenschutzrichtlinien von Eurojust) erfasst werden können.

Im März 2015 diskutierte das Kollegium von Eurojust eine Evaluierung der ersten sechs Monate der effektiven Anwendung einer Kollegiumsentscheidung vom Juni 2014 zur Eingabe von Daten in das CMS mit dem Ziel, gemeinsame Standards zur Dateneingabe und eine gleichmäßige Arbeitsmethode zu erstellen, die für alle Nationalen Büros von Eurojust gilt. Fünf Nationale Büros erklärten sich bereit, an einem weiteren Testlauf teilzunehmen und dem Kollegium die dabei gewonnenen Erkenntnisse zu berichten.

2015 achtete das Kollegium besonders auf die Verbesserung der Dateneingabe in das CMS und die Umsetzung von Artikel 19 der Datenschutzrichtlinien von Eurojust, um die vollständige Einhaltung und Umsetzung der von der GKI in ihrem Bericht nach dem Inspektionsbesuch im Januar 2015 gemachten Empfehlungen sicherzustellen. Der GKI-Bericht und die darauf folgenden Aktionen von Eurojust zu den Empfehlungen wurden vom Kollegium bei einer Plenarsitzung im September 2015 mit Beteiligung der GKI diskutiert.



1.4 Eurojust und JITs (gemeinsame Ermittlungsgruppen)

Eurojust hat seine zentrale Rolle bei JITs gefestigt, beispielsweise im Hinblick auf die Unterstützung bei der Einrichtung und dem Ablauf der JITs und dem Sammeln von Erfahrung konsolidiert.

2015 wurden 120 JITs von Nationalen Mitgliedern von Eurojust unterstützt, wobei 46 davon neu eingerichtet worden sind.

Die Hauptkriminalitätsbereiche strafbarer Handlungen, die bei den 46 neu gebildeten JITs Gegenstand der Ermittlungen waren, waren Geldwäsche, Betrug, Teilnahme an kriminellen Vereinigungen, Menschenhandel, Drogenhandel und Cyberkriminalität.

Gemäß Artikel 13(5) des Eurojust-Beschlusses haben Mitgliedstaaten sicherzustellen, dass die Nationalen Mitglieder über die Einrichtung von JITs sowie über den Ausgang solcher JITs informiert werden. In diesem Zusammenhang erhielt Eurojust 17 Mitteilungen im Jahr 2015.

Die Fallarbeit von Eurojust bestätigt die wachsende Beteiligung von Drittstaaten in JITs, die 2014 beobachtet wurde. Insgesamt wurden 11 JITs mit Beteiligung von Drittstaaten

von Eurojust unterstützt, von denen sieben im Jahr 2015 eingerichtet wurden. Eine steigende Anzahl an Drittstaaten sehen die JITs nun als effektives Instrument zur Kooperation, *unter anderem* Serbien, Bosnien-Herzegowina sowie die Schweiz (siehe Abschnitt 2.3.3 unten).

Um Erkenntnisse zu gewinnen, fuhr Eurojust fort – zusammen mit dem JIT-Experten-Netzwerk und dessen Sekretariat (siehe Abschnitt 5.2 unten) –, die Evaluierung von JITs durch die Verwendung des [JIT-Evaluierungsformulars](#) zu fördern und zu erleichtern. Dieses Formular, das erstmalig 2014 herausgegeben wurde, wurde im Jahr 2015 auf der Webseite von Eurojust zusammen mit praktischen Ratschlägen zur Durchführung der Evaluierung zur Verfügung gestellt. Es wurden spezielle Evaluierungstreffen bei Eurojust oder in den Mitgliedstaaten mit der Unterstützung von Eurojust abgehalten, um die bisher gewonnen Erkenntnisse zur Verbesserung zu reflektieren.

Das Ergebnis dieser Evaluierungen bestätigt die extensive Nutzung von JITs von Praktikern als effizientes und effektives Instrument zur Koordinierung von grenzüberschreitenden Ermittlungen und Strafverfolgungen.

In einer erheblichen Anzahl von Fällen wurden JITs zwischen mehr als zwei Staaten eingerichtet - die nicht unbedingt Nachbarstaaten sind - und unterstützen die Ermittlung in einer großen Bandbreite an Straftaten.

Die Flexibilität des Instruments, insbesondere die Unterstützung der informellen Kommunikation und des Austauschs von Informationen und Beweismitteln, wird von den zuständigen nationalen Behörden weitgehend geschätzt.

Wenn im Rahmen eines JIT gearbeitet wird, dann wird die Teilnahme der entsandten Mitglieder - die außerhalb ihres Herkunftsstaates arbeiten - als hilfreich für die Effizienz des Ermittlungsverfahrens gesehen. In einer Mehrheit der Fälle scheinen JITs auch durch eine gemeinsame Herangehensweise die Kommunikation mit den Medien zum Ergebnis der Ermittlungen zu erleichtern.

Unter den erkannten Herausforderungen können die unterschiedliche Dauer der Verfahren im Inland - aus rechtlichen und praktischen Gründen - die Funktion eines JIT behindern, beispielsweise wenn einer der Partner das JIT verlassen muss, bevor die Kooperationsbedürfnisse der anderen erfüllt wurden.

Da JITs häufig nebeneinander mit Rechtshilfeersuchen, insbesondere mit Staaten, die nicht Mitglieder des JIT sind, bestehen, berichten Praktiker im Zusammenhang mit bewährten Methoden, dass das Vorhandensein eines JIT

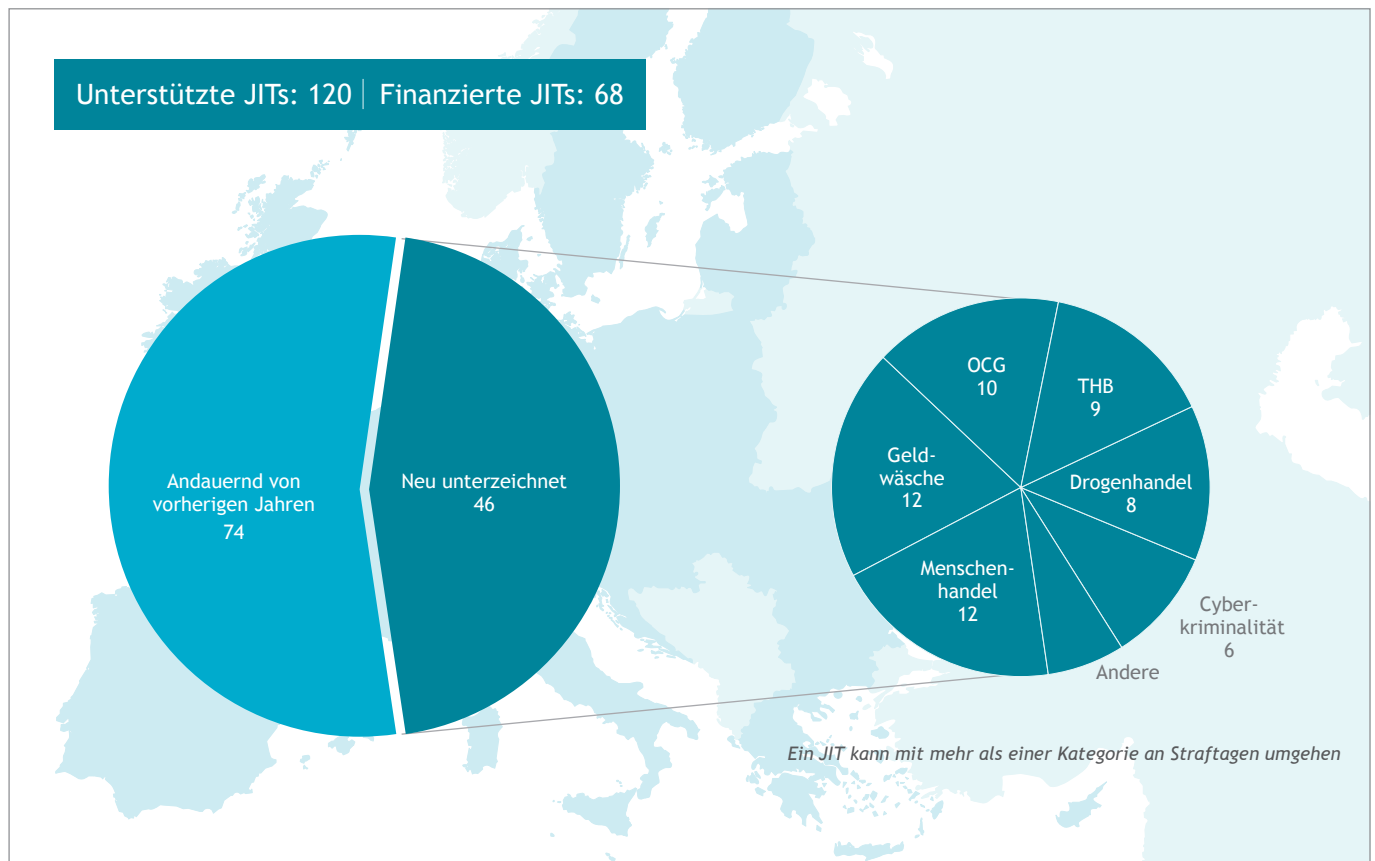
Vorteile bei der zeitnahen Ausführung von Rechtshilfeersuchen bei den ersuchten Staaten bietet, ebenso wie das Teilen von durch Rechtshilfeersuchen aufgenommenen Beweismitteln zwischen den JIT-Partnern.

Da die Erfahrung mit JITs wächst, galt die Evaluierung von Instrumenten, die in den ersten Jahren der Umsetzung von JITs entwickelt wurden (JIT-Handbuch, Modellvereinbarung, JIT operativer Einsatzplan) als hilfreich, um zu prüfen, ob sie nach wie vor die Bedürfnisse der Praktiker erfüllen.

Diese Evaluierung war das Hauptthema bei dem Jahrestreffen der JIT-Experten, das bei Eurojust am 11. und 12. Juni 2015 stattfand. [Die Schlussfolgerungen](#) des Treffens enthielten die klaren Vorgaben, die JIT-Instrumente zu modernisieren und ihre Zugänglichkeit für Praktiker zu erweitern. Die Experten waren sich einig, dass die vorhandene Version der JIT-Modellvereinbarung nach wie vor angemessen und flexibel genug ist, so dass die Schlussfolgerung gezogen wurde, dass eine umfassende Überarbeitung keine Priorität hat. Die Experten stimmten darin überein, dass das JIT-Handbuch umfassend aktualisiert werden muss, um die gewonnenen Erkenntnisse zu integrieren.

Der operative Einsatzplan des JIT, der in der Praxis nicht oft verwendet wird, sollte durch informellere Planungsvereinbarungen ersetzt werden, beispielsweise durch Schlussfolgerungen von Koordinierungstreffen.

JITs unterstützt von Eurojust, mit den Hauptkriminalitätsbereichen



Finanzielle Mittel von Eurojust für JITs

Eurojust stellte nach wie vor finanzielle Mittel für JITs bereit. 2015 wurde die Schlüsselrolle von Eurojust bei der Unterstützung von JIT-Operationen durch das Finanzierungsprogramm durch den Eingang von 144 Anträgen für finanzielle Mittel bestätigt (einige Anträge gelten für ein und dasselbe JIT, für Operationen, die sich über mehrere nachfolgende Einsatzzeiträume erstrecken). Für 68 JITs wurden finanzielle Mittel bereitgestellt (über eine oder mehrere Förderungen), von denen 36 im Jahr 2015 erstmalig unterstützt wurden. Das Eurojust-Budget, das 2015 der Förderung von JITs zugewiesen wurde, betrug 500 000 Euro.

Seit 2014 können in die JIT-Förderung auch Kosten, die in Drittstaaten entstanden sind, übernommen werden. Gemäß dem Trend, der bei der Fallarbeit von Eurojust beobachtet wurde, gingen im Jahr 2015 13 Anträge von JITs ein, die sowohl die EU als auch Drittstaaten betreffen.

2015 wurde ein neues interaktives Antragsformular eingeführt, mit Merkmalen, die ein leichteres Einreichen von Anträgen ermöglichen, wie Dropdown-Listen, Berechnungsfunktionen und eine integrierte Kontrolle von Obergrenzen. Der Umfang von finanziell unterstützten Aktionen wurde erweitert und umfasst nun auch die Übernahme von Kosten, die bei der Nachbereitung zu

Fallbeispiel

Eine französische Ermittlung deckte einen organisierten Mehrwertsteuerbetrug beim Vertrieb von gebrauchten Kraftfahrzeugen sowie Geldwäsche auf. Die Straftaten wurden von einer Gruppe französischer Einzelpersonen begangen, die in Spanien aktiv waren. Die Autos wurden von deutschen Lieferanten an französische Händler über mehrere fiktive dazwischen geschaltete Transaktionen mit französischen, spanischen, rumänischen, italienischen und portugiesischen Firmen auf der Grundlage gefälschter Rechnungen verkauft, um die Zahlung von Mehrwertsteuer zu vermeiden.

Der Fall wurde Eurojust von den französischen Behörden vorgelegt, worauf ein Koordinierungstreffen stattfand, um über den Stand der Ermittlungen zu sprechen und die Kooperation zwischen den beteiligten Behörden zu optimieren. Eurojust diente als Vermittler bei der Unterstützung der Ausführung von mehreren Rechtshilfeersuchen zwischen Frankreich und Spanien, was sehr wichtig war, da in Spanien Ermittlungen anhängig waren.

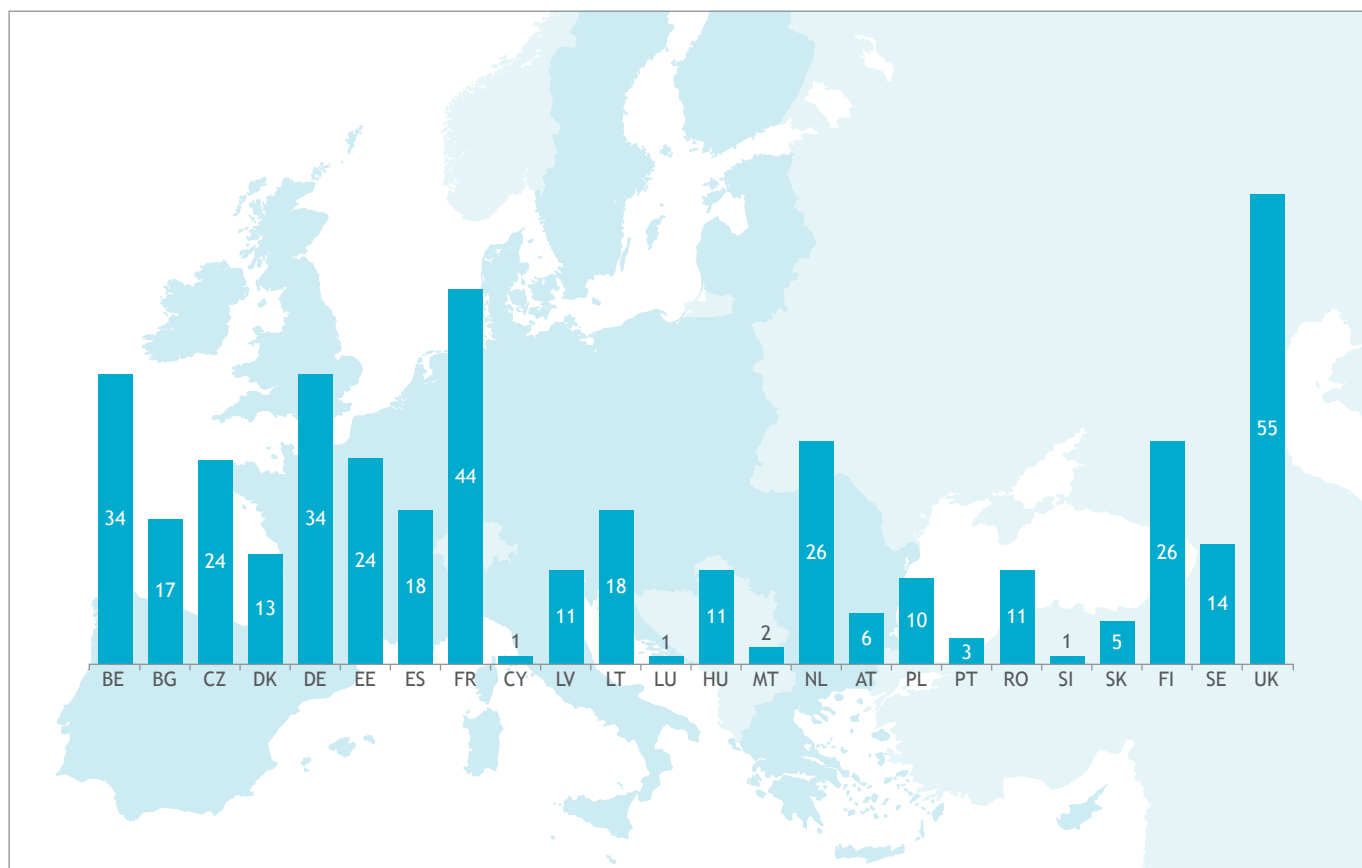
Die Analyse der Informationen, die zwischen den Teilnehmern ausgetauscht wurden, offenbarte einige rechtliche Hindernisse, insbesondere ein potentiell *ne-bis-in-idem* Problem aufgrund der sich überschneidenden Ziele in Frankreich und Spanien. Um einen Zuständigkeitskonflikt in einem späteren Stadium des Verfahrens zu vermeiden, war eine Koordinierung bezüglich künftiger Anklagen und dem Umfang der nationalen Verfahren erforderlich. Angesichts dieser Hindernisse unterzeichneten Frankreich und Spanien eine JIT-Vereinbarung im Juni 2014, um die Kooperation und den Austausch von Beweismitteln zu vereinfachen.

Als Ergebnis intensiver Ermittlungen und einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den JIT-Mitgliedern wurden gemeinsame Einsätze gegen das Netzwerk durch Strafverfolgungsbehörden in Spanien und Frankreich im Januar 2015 durchgeführt, unterstützt durch ein Koordinierungszentrum bei Eurojust. Es wurden neunundzwanzig Beschuldigte in Spanien und zwei in Frankreich verhaftet. Bei den Durchsuchungen wurden zahlreiche Dokumente beschlagnahmt, die auf einen geschätzten Betrag von 20 Millionen Euro gewaschener Gelder hinweisen.

Ermutigt durch die erste erfolgreiche Aktion wurde die Unterstützung von Eurojust weiter bei der Verlängerung des JITs angefordert, die dazu diente, den Austausch von Beweismitteln als Vorbereitung für die bevorstehenden Gerichtsverfahren zu vereinfachen. Bei einem Koordinierungstreffen kamen die JIT-Mitglieder überein, dass das Verfahren für die Delikte Geldwäsche und Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung aus Spanien von Frankreich übernommen wird. Spanien konzentrierte sich auf die Delikte des Steuerbetrugs.

Um das französische Verfahren zu unterstützen, einigten sich die Mitglieder darauf, dass die französischen Ermittler nach Spanien reisen konnten, um die Beweismittel, die bei den spanischen Ermittlungen aufgenommen worden waren, zu prüfen. Die französischen Behörden waren damit einverstanden, ihre spanischen Kollegen zu unterstützen, indem sie eine Videokonferenz organisierten, um zwei in Frankreich angeklagte und festgenommene Beschuldigte zu befragen.

Die nationalen Behörden erzielten wichtige Ergebnisse in der Ermittlungsphase, indem sie diese justiziellen Kooperationsinstrumente effektiv nutzten: Koordinierungstreffen, ein Koordinierungszentrum und ein JIT.

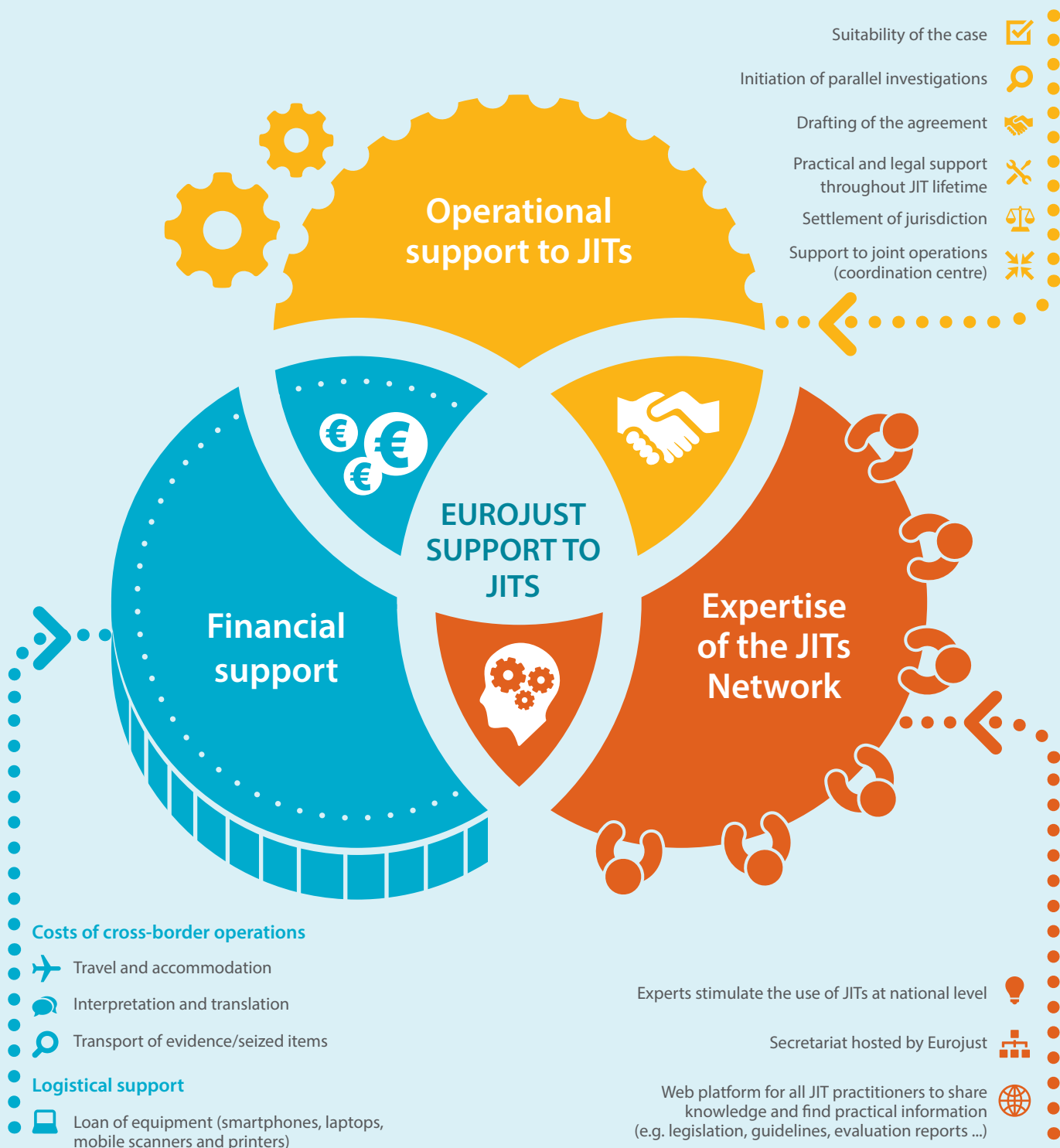


einem JIT entstanden, falls diese Kosten direkt mit den JIT-Aktivitäten verbunden sind, wie zum Beispiel ein Nachbereitungstreffen, das organisiert wurde, um die im Rahmen eines JIT aufgenommenen Beweismittel zu prüfen, Übersetzungskosten für im JIT erlangte Beweismittel oder, für die Übersetzung eines Urteils, das in einem der beteiligten Staaten erging.

Zusätzlich genehmigte das Kollegium von Eurojust ein Projekt, das die Entwicklung von Online-Instrumenten zur Vorlage von Förderungsanträgen und eine Datenbank zur Verarbeitung von JIT-bezogenen Daten umfasst.

Eurojust and joint investigation teams

Eurojust plays a central role in the setting up and running of joint investigation teams (JITs), including judicial and legal expertise, financial support, follow-up to JIT activities and building up know-how.





Besuch von Věra Jourová, EU-Kommissarin für Recht, Verbraucher und Gleichstellung bei Eurojust



Sitzung mit Botschaftern von Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sowie Drittstaaten



Besuch der US-Justizministerin Loretta Lynch bei Eurojust und EU-US-Seminar zur Anwendung von Rechtshilfe und Auslieferungsabkommen

2015

Zeitleiste



2. März Den Haag

Frau Maria Schnebli wurde als erste Verbindungsstaatsanwältin zu Eurojust für die Schweiz entsandt.



20. Mai Den Haag

Treffen Meerespiraterie



4.-5. Juni Den Haag

Strategisches Seminar zu Conflicts of Jurisdiction (Zuständigkeitskonflikte) und Consultative Forum unter der lettischen EU-Präsidentschaft



5. Juni Den Haag

Frau Věra Jourová, Kommissarin für Justiz, Verbraucherschutz und Gleichstellung besucht Eurojust

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI



16.-17. April Den Haag

Strategisches Treffen zu Menschenhandel



21. April Den Haag

Frau Michèle Coninx wird vom Kollegium erneut zur Präsidentin von Eurojust gewählt.



22.-23. April Den Haag

18. Treffen des Genozid-Netzwerks



11.-12. Juni Den Haag

11. Jahrestagung der nationalen Experten
Gemeinsamer Ermittlungsgruppen



17.-18. Juni Den Haag

Treffen zu Judicial cooperation in major sport events
(Justizielle Kooperation bei großen Sportveranstaltungen)

24.-25. Juni Den Haag

Strategisches und Taktisches Treffen zu Terrorismus

29.-30. Juni Riga

44. Plenarsitzung des EJN



15. September Den Haag

Die ehrenwerte Loretta Lynch,
US Attorney General, besucht Eurojust



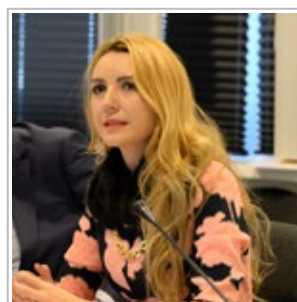
23. September Den Haag

Treffen mit Botschaftern von Mitgliedstaaten
der Europäischen Union sowie Drittstaaten



18.-19. November Luxemburg

45. Plenarsitzung des EJR



25. November Den Haag

Treffen zu Cybercrime: Towards a Judicial
Cybercrime Network (Cyberkriminalität:
Entwicklung eines justiziellen
Cyberkriminalitätsnetzwerks)

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



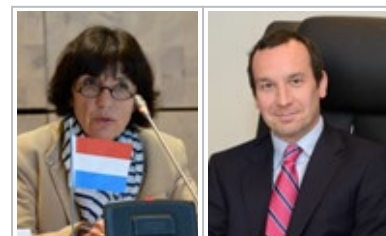
1. Juli Den Haag

Herr Lodewijk Van Zwieten, Eurojust-
Experte für Cyberkriminalität für das
EC3 beginnt seine Tätigkeit



1. Oktober Rom

Unterzeichnung einer Absichtserklärung
(LoU) mit EUNAVFOR MED



10.-11. Dezember Den Haag

Seminar zu Data Retention
(Datenspeicherung) und Consultative
Forum unter der luxemburgischen
EU-Präsidentschaft



1. Juli Den Haag

Taktisches Treffen zu Cybercrime: territoriality in cyberspace and admissibility of evidence (Cyberkriminalität: Territorialität im Cyberspace und Zulässigkeit von Beweismitteln)



8.-9. Oktober Den Haag

EU-US-Seminar zu The Application of Mutual Legal Assistance and Extradition Agreements between the EU and USA (Anwendung von Rechtshilfe und Auslieferungsvereinbarungen zwischen der EU und den USA)

21.-22. Oktober Den Haag

19. Treffen des Genozid-Netzwerks



Eurojust-Fallarbeit



Eurojust nahm an 42 EMPACT-Sitzungen teil und wirkte aktiv bei den 2015 innerhalb des Rahmens der operativen Aktionspläne (OAPs) durchgeführten Aktivitäten in allen priorisierten Kriminalitätsbereichen mit: Beihilfe zu illegaler Einwanderung; Menschenhandel; Produktfälschung; Verbrauchssteuerbetrug und Karussellbetrug; Heroin, synthetische Drogen und Kokain; illegaler Handel mit Feuerwaffen; organisierte Eigentumskriminalität; Cyberkriminalität.

Im Kontext der OAPs im Jahr 2015 war Eurojust an mehreren CEPOL-Kursen beteiligt, bei denen von Eurojust Präsentationen über die Arbeit in einigen Kriminalitätsbereichen wie Drogenhandel (Kokain und Heroin) gehalten wurden. Zusätzlich wirkte Eurojust an der Entwicklung, Vorbereitung und Ausarbeitung der OAPs für 2016 aktiv mit.

Entsprechend der gemeinsamen Position zur Beteiligung von Eurojust in OPAs, die 2013 vom Kollegium beschlossen wurde, wirkte Eurojust in der (Ko-)Leitung oder als Teilnehmer bei 49 Aktionen mit, die erfolgten, um koordinierte Ermittlungen und Strafverfolgungen innerhalb der OAPs verstärkt durchzuführen. Solche Aktionen bestanden entweder aus dem Beitrag von Informationen für die Berichterstattung zu einer besonderen Lage, wobei hochrangige Beschuldigte oder organisierte kriminelle Vereinigungen identifiziert wurden, oder aus der Unterstützung von Ermittlungen und Strafverfolgungen.

Eurojust unterstützte zudem OAP-Aktivitäten, um die Anzahl der Finanzermittlungen bei mehreren EMPACT-Prioritäten zu erhöhen.

Eurojust beteiligte sich an den OAP-Aktionen, um Bewusstsein zu schaffen oder zu steigern, insbesondere durch die Identifizierung von Schulungsbedürfnissen für Richter und Staatsanwälte in den vorrangigen EMPACT-Bereichen wie Cyberkriminalität. Eurojust unterstützte die Aktivitäten zur Identifizierung der justiziellen Kontaktstellen in den relevanten Drittstaaten bei den EMPACT-Prioritäten.

Eurojust hatte die Leitung von Aktivitäten innerhalb der OAPs, die im Bereich Heroin, synthetische Drogen und Kokain umgesetzt wurden, und die Ko-Leitung bei den Aktionen, die zur Erkennung und Behandlung von rechtlichen Schlupflöchern im Prioritätsbereich von OPC gedacht waren.

Schließlich war Eurojust mit den operativen Aktivitäten assoziiert, die innerhalb der Unterprojekte ETUTU (zur Identifizierung von nigerianischen Opfern von Menschenhandel und dem Erlangen von Informationen von diesen Opfern) und chinesischem Menschenhandel (konzipiert zur Anvisierung chinesischer Kriminalität im Zusammenhang mit Menschenhandel) innerhalb des vorrangigen EMPACT-Bereichs Menschenhandel durchgeführt wurden.

Europäische Sicherheitsagenda

Die Europäische Sicherheitsagenda legt für 2015-2020 Terrorismus, Cyberkriminalität und organisiertes Verbrechen als miteinander verbundene Bereiche mit einer starken grenzüberschreitenden Dimension fest, innerhalb der koordinierte EU-Aktion, auch auf justizieller Ebene, notwendig ist.

Die Europäische Sicherheitsagendalegt die Säulen für EU-Aktionen fest, einschließlich einem besseren Informationsaustausch und einer stärkeren operativen Zusammenarbeit. Die Rolle von Eurojust wird insbesondere in vier Tätigkeitsbereichen hervorgehoben: (i) Unterstützung der Mitgliedstaaten bei komplexen Rechtshilfeersuchen mit Ländern außerhalb der Europäischen Union, insbesondere durch das Netzwerk der Eurojust Kontaktstellen; (ii) umfängliche Beteiligung an den Aktivitäten des Europäischen Zentrums für Terrorismusbekämpfung (ECTC) bei Europol zur Verbesserung der Koordination von Ermittlungen und Strafverfolgungen; (iii) Angebot weiterer Kompetenz und Unterstützung für die nationalen Behörden bei der Durchführung Finanzermittlungen; (iv) weitere Unterstützung des Austauschs von bewährten Methoden und Identifizierung der Herausforderungen, die bei der Aufnahme und Verwendung von elektronischen Beweismitteln bei Ermittlungen und Strafverfolgungen bei Straftaten unter Einbeziehung des Internet auftreten.

Europäische Migrationsagenda

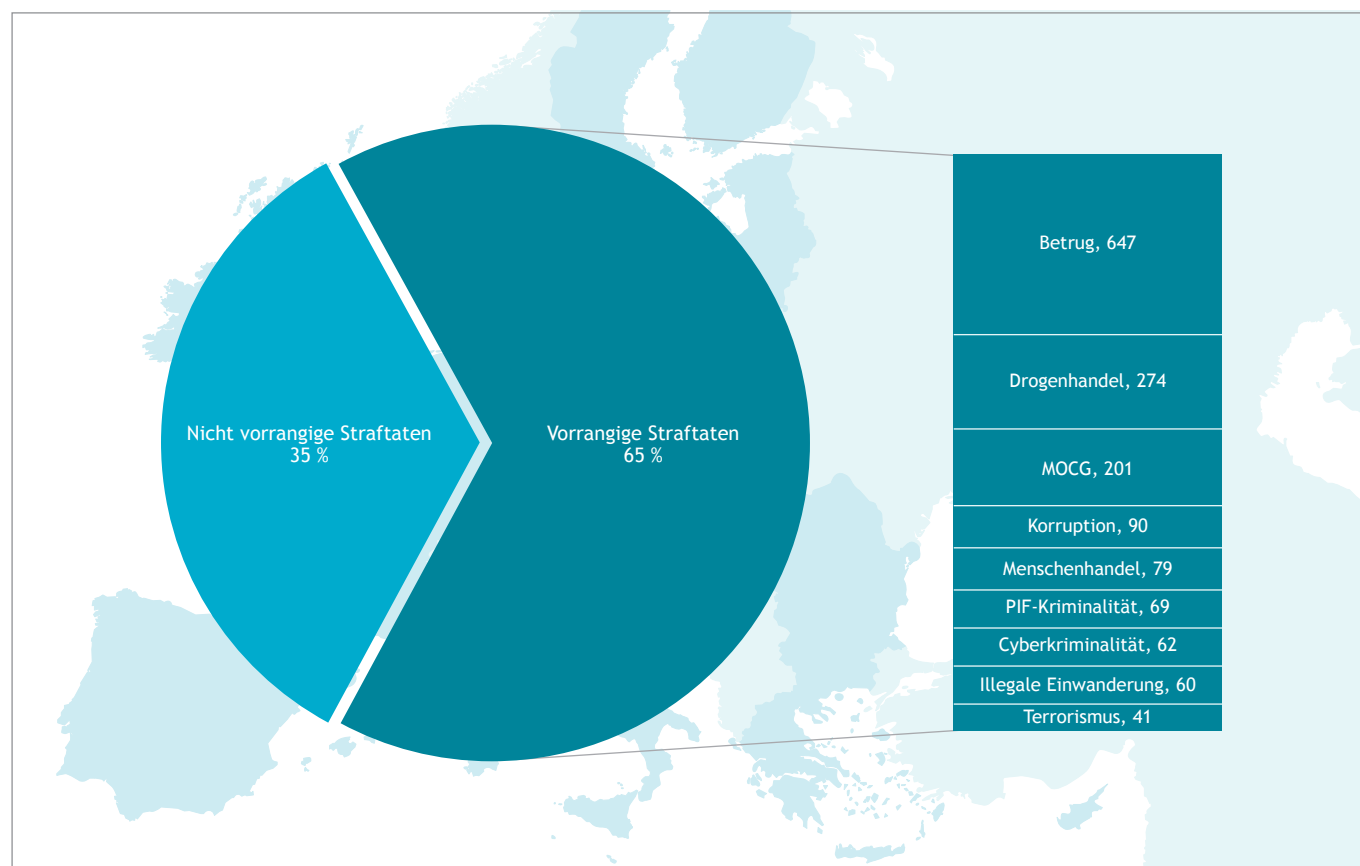
Die Europäische Migrationsagenda ergänzt die Europäische Sicherheitsagenda durch Darlegung der Pläne der Europäischen Kommission sowohl für gesetzgebende als auch nicht gesetzgebende Aktionen im Bereich der Migration. Die Europäische Agenda zur Migration und der EU-Aktionsplan gegen die Schleusung von Migranten identifiziert die Bekämpfung der Schleuserkriminalität als eine EU-Priorität und strebt an, illegale Schleusernetzwerke von Operationen mit ‚geringem Risiko und hohem Ertrag‘ zu Operationen mit ‚hohem Risiko und geringem Ertrag‘ umzuwandeln.

Hier wird Eurojust, zusammen mit Europol, eine Schlüsselrolle zugeordnet, um die Mitgliedstaaten bei der Aufdeckung von Netzwerken zum Menschenschmuggel und Menschenhandel zu unterstützen. Außerdem wurde Eurojust gebeten, eine thematische Gruppe zur Schleusung von Migranten einzurichten, die Kooperation zwischen Staatsanwälten zu stärken und die Rechtshilfe zu verbessern, JITs im Bereich der Schleusung von Migranten zu unterstützen, sich an Hotspots zu beteiligen, an der Arbeit des gemeinsamen operativen Teams (JOT Mare - Joint Operational Teams) mitzuwirken und den Austausch von bewährten Methoden und Herausforderungen bei der Aufnahme und Verwendung von elektronischen Beweismitteln bei Fällen von Schleusung von Migranten zu vereinfachen.

2.1 Eurojust-Fallarbeits in priorisierten Kriminalitätsbereichen

Die operativen Prioritäten von Eurojust spiegeln im Wesentlichen die der Europäischen Union im Kampf gegen schwere und organisierte Kriminalität wieder, wie vom EU-Rat vorgesehen. Als eine bedarfsgesteuerte Organisation

gehören zu den Prioritäten von Eurojust auch bestimmte Kategorien strafbarer Delikte, die im EU-Politikzyklus nicht als priorisiert eingestuft wurden, nämlich Korruption und Terrorismus.



Gesamtstatistiken

Vorrangige strafbare Handlung	Fälle		Koorindierungstreffen		JITs	
	2014	2015	2014	2015	2014	2015
Terrorismus	14	41	4	15	2	3
Cyberkriminalität	42	62	15	19	6	11
Schleuserkriminalität	32	60	10	20	9	9
Menschenhandel	71	79	12	32	18	21
Betrug	560	647	60	76	32	34
Korruption	55	90	9	10	4	4
Drogenhandel	283	274	52	57	31	25
MOCGs	128	201	13	21	13	13

2.1.1 Terrorismus

Das Jahr 2015 war gekennzeichnet durch eine erhöhte Anzahl an Terroranschlägen, die auf Europäischem Boden geplant oder ausgeführt wurden und einer Anerkennung der globalen Bedrohung durch ausländische

terroristische Kämpfer (FTF). Die operativen und strategischen Aktivitäten von Eurojust im Bereich der Terrorismusbekämpfung zeigten die Notwendigkeit auf, dass die Fähigkeit der Mitgliedstaaten gestärkt werden muss, den Terrorismus auf eine gemeinsame, effektive und koordinierte Weise zu bekämpfen.

Die Zahlen, die aus der Fallarbeit 2015 stammen, bestätigen, dass Mitgliedstaaten sich vermehrt auf die Unterstützung durch Eurojust verlassen, um Belange der justiziellen Kooperation in komplexen Terrorismusfällen anzugehen und zu lösen. Die Anzahl der im Jahr 2015 registrierten Fälle (41) ist fast dreimal so hoch wie die Anzahl von 2014. Eurojust organisierte 15 Koordinierungstreffen, in denen es um Straftaten im Zusammenhang mit Terrorismus ging, was beinahe viermal so viele sind wie 2014, und drei JITs waren aktiv. Außerdem organisierte Eurojust das erste Koordinierungszentrum in einem Terrorismusfall. Die meisten Terrorismusfälle, die bei Eurojust neu registriert wurden, stammten aus Belgien, Frankreich und Italien. Belgien, Frankreich und das Vereinigte Königreich wurden am häufigsten ersucht.

Eine erhebliche Steigerung war bei den Informationen zu Strafverfolgungen und Verurteilungen bei terroristischen Delikten zu verzeichnen, die Eurojust gemäß dem Ratsbeschluss 2005/671/JI mitgeteilt wurden. Informationen zu Strafverfolgungen bei terroristischen Delikten wurden Eurojust in 104 Fällen mitgeteilt, im Vergleich zu 30 im Jahr 2014. In ähnlicher Weise stieg die Anzahl an abgeschlossenen Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit Terrorismus, die Eurojust gemeldet wurden, von 180 auf 217 im Jahr 2014.

Strategisches Treffen zum Thema Terrorismus

Am 25. Juni fand das 11. jährliche Strategische Treffen der Nationalen Korrespondenten für Terrorismusangelegenheiten statt. Die Europäische Kommission präsentierte die Prioritäten, die in der Europäischen Agenda zu Sicherheit identifiziert wurden, und betonte die Wichtigkeit der Beteiligung von EurojustInitiativen auf EU-Ebene bei der Bekämpfung von Terrorismus und Radikalisierung.

Der Präsentation folgten eine Podiumsdiskussion zu Entwicklungen im nationalen und EU-Rechtsrahmen bei der Bekämpfung von Terrorismus sowie aktuelle Informationen zu Arbeitsergebnissen im Bereich Terrorismusbekämpfung zur Anwendung durch die Praktiker. Diese Arbeitsergebnisse sind das *TCM*, das *CBRN-E-Handbuch*, das *MPJM* und das *Memorandum zur Terroristenfinanzierung*.

Eurojust analysierte zudem eingehend eine belgische Justizentscheidung im Zusammenhang mit einem FTF-Rekrutierungsnetzwerk. Die Analyse, die von Praktikern als sehr hilfreich und inspirierend eingestuft wird, wurde separat als zugangsbeschränktes Eurojust-Dokument veröffentlicht und den Nationalen Korrespondenten für Eurojust für Terrorismusanliegenheiten übermittelt.

Fallbeispiel

Seit 2007 stand eine terroristische Organisation mit dem Namen RawtiShax oder Didi Nwe (bedeutet ‚neuer Kurs‘ oder ‚hin zum Berg‘) in mehreren Europäischen Ländern im Fokus von Ermittlungen, unter anderem in Italien, der Schweiz und Deutschland. Die Organisation stellt eine weiter entwickelte Form von Ansar Al Islam dar, die von der UN als terroristische Organisation in Verbindung mit Al-Qaeda gelistet ist und deren Anführer in Norwegen verhaftet wurde, weil er wiederholt Todesdrohungen gegenüber norwegischen Politikern ausgesprochen hatte. Das Hauptziel von RawtiShax ist der gewaltsame Sturz der aktuellen irakisch-kurdischen Regierung, um sie durch ein Kalifat nach Sharia-Gesetz zu ersetzen.

Bei den italienischen Ermittlungen gab es Hinweise darauf, dass RawtiShax Wurzeln in Europa hat, mit Zellen, die über das Internet kommunizieren und operieren, und mit einer Struktur, die insbesondere in Deutschland, der Schweiz, dem Vereinigten Königreich, Finnland, Italien, Griechenland, Schweden, Norwegen, dem Irak, dem Iran und Syrien aktiv ist. Im Laufe der Entwicklung dieser Gruppe wurde sie aktiv, indem sie logistische und finanzielle Unterstützung für die Rekrutierung von ausländischen terroristischen Kämpfern lieferte, die nach Syrien und in den Irak geschickt wurden, auch mit der Absicht, sie für den künftigen Konflikt in Kurdistan zu schulen.

Eurojust hat die internationalen justiziellen Kooperationsaktivitäten in diesem Fall seit 2011 unterstützt. Um den Informationsaustausch unter den zuständigen Behörden und die Ausführung von Rechtshilfeersuchen zu erleichtern, wurden von Eurojust zwei Koordinierungstreffen organisiert. Bei den Koordinierungstreffen wurden die Struktur und die Operationen dieser terroristischen Organisation nach und nach aufgedeckt und die beteiligten Mitgliedstaaten diskutierten die effizienteste gemeinsame justizielle Strategie und Reaktion.

Im Laufe mehrerer Monate im Jahr 2015 wurde eine sehr große Menge an Informationen, die von den italienischen Ermittlungen stammt, von Eurojust analysiert, um die wichtigen Aspekte für die beteiligten Mitgliedstaaten, im Hinblick auf einen gemeinsamen Aktionstag zu identifizieren. Eines der Koordinierungstreffen wurde für die Vorbereitung des gemeinsamen Zugriffs verwendet, um Belange im Hinblick auf die Ausführung der angeforderten justiziellen Maßnahmen zu diskutieren, unter anderem die Identifizierung der zuständigen Behörden, die Ausstellung von EuHB, Auslieferungsverfahren, usw. Um eine zeitnahe Ausführung der verschiedenen Rechtshilfeersuchen sicherzustellen,

wurden die gesetzlichen und technischen Anforderungen dieser Ersuchen überprüft.

Am gemeinsamen Zugriffstag im November 2015 wurde ein Koordinierungszentrum bei Eurojust eingerichtet. Insgesamt wurden 13 verdächtige Anführer und verschiedene Mitglieder von RawtiShax in Italien, Norwegen und dem Vereinigten Königreich verhaftet. Zehn verhaftete Beschuldigte wurden nach italienischem Gesetz des internationalen Terrorismus angeklagt. Außerdem führten die Behörden in Italien, Deutschland, Finnland, Norwegen, der Schweiz und dem Vereinigten Königreich Durchsuchungen von 26 Lokaltäten durch und beschlagnahmten Gegenstände, unter anderem elektronische Geräte und Dokumente. Einige Beschuldigte konnten nicht lokalisiert werden, da von ihnen angenommen wird, dass sie in den mittleren Osten (Syrien und Irak) reisten, um dort dschihadistischen Organisationen (ISIS und al-Nusra) als ausländische terroristische Kämpfer beizutreten.

Im Hinblick auf die andauernden Übergabeverfahren von drei Personen aus dem Vereinigten Königreich und der Auslieferungsanträge für Norwegen wird die Unterstützung durch Eurojust 2016 fortgesetzt. Da einer der Beschuldigten, die in Norwegen verhaftet wurden, norwegischer Staatsbürger ist, für den eine Auslieferung nicht möglich ist, wird dieser Beschuldigte in Norwegen angeklagt werden (gemäß dem *aut dedere aut iudicare*-Prinzip). Um erfolgreiche Verfahren gegen diese und andere Beschuldigte sicherzustellen, wird eine weitere justizielle Zusammenarbeit angestrebt.

zur Vereinfachung der justiziellen Zusammenarbeit und stellt sicher, dass die Informationen über Strafverfolgungen und Verurteilungen im Zusammenhang mit Terrorismus Eurojust mitgeteilt werden. Das Netzwerk Nationaler Korrespondenten, das seit 2005 aktiv ist, besteht aus mindestens einem Vertreter, der von jedem Mitgliedstaat benannt wurde, sowie Kontaktstellen, die von Norwegen, den USA und seit September 2015 der Schweiz benannt wurden.

Der dritte Eurojust-Bericht zu *Foreign Terrorist Fighters: Eurojust's Views on the Phenomenon and the Criminal Justice Response* (Ausländische terroristische Kämpfer: Ansichten von Eurojust zum Phänomen und der Reaktion der Straffjustiz (klassifiziert als zugangsbeschränkt für die EU) wurde im November 2015 erstellt. Der Bericht wurde beim Treffen des JI-Rates am 3.-4. Dezember 2015 vorgelegt mit Empfehlungen, die Herausforderungen bei den Ermittlungen und Strafverfolgungen anzugehen und die Koordinierungsinstrumente von Eurojust bei komplexen grenzüberschreitenden Fällen mit ausländischen terroristischen Kämpfern vollständig zu nutzen.

Der Bericht entwickelt die Ergebnisse und Empfehlungen fort, die in den zwei vorherigen Eurojust-Berichten zu FTFs vom November 2013 und November 2014 enthalten sind, durch Integrieren der Beiträge von Praktikern, die als Reaktion auf den ergänzenden Eurojust-Fragebogen zur justiziellen Erwidern auf FTFs eingingen; dieser Fragebogen war im März 2015 an alle Nationalen Korrespondenten für Eurojust in Terrorismusangelegenheiten sowie an die Verbindungsstaatsanwälte aus Norwegen, der Schweiz und den USA geschickt worden. Anfang des Jahres 2015 wurde eine Übersicht über die Hauptegebnisse des zweiten Eurojust-Berichts zu FTFs vom November 2014 als zugangsbeschränktes Eurojust-Dokument veröffentlicht.

Im vergangenen Jahr war Eurojust an vielen Gesprächen und Initiativen auf EU-Ebene aktiv beteiligt, um mögliche Wege zur Stärkung der justiziellen Erwidern auf den

Zu den Informationen, die mit Eurojust ausgetauscht wurden, gehören Verbindungen zu anderen relevanten Fällen, Rechtshilfeersuchen und ihre Ausführung. Die verstärkte Meldung von Informationen auf regelmäßiger Basis sowie in zeitnahe und systematischer Weise vereinfacht die Arbeit von Eurojust, eine Übersicht der Herausforderungen und bewährten Methoden im Zusammenhang mit Strafverfolgungen und terroristischen Delikten bereitzustellen, und bereichert die durch Eurojust durchgeführte Analyse der strafrechtlichen Reaktion auf den Terrorismus, über den die Mitgliedstaaten über den Terrorismus Convictions Monitor informiert werden. Zusätzlich und als Fortsetzung der Schlussfolgerungen des Rates zur strafrechtlichen Reaktion auf die Radikalisierung, die zum Terrorismus führt, wäre Eurojust in der Lage, die Möglichkeit von Alternativen zur Strafverfolgung und Verhaftung zu überwachen und daher zur Entwicklung der Kriminalpolitik im Hinblick auf FTFs beizutragen.

Das Netzwerk Nationaler Korrespondenten für Eurojust in Terrorismusangelegenheiten dient als primäre Kontaktstelle

CBRN-E Handbuch

Das *CBRN-E-Handbuch* enthält für EU-Praktiker multisektorale Unterstützung im rechtlichen Bereich für Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen gegen transnationale Kriminalität im Zusammenhang mit chemischen, biologischen, radiologischen, nuklearen Substanzen und Sprengstoffen (CBRN-E). Es enthält eine Übersicht über die wichtigsten EU- und internationale Gesetze sowie supranationale Einheiten, Systeme und Datenbanken im Bereich CBRN-E.

Das *Handbuch* wird regelmäßig aktualisiert. Die vierte Version wurde im Juni 2015 erstellt.

Taktisches Treffen zum Thema Terrorismus

Am 24. - 25. Juni hielt Eurojust ein drittes Taktisches Treffen zu FTFs ab mit dem Thema *Towards a Common Judicial Response to Foreign Fighters (Entwicklung zu einer gemeinsamen justiziellen Reaktion auf ausländische terroristische Kämpfer)*. An diesem Treffen nahmen die nationalen Korrespondenten für Eurojust für Terrorismusangelegenheiten, Vertreter der nationalen Justiz- und Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Norwegen, Serbien, Schweiz, Türkei und die USA sowie Vertreter des Amtes des EU-Koordinators für die Terrorismusbekämpfung, Europol, INTERPOL und Frontex teil.

Das Treffen gab den Praktikern Einblicke in bestimmte Phänomene, terroristische Organisationen, *Modi Operandi* sowie verfahrensbezogene oder justizielle Kooperationsbelange und bot ein Forum für den Austausch von Erfahrungen und bewährten Methoden unter Praktikern, die Ermittlungen und Strafverfolgungen in FTF-Fällen innerhalb und außerhalb Europas durchführen.

Die Themen, um die es ging, waren die strafjustizielle Reaktion auf FTFs, die gesteigerte justizielle Kooperation mit Drittstaaten sowie Herausforderungen und gewonnene Erkenntnisse von FTF-Strafverfolgungen. Die Angemessenheit des Rechtsrahmens, die Aufnahme und Zulässigkeit von elektronischen Beweisen, Finanzermittlungen, Instrumente für die justizielle Kooperation, die strafjustizielle Reaktion auf Radikalisierung, justizielle Ansätze für Rückkehrer und der Austausch von Informationen wurden besprochen. Präsentationen zu FTF-Strafverfolgungen in Mitgliedstaaten und Drittstaaten boten Einblick in nationale Perspektiven. In drei Workshops ging es um denselben Fall und die Ergebnisse wurden in der Plenarsitzung präsentiert und diskutiert und in den dritten Eurojust-Bericht zu *Foreign Terrorist Fighters: Eurojust's views on the phenomenon and the criminal justice response (Ausländische terroristische Kämpfer: Ansichten von Eurojust zum Phänomen und der Reaktion der Strafjustiz)*, herausgegeben im November 2015, aufgenommen.

Terrorismus zu identifizieren. In verschiedenen Foren betonte die Präsidentin von Eurojust die Notwendigkeit für einen EU-weiten gemeinsamen und umfassenden Ansatz, der eine große Bandbreite an multidisziplinären Richtlinien, Mechanismen und Instrumenten integriert, um die Effizienz der nationalen Reaktionen auf das FTF-Phänomen zu steigern.

Im Rahmen des Netzwerks der JI-Agenturen informierten die Agenturen einander über ihre Instrumente und Maßnahmen, die gegen FTFs vorhanden sind. Eurojust berichtet dem EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung regelmäßig über die Umsetzung von Eurojust-Aktionen im Kampf gegen Terrorismus. Im Jahr 2015 war Eurojust erstmalig mit einem Europol-Focal Point (Analyseeinheit) im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung verbunden, dem Focal Point Travellers.

Eurojust hat die Stärkung der Kooperation mit Drittstaaten nach wie vor priorisiert behandelt, um die Unterstützung der nationalen Behörden bei deren Ermittlungen und Strafverfolgungen zu erhöhen. Der Grad an operativer Kooperation mit Drittstaaten bei Terrorismusfällen, die von Eurojust unterstützt wurden, stieg 2015 erheblich. Beispielsweise betrug Anzahl der Terrorismusfälle (10) unter Beteiligung von Drittstaaten mehr als das Dreifache im Vergleich zum vergangenen Jahr.

Eurojust arbeitet aktiv auf die Erweiterung der Kooperation mit Ländern im Nahen Osten und der Region Nordafrika (MENA) hin. Die Vergrößerung des Kontaktstellennetzes in dieser Region ist wichtig, um die Arbeit zur Bekämpfung des Terrorismus und organisiertem Verbrechen zu erleichtern. Am 21. Juli 2015 lud Eurojust Länder in der

Terrorism Convictions Monitor

Das TCM ist ein zugangsbeschränktes Eurojust-Dokument, das regelmäßig an Staatsanwälte und Richter verteilt wird, die mit Terrorismusfällen zu tun haben, und wird seit 2008 regelmäßig aktualisiert. Er enthält einen Überblick über die Verurteilungen und Freisprüche im Zusammenhang mit terroristischen Straftaten in der ganzen Europäischen Union, aktuelle rechtliche Informationen sowie eine justizielle Analyse der relevanten Urteile.

Das TCM basiert auf Open-Source-Daten und Informationen zu Verurteilungen bei terroristischen Straftaten, bereitgestellt von den nationalen Behörden zur Umsetzung des Ratsbeschlusses 2005/671/JI. Die analytischen Kapitel der Ausgabe im Jahr 2015 enthielt eine Analyse der Urteile, die von Gerichten in Deutschland, den Niederlanden, Norwegen und dem Vereinigten Königreich zu FTFs ergingen.

Außerdem enthält der TCM eine Übersicht über die Hauptpunkte der Europäischen Agenda zur Sicherheit sowie das Zusatzprotokoll zum Übereinkommen des Europarates zur Prävention von Terrorismus, eine politische Erklärung und einen Aktionsplan.

Memorandum über Terrorismusfinanzierung

Das *Eurojust-Memorandum über Terrorismusfinanzierung* ist ein zugangsbeschränktes Eurojust-Dokument und enthält einen Überblick über die auf internationaler und EU-Ebene existierenden Rechtsinstrumente und Vorgaben zur Bekämpfung der Finanzierung von Terrorismus und enthält eine Zusammenfassung dieser Rechtsvorschriften. Das *Memorandum* präsentiert zudem die Fallarbeit von Eurojust im Zusammenhang mit Terrorismusfinanzierung und betont die Beteiligung von Eurojust in der justiziellen Kooperation bei der Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung. Das *Memorandum* wurde erstmalig im Jahr 2006 herausgegeben und wird alle drei Jahre aktualisiert, wobei die letzte Aktualisierung im Juni 2014 erfolgte.

MENA-Region ein, Eurojust-Kontaktstellen zu ernennen, einschließlich einer spezifischen Eurojust-Kontaktstelle für Angelegenheiten der Terrorismusbekämpfung. Nach diesen Einladungsschreiben wurden Kontaktstellen für Eurojust im Libanon, Jordanien, Saudi-Arabien und der Palästinensischen Autonomiebehörde zusätzlich zu den bereits vorhandenen in Ägypten, Israel und Tunesien ernannt.

2.1.2 Cyberkriminalität

Es liegt in der Natur der Sache, dass Cyberkriminalität grenzüberschreitend ist. Es ist eher schwierig, elektronische Beweismittel bei solchen Delikten aufzunehmen, was auf die Volatilität der Daten zurückzuführen ist; zudem dürfte eine spezielle Kompetenz erforderlich sein. Die justizielle Kooperation ist wesentlich, um eine zeitnahe Sicherstellung der elektronischen Beweismittel zu gewährleisten, so dass die Zulässigkeit in justiziellen Verfahren gegeben ist. Die internationale justizielle Kooperation kann durch erhebliche Unterschiede bei den inländischen Rechtsgrundlagen (z.B. bezüglich der Kriminalisierung von Handlungsweisen oder dem Fehlen einer Gesetzgebung zur Vorratsdatenspeicherung) und Zuständigkeitskonflikten behindert werden.

Vor diesem Hintergrund konzentrierte sich Eurojust mehr auf die Bekämpfung von Cyberkriminalität mit Blick auf die Stärkung der justiziellen Kooperation in diesem Bereich, insbesondere durch: Unterstützung der reibungslosen Bearbeitung von Rechtshilfeersuchen – ein ausschlaggebender Faktor zum Ausgleich der Volatilität der Daten und zum Füllen von Lücken, die sich aus der Anwendung verschiedener inländischer Rechtsgrundlagen zur Vorratsdatenspeicherung ergeben; einer frühen Beteiligung der Judikative bei Operationen zu Cyberkriminalität, um sicherzustellen, dass die Daten in der Ermittlungsphase entsprechend der geltenden Rechtsgrundlagen der Ermittlungsphase erfasst werden und im Ergebnis als zulässige elektronische Beweismittel in den darauf anschließenden Gerichtsverfahren vorgelegt werden können.

Fallbeispiel

Eine große organisierte kriminelle Vereinigung, deren Mitglieder hauptsächlich aus Nigeria und Kamerun stammten, war verantwortlich für die Durchführung von Internetbetrug durch Phishing in geschätzter Höhe von 6 Millionen Euro. Dieses kriminelle Netzwerk setzte die Man-in-the-Middle-Methode ein und lenkte finanzielle Mittel von legitimen zu illegitimen Zieladressen durch den Zugriff auf Passwörter und personenbezogene Daten, um sich die E-Mail-Konten der Opfer anzueignen und Geld von ihnen und/oder ihren Kunden zu beschaffen.

Straftäter und Opfer wurden an mindestens 16 Standorten weltweit identifiziert. Die Justizbehörden in Italien, Spanien und Polen wandten sich an Eurojust, um Unterstützung zu erhalten. Es wurden drei Koordinierungstreffen abgehalten, um die Detailinformationen zu bestehenden inländischen Ermittlungen und dem Austausch von Informationen zu klären. Bei parallelen Ermittlungen, die in Italien und Spanien durchgeführt werden, wurde aufgedeckt, dass Einzelpersonen, gegen die ermittelt wird, Teil hierarchisch strukturierter Zellen mit fließenden und flexiblen Interaktionen zwischen den Netzwerken waren. Angesichts dieser engen Verbindungen wurden Herausforderungen für die inländischen Strafverfolgungsbehörden im Zusammenhang mit einer potentiellen ne-bis-in-idem-Problematik identifiziert. Eine mögliche Überschneidung der Ziele wurde herausgestellt, was bedeutet, dass die gleichen Beschuldigten mehreren Strafverfolgungsverfahren in verschiedenen Rechtsprechungen unterliegen könnten.

Im weiteren Verlauf des Falls wurde ein drittes und abschließendes Koordinationstreffen abgehalten, um den Ausführungsstand der Rechtshilfeersuchen zu bewerten, die von Italien an die relevanten Länder gestellt worden war und um neue Informationen auszutauschen. Ähnliche kriminelle Aktivitäten wurden in einzelnen Mitgliedstaaten beobachtet und eine weitere Überschneidung wurde erkannt, was den Strafverfolgungsbehörden half, ihre Fallstrategie festzulegen.

Als Ergebnis vereinbarten die Parteien im Hinblick darauf, dass gleichzeitig Zwangsmaßnahmen ergriffen werden sollten, an einen Zugriffstag mit Unterstützung eines Eurojust-Koordinierungszentrums teilzunehmen. Die spanischen Behörden hätten zwar schnell handeln können, doch solche frühen Maßnahmen in Spanien hätten möglicherweise die weniger fortgeschrittenen, aber breiter angelegten Ermittlungen in Italien behindert. Ein Gespräch über die rechtlichen Anforderungen in den verschiedenen

Gerichtsbarkeiten war notwendig, um die Beschränkungen der Ermittlungen in den jeweiligen Staaten zu verstehen und den vielversprechendsten Ablauf für den Zugriffstag festzulegen. Es wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, um die verschiedenen Ermittlungsphasen diesem Zweck anzupassen.

Der Zugriffstag fand im Juni 2015 statt und wurde von italienischen, spanischen und polnischen Justiz- und Polizeibehörden geleitet. Mit der Unterstützung des Koordinierungszentrums bei Eurojust brachte der Aktionstag ausgezeichnete operative Ergebnisse hervor. Insgesamt wurden 49 Beschuldigte verhaftet und 58 Durchsuchungen durchgeführt. Durch eine enge justizielle Kooperation und Koordinierung zwischen den beteiligten Staaten können Cyberkriminelle in jeder Gerichtsbarkeit vor Gericht gebracht werden.

Die verstärkte Konzentration auf Cyberkriminalität bei Eurojust zeigt sich in der Fallarbeit und in den strategischen Aktivitäten, die 2015 durchgeführt wurden.

Alle wichtigen statistischen Indikatoren - Anzahl der registrierten Fälle (62), Koordinierungstreffen (19), Koordinierungszentrum (1) und JITs (11, von denen sechs neu eingerichtet wurde) - zeigen ein Wachstum bei der operativen Beteiligung von Eurojust in diesem Kriminalitätsbereich im Vergleich zu den Vorjahren. Rumänien war der am häufigsten ersuchende Mitgliedstaat, gefolgt von Griechenland, Deutschland und Zypern. Das Vereinigte Königreich, Spanien und Deutschland waren die Länder, die am meisten untersucht wurden.

Eurojust arbeitete zudem auf die Erweiterung der Kooperation mit Europol bei der Bekämpfung von Cyberkriminalität sowohl auf strategischer als auch auf operativer Ebene hin. Eurojust unterstützte das Europäische Zentrum für Cyberkriminalität (EC3), das bei Europol angesiedelt ist, nach wie vor aktiv. Zu diesem Zweck ernannte Eurojust im Juli 2015 einen Nationalen Experten, der als Vertreter von Eurojust für operative Angelegenheiten für das EC3 agiert. Zu seinen Aufgaben gehört die unterstützende und koordinierende Kooperation mit EC3 im Namen von Eurojust und unter anderem die Vereinfachung des Informationsaustauschs, um die Zulässigkeit von Beweismitteln bei justiziellen Verfahren zu gewährleisten, sowie die Förderung der frühen Beteiligung von Eurojust, um die Effektivität der Strafverfolgungen zu erhöhen und, wenn zutreffend, die Einziehung von Vermögenswerten bei Cyberkriminalitätsfällen.

Treffen zum Thema Cyberkriminalität

Am 1. Juli veranstaltete Eurojust ein taktisches Treffen zur Territorialität im Cyberspace und der Zulässigkeit von elektronischen Beweismitteln bei Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Cyberkriminalität. Zum taktischen Treffen kamen Experten aus allen Mitgliedstaaten, Norwegen, den USA sowie dem privaten Sektor (einschließlich Banken und Internetsicherheitsfirmen) zusammen, die über mehrere Themen in diesem Kriminalitätsbereich und die Unterstützung, die Eurojust dabei leisten kann, beratschlagten. Die Teilnehmer diskutierten über folgende Notwendigkeiten: Beschleunigung der internationalen justiziellen Kooperation, insbesondere der zeitnahe Austausch von Rechtshilfeersuchen angesichts der Volatilität elektronischer Daten; Verbesserung der Kooperation zwischen justiziellen Behörden und dem privaten Sektor (wie Internetdiensteanbieter); Sicherstellung der frühen Einbeziehung justizieller Behörden, unter anderem zur Wahrung der Zulässigkeit der vom privaten Sektor erfassten Daten als Beweismittel.

Bei dem Treffen wurde ein schneller und effektiver Austausch von Erfahrungen, bewährten Methoden und gewonnenen Erkenntnissen als Anliegen genannt. In dieser Hinsicht bewerteten die Praktiker den Vorschlag der Einrichtung eines Netzwerks von Staatsanwälten und Richtern im Bereich Cyberkriminalität.

Als Folge veranstaltete Eurojust im November 2015 ein Treffen mit dem Thema *Towards a Judicial Cybercrime Network (Entwicklung eines justiziellen Cyberkriminalitätsnetzwerks)*, bei dem justizielle Experten im Bereich Cyberkriminalität aus allen Mitgliedstaaten sowie aus Norwegen, der Schweiz, den USA, EC3 und dem Europarat zusammenkamen. Die Teilnehmer waren sich über die Notwendigkeit einig, ein justizielles Cyberkriminalitätsnetzwerk mit Unterstützung von Eurojust einzurichten, als Plattform für die Diskussion justizieller Hindernisse, der Identifizierung und Verbreitung bewährter Methoden sowie dem Austausch von Rechtsprechung.

Zusätzlich wurde über den Rechtshilfeprozess zwischen den USA und den Mitgliedstaaten gesprochen und es wurden Informationen über die vom Rat des Europäischen Ausschusses für das Übereinkommen zu Cyberkriminalität veranlassten und unterstützten Projekte ausgetauscht. Vertreter des Ministeriums für Sicherheit und Justiz der Niederlande gaben eine Übersicht über die Prioritäten bei der bevorstehenden EU-Präsidentschaft, zu denen der Kampf gegen Cyberkriminalität gehört (mit einem Fokus auf Zuständigkeitsfragen).

Die Anwesenheit des Eurojust-Experten für Cyberkriminalität bei EC3 trug ebenfalls zu einer intensivierten Präsenz der Focal Points Twins, Terminal und Cyborg bei. Innerhalb der operativen Aktionspläne zu Cyber-Angriffen von EMPACT 2015 erstellten Eurojust und Europol ein gemeinsames Dokument zu legislativen Herausforderungen bei der Bekämpfung von Cyberkriminalität, vorwiegend aus der Sicht der Strafverfolgung und Anklage. Darin werden sechs Bereiche identifiziert: Datenverlust; Verlust von Standortdaten; Rechtsgrundlage; öffentlich-private Partnerschaften; internationale Kooperation sowie die sich schnell entwickelnde Bedrohungslandschaft. Das Dokument dient als Ausgangspunkt für weitere Gespräche mit den relevanten Interessenvertretern über mögliche Ansätze zur Behandlung dieser Herausforderungen, einschließlich einer weiteren Ausrichtung der rechtlichen und praktischen Instrumente, die Rechtshilfeersuchen und den Austausch von Informationen und elektronischen Beweismitteln zum Zweck von Ermittlungen und Strafverfolgungen bei Cyberkriminalitätsfällen betreffen.

Während ihres Besuchs in Den Haag im September kündigte die US-amerikanische Justizministerin Loretta Lynch die Abordnung eines US-Staatsanwalts zu Cyberkriminalität an.

Zusätzlich zur operativen Unterstützung für nationale Ermittlungen und Strafverfolgungen und EC3 unterstützte Eurojust weiterhin das Projekt Illegal Trade on Online Marketplaces (ITOM; Illegaler Handel auf Online-Marktplätzen), wobei die Abschlusskonferenz im November 2015 stattfand. Zudem unterstützte Eurojust weiterhin das Training of Trainers and Certification Programme (TOT; Programm zur Ausbildung und Zertifizierung von Ausbildern), das die erste Fortbildung für Staatsanwälte und Ermittlungsrichter organisierte, um die Effektivität und das Verständnis der Ermittlungs- und Strafverfolgungsphasen in Cyberkriminalitätsfällen zu verbessern.

2.1.3 Schleuserkriminalität

Europa stand einer beispiellosen Krise gegenüber, die sich aus dem starken Wachstum bei Schleuserkriminalität und der schrecklichen Folge damit verbundener tödlicher Zwischenfälle auf dem Mittelmeer, an der Europäischen Küste und dem Festland ergab.

Eurojust stand einem erhöhten Bedarf an justizieller Koordination in diesem Bereich gegenüber aufgrund der sich wiederholenden und weit verbreiteten Natur der Straftaten, die in den Mitgliedstaaten begangen wurden. Die Anzahl an Fällen von Schleuserkriminalität (60) und Koordinierungstreffen (20) verdoppelte sich nahezu im Vergleich zu 2014. Die am häufigsten ersuchenden Länder waren Frankreich, Spanien und Italien. Deutschland war das am häufigsten ersuchte Land, gefolgt von Frankreich und Ungarn.

Entsprechend dem EU-Aktionsplan gegen die Schleusung von Migranten arbeitete Eurojust eng mit Europol, Frontex und EASO zusammen, um Informationen zu den Modi Operandi der Schleuser zu sammeln, die nationalen Behörden bei der Verfolgung der Geldflüssen zu unterstützen und bei den Ermittlungen mitzuwirken. Zu diesem

Fallbeispiel

Eine Ermittlung gegen eine OCG, die des illegalen Einschleusens von albanischen Staatsbürgern unter Einsatz von in der Tschechischen Republik registrierten gemieteten Transportfahrzeugen in die Europäische Union verdächtigt wird, wurde eingeleitet. Die OCG, die seit Ende 2013 operiert, transportierte illegale Einwanderer über zwei Routen nach Großbritannien: entweder von der Türkei oder Griechenland nach Belgien und dann nach Großbritannien in Fahrzeugen, die von tschechischen und slowakischen Fahrern gefahren wurden, oder von Bulgarien oder Serbien in die Tschechische Republik und dann über Deutschland nach Großbritannien per Fähre oder Zug. Über 100 illegale Einwanderer wurden in diesem Zeitraum in die Europäische Union gebracht.

Eurojust und die Mitgliedstaaten, die an diesem Fall beteiligt waren, wohnten 2014 mehreren operativen Treffen bei Europol für die ‚Operation Tantaluf‘ bei. Die Notwendigkeit einer justiziellen Kooperation führte dazu, dass der Fall im Dezember 2014 Eurojust vorgelegt wurde. Eurojust organisierte vier Koordinierungstreffen und bot ein Forum für die belgischen, tschechischen, deutschen, französischen und britischen Behörden, um die justiziellen Aspekte des Falls zu diskutieren. Die enge Kooperation mit Europol wurde fortgesetzt und die Analysten nahmen an den Koordinierungstreffen bei Eurojust teil.

Belgien wurde als bester Standort für die Übernahme der Strafverfolgung ausgewählt. Diese Entscheidung wurde von der Tatsache beeinflusst, dass offenbar eine Stadt in Belgien das Drehkreuz für die Operation der Schleuserkriminalität war. Eurojust war ausschlaggebend bei der Bildung eines JIT zwischen Belgien, der Tschechischen Republik, dem Vereinigten Königreich und Deutschland beteiligt. Die finanzielle Unterstützung von Eurojust ermöglichte in diesem Fall, schneller voranzukommen, und deckte die Kosten der wichtigen Ressourcen, die für eine solche groß angelegte Operation benötigt wurden, insbesondere für Dolmetscher- und Übersetzungsleistungen, Reisekosten und technische Geräte. Der Austausch von Beweismitteln zwischen allen beteiligten Ländern erfolgte direkt, und die belgischen Behörden waren in der Lage, Informationen nach einem Rechtshilfeersuchen an die französischen Behörden bezüglich der Fahrer, die in Frankreich gestoppt wurden, einzuholen.

Bei Ermittlungen in diesem Fall wurde aufgedeckt, dass diese OCG in 13 Schleusungsfällen einen Gewinn von über 500.000 Euro auf Kosten

der Viktimisierung von mehr als 100 verwundbaren Menschen erzielten. Ein gemeinsamer Zugriffstag fand im November 2015 mit Unterstützung durch ein Eurojust-Koordinierungszentrum statt. Es wurden acht Beschuldigte verhaftet, 24 Personen wurden als Zeugen oder Beschuldigte befragt und 10 Hausdurchsuchungen wurden durchgeführt. Am gemeinsamen Zugriffstag wurden sechs EuHB ausgeführt.

Zweck verstärkte Eurojust seine Kooperation mit den Europol-Focal Points Checkpoint und JOT Mare. Diese Intensivierung der Kooperation wurde erzielt durch das Abhalten – zusätzlich zu Ad-hoc-Treffen zu einzelnen operativen Fällen – von vierteljährlichen Treffen zum Gespräch über die Mittel und Methoden (z.B. ein verstärkter Prozess des Informationsaustauschs über laufende Fälle), um die Kooperation und die Möglichkeit zu verbessern, nationale Behörden in ihrem Kampf gegen Schleuserkriminalität zu unterstützen.

Eine Absichtserklärung (LoU) zur Kooperation zwischen Eurojust und der EU-Militäroperation im südlichen Teil des zentralen Mittelmeers (EUNAVFOR MED) wurde am 1. Oktober unterschrieben. EUNAVFOR MED wurde am 22. Juni 2015 mit dem Ziel eingerichtet, systematische Anstrengungen zu unternehmen, um die von Schleusern verwendeten Schiffe und Vermögenswerte zu identifizieren, aus dem Verkehr zu ziehen, zu beschlagnahmen und zu zerstören. Diese Absichtserklärung bietet einen Rahmen für eine erweiterte Kooperation und einen Dialog im Kampf gegen Schleuserkriminalität. Sie bestätigt die Verpflichtung der beiden Parteien, strategische Informationen nicht operativer Natur, bewährte Methoden, Erfahrungen und Kompetenzen im Bereich der Schleuserkriminalität auszutauschen.

Auf institutioneller Ebene ernannte das Kollegium von Eurojust im April 2015 eine Kontaktstelle für Schleuserkriminalität, um Eurojust innerhalb der Kontaktgruppe der EU-Agenturen zur Schleusung von Migranten zu vertreten, die von der Europäischen Kommission 2015 entsprechend dem EU-Aktionsplan gegen die Schleusung von Migranten eingerichtet worden ist.

Der Hotspot-Ansatz, der von der Europäischen Kommission als Teil der Europäischen Agenda zu Migration vorangebracht wurde, hat als oberstes Ziel die Koordinierung der EU-Unterstützung für stark betroffene Mitgliedstaaten, die einen spezifischen und überproportionalen Migrationsdruck an ihren Außengrenzen erleben. Eurojust unterstützte die Hotspots in Italien und Griechenland – zwei der Mitgliedstaaten, die von Migrationsströmen im Jahr 2015 am meisten betroffen waren. Nationale Staatsanwälte in Italien und Griechenland wurden als Eurojust-Kontaktstellen ernannt, um die Hotspot-Standorte zu unterstützen und die

relevanten Informationen und Fälle zu den Nationalen BürosBüros von Eurojust hin zu kanalisieren für eine justizielle Nachbearbeitung und Koordinierung auf EU-Ebene.

Die Präsidentin von Eurojust besuchte die Hotspots in Italien (Oktober 2015) und Griechenland (Dezember 2015) und traf Vertreter der italienischen und griechischen Justiz und Marine sowie EUNAVFOR MED und Frontex, um über den Kampf gegen Schleuserkriminalität und die Notwendigkeit einer erweiterten justiziellen Zusammenarbeit zu sprechen.

Im September richtete das Kollegium von Eurojust die thematische Gruppe zu Schleuserkriminalität ein, wobei sich deren Zeitrahmen (2015-2020) mit dem Zeitrahmen des EU-Aktionsplans gegen die Schleusung von Migranten deckt. Die Ziele der thematischen Gruppe sind *unter anderem*: (i) Erweiterung der Unterstützung für Strafverfolgungsbehörden, die von Schleuserkriminalität betroffen sind, (ii) Identifikation und Analyse der Herausforderungen bei den Ermittlungen und der Strafverfolgung dieser Straftatbestände sowie bewährte Methoden im Zusammenhang damit und (iii) Verbesserung der Nutzung vorhandener Rechtsinstrumente auf internationaler und EU-Ebene in diesem Kontext.

Außerdem unterstützte Eurojust weiterhin andere strategische Foren und Projekte, die die internationale Kooperation im Bereich der Schleuserkriminalität erweitern sollen, beispielsweise durch Teilnahme an dem regionalen Projekt der internationalen Organisation für Migration (IOM) *Strengthening the fight against trafficking in persons and migrant smuggling in the Western Balkans (Stärkung des Kampfs gegen Menschenhandeln und der Schleusung von Migranten im Westbalkan)*, um bewährte Vorgehensweisen bei der Durchführung von grenzüberschreitenden Aktivitäten bei zwei Seminaren in Mazedonien (Fyrom) und Montenegro vorzustellen. Das Ziel dieses Projektes, das vom IOM Development Fund und der italienischen Regierung finanziert wird, ist es, die Kapazität und die grenzüberschreitende Kooperation der Interessenvertreter aus dem Westbalkan bei der Bekämpfung von grenzüberschreitenden Straftaten wie Menschenhandel und Schleuserkriminalität zu stärken.

Strategisches Treffen zum Thema Menschenhandel

Am 16. und 17. April hielt Eurojust eine Strategisches Treffen zum Thema Menschenhandel ab. Bei dem Treffen kamen Richter, Staatsanwälte und Polizeibehörden aus den Mitgliedstaaten, Norwegen, der Schweiz, Japan und den USA zusammen. Weitere Teilnehmer an diesem Treffen waren Vertreter der Europäischen Kommission, Europol, FRA, UNODC, die Universität von Cambridge, Western Union und Facebook.



Frau Myria Vassiliadou, die EU-Koordinatorin gegen Menschenhandel, betonte die Wichtigkeit eines umfassenden Ansatzes im Kampf gegen Menschenhandel angesichts der sich ständig entwickelnden und grenzüberschreitenden Natur dieser Kriminalität. Die Vertreter von Western Union und Facebook präsentierten die Probleme, denen sie gegenüberstehen, und stellten mögliche Wege der Kooperation mit Strafverfolgungs- und Justizbehörden im Kampf gegen Menschenhandel heraus. Die Teilnehmer sprachen über die Hauptherausforderungen bei den Ermittlungen und Strafverfolgungen bei Menschenhandel und identifizierten bewährte Methoden im Zusammenhang damit.

Insbesondere ging es um die folgenden Themen: (i) Schwierigkeiten, auf die nationale Behörden bei der justiziellen Kooperation im Zusammenhang mit der Vernehmung und dem Schutz von Opfern/Zeugen in Menschenhandelsfällen stießen; (ii) Herausforderungen bei der Strafverfolgung von Menschenhandelsfällen zum Zwecke der Ausbeutung der Arbeitskraft; (iii) Belange der justiziellen Kooperation im Zusammenhang mit dem Einsatz von JITs, dem Aufnehmen und der Zulässigkeit von elektronischen Beweismitteln, dem Einsatz spezieller Ermittlungstechniken sowie Finanzermittlungen in Menschenhandelsfällen. Zusätzlich wurde der Wert der Eurojust-Mitwirkung in Menschenhandelsfällen hervorgehoben und andere Bereiche, in denen Eurojust Mitgliedstaaten unterstützen könnte, wurden identifiziert. Der Ergebnisbericht des Strategischen Treffens ist auf der Eurojust-[Webseite](#) verfügbar.

Fallbeispiele

Zwei Fälle, die den Einsatz von JITs in Menschenhandelsfällen hervorheben, wurden 2013 zu Eurojust gebracht. Die Fälle betrafen den Handel von Frauen mit einem einkommensschwachen Hintergrund aus Ungarn und der Slowakischen Republik in das Vereinigte Königreich zum Zweck der sexuellen Ausbeutung, entweder in der Prostitution oder durch Scheinehen, und wurden von der gleichen Staatsanwaltschaft im Vereinigten Königreich bearbeitet.

Der erste Fall betraf die Aktivitäten einer ungarischen OCG, hauptsächlich mit Basis im Vereinigten Königreich, die verantwortlich für den Handel von mindestens 250 Frauen nach und innerhalb des Vereinigten Königreichs zu Prostitutionszwecken ist. Die Dringlichkeit des Falls und des Wohlbefindens der beteiligten Frauen wurde verstärkt, als ein Opfer sich bei den britischen Behörden meldete und eine Aussage über den Missbrauch machte, der an ihr begangen wurde.

Im zweiten Fall waren slowakische Bürger bei der Rekrutierung von Frauen in ihrem Heimatland für Scheinehen im Vereinigten Königreich beteiligt, indem sie pakistanischen Männern eine Möglichkeit boten, als Ehemänner von EU-Frauen im Vereinigten Königreich bleiben zu dürfen. Einige der Frauen glaubten, dass sie in das Land gebracht worden waren, damit sie dort legitim arbeiten könnten. Mindestens eine Frau wurde von dem Mann, an den sie verkauft wurde, vergewaltigt.



2.1.4 Menschenhandel

Die operative Unterstützung, die von Eurojust bei nationalen Ermittlungen und Strafverfolgungen von Menschenhandel bereitgestellt wurde, erhöhte sich auf 79 Fälle. Die Anzahl an Koordinierungstreffen hat sich nahezu verdreifacht (32). Ein Koordinierungszentrum wurde durchgeführt. Der am häufigsten ersuchende Mitgliedstaat war das Vereinigte Königreich, gefolgt von Rumänien und Slowenien. Der am häufigsten ersuchte Mitgliedstaat war Rumänien, gefolgt von den Niederlanden und Ungarn.

Die Anzahl an JITs im Zusammenhang mit THB-Fällen erhöhte sich auf 21, wobei neun JITs im Jahr 2015 neu eingerichtet wurden. Unter diesen neuen JITs war eines zwischen Frankreich und – zum ersten Mal – Bosnien-Herzegowina, unterstützt durch Eurojust-Finanzmittel für JITs.

Im Kontext des [strategischen Projekts von Eurojust zu Menschenhandel](#) fand ein zweites Strategisches Treffen zum Thema Menschenhandel statt.

Im Dezember 2015 veröffentlichte Eurojust einen Bericht zum Thema *Prosecuting THB for the purpose of*

labour exploitation (Strafverfolgung bei Menschenhandel zum Zwecke der Ausbeutung von Arbeitskraft). Die Ergebnisse des [Berichts](#) basieren auf der Analyse unter anderem von 32 Urteilen aus 11 Ländern und Menschenhandelsfällen zur Ausbeutung von Arbeitskraft, die bei Eurojust registriert sind. Der Bericht soll als Informationsquelle für Praktiker dienen, die an Ermittlungen und Strafverfolgungen von Menschenhandel zur Ausbeutung von Arbeitskraft beteiligt sind, indem er mögliche Indikatoren von Ausbeutung der Arbeitskraft identifiziert und deren Interpretation in der nationalen Rechtsprechung bewertet. Der Bericht bietet auch einen kurzen Überblick über Fälle von Menschenhandel zur Ausbeutung der Arbeitskraft, die von Eurojust bearbeitet wurden, auf deren Grundlage einige der Herausforderungen, denen die beteiligten Länder gegenüberstehen, beschrieben sind. Bewährte Methoden bei der justiziellen Kooperation sowie die mögliche Mitwirkung von Eurojust wurden hervorgehoben, namentlich durch die Vereinfachung des schnellen Austauschs von Informationen, das Organisieren von Koordinierungstreffen und -zentren, die Mitwirkung bei der Einrichtung von JITs und deren Finanzierung sowie die Mitwirkung bei der Ausführung von Rechtshilfeersuchen.

In beiden Fällen wurde ein JIT zwischen dem Vereinigten Königreich und dem jeweiligen Mitgliedstaat unter Beteiligung von Eurojust und Europol eingerichtet. Die Ermittlungen profitierten vom JIT-Rahmen, der einen effektiven Austausch der relevanten Informationen und Beweismittel ermöglicht, die für den Zweck der Strafverfolgung aufgenommen wurden, ohne die Notwendigkeit formeller Rechtshilfeersuchen. Außerdem war das JIT in diesen Menschenhandelsfällen ausschlaggebend bei der Abstimmung der Bemühungen zwischen den beiden Gerichtsbarkeiten, so dass die Aufdeckung der OCG sichergestellt wurde und die Behörden sowohl im Vereinigten Königreich als auch in den ersuchten Staaten die Möglichkeit hatten, auf die Opfer zuzugehen und ihnen Hilfe anzubieten, ohne auf Hindernisse zu stoßen, die durch mögliche Unterschiede bei der Gerichtsbarkeit und dem Verfahrensablauf zwischen den Mitgliedstaaten verursacht wurden. Eurojust stellte zudem finanzielle Mittel für das JIT zur Unterstützung der Ermittlungen bereit, so dass die Kosten wertvoller benötigter Ressourcen, die für diese groß angelegten Operationen gebraucht wurden, übernommen werden konnten. Beispielsweise war bei den Ermittlungen zur ungarischen OCG die britische Polizei in der Lage, nach Ungarn zu reisen, um Zeugen zu unterstützen, die per Videovernehmung eine Aussage machten.

Als Ergebnis von koordinierten Zugriffen gegen die ungarische OCG wurden 11 Beschuldigte verhaftet. Im Jahr 2015 wurden die Angeklagten wegen Konspiration beim Menschenhandel in das Vereinigte Königreich, Konspiration zur Lenkung von Prostitution und Vergewaltigung verurteilt. Alle Straftäter erhielten Freiheitsstrafen zwischen 20 Monaten und 14 Jahren.

Gegen die slowakische OCG gab es zwei Gerichtsverfahren. Im Dezember 2013 ergingen Freiheitsstrafen zwischen 16 Monaten und 10 Jahren gegen vier Angeklagte. Jedoch wurden die Ermittlungen zu weiteren Straftaten im Vereinigten Königreich und der slowakischen Republik fortgesetzt und ein weiterer Prozess fand im August 2015 statt, der zur Verurteilung von sechs Personen führte, von denen drei bereits wegen des Menschenhandels in 2013 verurteilt worden waren. Die Freiheitsstrafen lagen zwischen 12 Monaten und sechseinhalb Jahren. Im Januar 2016 wurden vier der verurteilten Männer, Antisklavereibeschlüssen' im Hinblick auf zukünftiges Verhalten unterworfen, einschließlic hin der slowakischen Republik; diese gehörten zu den ersten derartigen Beschlüssen nach dem Gesetz zur modernen Sklaverei von 2015 im Vereinigten Königreich und der ersten mit extraterritorialer Dimension.

Eurojust bekräftigte seinen Fokus auf die Effektivität von JITs in Menschenhandelsfällen und setzte die aktive Unterstützung von mehreren Seminaren fort, die im Rahmen des Projekts *Use of Joint Investigation Teams to fight trafficking of human beings in the Western Balkans at the local level* (Einsatz von gemeinsamen Ermittlungsgruppen im Kampf gegen Menschenhandel auf dem Westbalkan auf lokaler Ebene) organisiert wurden. Das Projekt wird in Partnerschaft mit der Generalstaatsanwaltschaft und dem Innenministerium der Republik Slowenien sowie der Staatsanwaltschaft und dem Innenministerium der Republik Bulgarien durchgeführt und wird vom Programm zur Prävention und dem Kampf gegen Kriminalität der Europäischen Kommission finanziert.

Eurojust nahm weiterhin aktiv an den Treffen der Kontaktstellen für Menschenhandel bei den JI-Agenturen teil, bei denen die Europäische Kommission den Vorsitz führt. Bei den Treffen kommen Vertreter der relevanten EU-Agenturen zum Zweck der Verschlinkung von Aktionen und der Optimierung von Ressourcen im Kampf gegen Menschenhandel zusammen.

Eurojust nahm am Neunten Tag gegen Menschenhandel teil, der von der EU-Koordinatorin gegen Menschenhandel organisiert wurde. Als Hauptfaktoren einer vielversprechenden Strategie zur Bekämpfung von Menschenhandel wurden die Nachfrage des Bedarfs, die Förderung von finanziellen Ermittlungen und die Erweiterung der grenzüberschreitenden Kooperation hervorgehoben.

Fallbeispiel

Im Februar 2014 forderten die französischen Behörden die Unterstützung von Eurojust in einem Fall im Zusammenhang mit einer OCG an, die an illegalem Handel und Vertrieb von Pferdefleisch beteiligt war, das für den menschlichen Verzehr als potentiell ungeeignet galt. Aufgrund der Fälschung, Unterdrückung oder Änderung der amtlichen Gesundheitsdokumente durch die OCG, einschließlich einzelner Pässe, die medizinische Aufzeichnungen für jedes reisende Tier enthalten, gelangte das Pferdefleisch auf betrügerische Weise in die Europäische Lebensmittelkette. Vierhundert Pferdepässe mit Auffälligkeiten wurden allein in Frankreich entdeckt. Die französischen Behörden schätzten, dass etwa 4 700 Pferde, die nicht zum menschlichen Verzehr geeignet waren, geschlachtet und zwischen 2010 und 2013 in die legale Lebensmittelkette gebracht wurden. Diese Aktivitäten verstießen gegen die EU-Gesetzgebung, nach der die Herkunft von Fleisch immer angegeben und nachverfolgbar sein muss.



Die Aktivitäten des Hauptbeschuldigten, eines belgischen Bürgers, der von Belgien aus operierte, hatten zu Ermittlungen in Belgien im November 2012 und in Frankreich im Juli 2013 geführt. Diese Untersuchungen deckten Verbindungen zu den Aktivitäten der OCG in anderen Mitgliedstaaten, u.a. Irland, Niederlande und Vereinigtes Königreich, auf.

Ein von Eurojust finanziertes JIT wurde von Belgien und Frankreich im Mai 2014 gegründet. Beim ersten Koordinierungstreffen im Januar 2015 sahen die Teilnehmer die Notwendigkeit, einen gemeinsamen Zugriffstag zu planen. Die Behörden einigten sich auf weitere, individuelle Rechtshilfeersuchen, um die Ausführung spezifischer Zwangsmaßnahmen am Zugriffstag sicherzustellen. Angesichts des Zeitdrucks und der einzigartigen Aspekte des Falls wurden die Rechtshilfeersuchen über Eurojust weitergeleitet.

Das Treffen resultierte in einer gemeinsamen Strategie zur Optimierung der Chancen, die vorgesehenen Verhaftungen vorzunehmen und so viele Beweismittel wie möglich aufzunehmen, und trug zur effektiven Sicherstellung von Bankkonten und der Beschlagnahme von Vermögensgegenständen bei.

Die Koordinierung durch Eurojust vor dem gemeinsamen Zugriffstag galt als ausschlaggebend und daher fand im März 2015 ein zweites Koordinierungstreffen statt. Als Ergebnis des Treffens und der ausgetauschten Informationen stimmten die deutschen Behörden zu, parallele Ermittlungen einzuleiten, um die Kooperation zu erleichtern und das JIT wurde auf das Vereinigte Königreich ausgeweitet. Änderungen an den Rechtshilfeersuchen aus Frankreich und Belgien wurden diskutiert, um ihre zeitnahe Ausführung sicherzustellen. Da keine Ermittlungen in den Niederlanden eingeleitet wurden, kamen die Teilnehmer, die sich trafen, überein, dass Frankreich drei EuHB zu Beschuldigten, die möglicherweise in den Niederlanden aufhältig waren, ausstellen würde.

Im April 2015 führte ein gemeinsamer Zugriffstag unter Mitwirkung von Polizei- und Justizbehörden aus Frankreich, Belgien, Deutschland, Irland, Luxemburg, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich, unterstützt von einem Koordinierungszentrum bei Eurojust, zu 26 Verhaftungen und der Beschlagnahme von 99000 Euro in bar. Durchsuchungen kommerzieller und privater Räumlichkeiten sowie von Fahrzeugen wurden durchgeführt und mehr als 800 Pferdepässe wurden beschlagnahmt, zusammen mit Medikamenten, mehreren Dutzend Mikrochips und Computergeräten.

2.1.5 Betrug

Mit 647 im Jahr 2015 registrierten Fällen war eine Steigerung von 80 Fällen im Vergleich zu 2014 zu verzeichnen und damit stellten Betrugsfälle weiterhin den größten Anteil in der Fallarbeit von Eurojust dar. Der Umfang der Eurojust-Mitwirkung bei nationalen Bemühungen, diese Form der Kriminalität zu bekämpfen, wird offenkundig, wenn man die Anzahl an Koordinierungstreffen (76), Koordinierungszentren (9) und JITs (34, von denen 12 neu eingerichtet wurden) betrachtet. Alle diese operativen Instrumente wurden am häufigsten bei Betrug und mit Betrug zusammenhängenden Fällen eingesetzt.

Fallbeispiel

Eine groß angelegte Operation, die von den italienischen Behörden durchgeführt wurde, führte zur Aufdeckung einer komplexen OCG, die an einem Karussellbetrug mit Verbrauchssteuern im Zusammenhang mit dem Import von Ölprodukten nach Italien beteiligt war. Dieser Betrug führte zu Verlusten von mehr als 15 Millionen Euro in Italien. Das Öl wurde in Deutschland gekauft und mit Additiven gemischt, um die tatsächliche Natur des Produkts zu verschleiern und wahrscheinlich nach Malta und Griechenland geschickt, wo keine derartige Steuer aufgrund der Erstellung falscher Transportdokumente auferlegt wurde, die auf einen anderen Käufer als den ursprünglichen hinwiesen. Das Öl wurde steuerfrei transportiert, anschließend gelagert und schließlich auf dem Schwarzmarkt in Italien über ein Netzwerk von Käufern verkauft.

In Kenntnis der grenzüberschreitenden Natur und des potentiellen Einflusses auf den vorhandenen Verbrauchssteuerbetrug erkannten die italienischen Behörden, dass für eine erfolgreiche Ermittlung und Strafverfolgung ein koordinierter und multidisziplinärer Ansatz erforderlich war, daher forderten sie die Unterstützung von Eurojust an. Die Ausführung italienischer Rechtshilfeersuchen im Vereinigten Königreich, auf Malta, in Rumänien, der Tschechischen Republik, Deutschland und Griechenland war dringend notwendig, was auch für Unterstützung bei der Koordinierung der justiziellen Aktivitäten galt.

Im März 2014 fand ein Koordinierungstreffen statt, das die Feinabstimmung der verschiedenen Ermittlungsaktivitäten sowie eine Evaluierung des gemachten Fortschritts und der Hindernisse, auf die man bei der Ausführung der Rechtshilfeersuchen stieß, ermöglichte. Das Treffen diente auch dazu, parallele Ermittlungen zu

identifizieren, um ein *ne-bis-in-idem Problem* zu vermeiden und eine Übertragung der Verfahren zu ermöglichen, falls notwendig.

Anfang 2015 wurden neue Rechtshilfeersuchen von Italien ausgestellt mit einem Blick darauf, einen gemeinsamen Zugriffstag in den teilnehmenden Staaten zu planen. Während des Zugriffstages im März 2015 arbeiteten die Vertreter der nationalen Behörden aus Italien, dem Vereinigten Königreich, Rumänien, Deutschland, Malta und der Tschechischen Republik eng in dem Koordinierungszentrum von Eurojust zusammen. Im Ergebnis wurden acht Beschuldigte verhaftet, es wurden 61 Durchsuchungen und Beschlagnahmen durchgeführt und 43 Sicherstellungsentscheidungen wurden ausgeführt, die 21 Besitztümer im Wert von 1 654 000 Euro, Unternehmensaktien im Wert von 757 000 Euro sowie große Mengen an Schmuck, Bankeinlagen und Lebensversicherungen mit einem geschätzten Wert von 458 000 Euro umfassten.

Das Koordinierungszentrum spielte eine wichtige Rolle bei der Erzielung dieser positiven Ergebnisse, da analytische und operative Unterstützung in Echtzeit gegeben wurde, und alle Herausforderungen, die von den Rechtsordnungen in den Mitgliedstaaten ausgingen, wurden durch den direkten Austausch von Informationen bewältigt. Die Ergebnisse des Koordinierungszentrums waren erheblich für Eurojust im Kampf gegen Karussellbetrug, nicht nur im Hinblick auf die positiven operativen Ergebnisse des koordinierten Zugriffstages in den Mitgliedstaaten, sondern auch weil den Straftätern ihre Vermögenswerte entzogen wurden und Italien für die wirtschaftlichen Verluste aufgrund der illegalen Aktivitäten dieser OCG entschädigt wurde.

Ungarn, Griechenland, Österreich und Rumänien waren die Mitgliedstaaten, die am meisten ersuchten. Das Vereinigte Königreich, Deutschland und Polen waren die Länder, die am meisten ersucht wurden.

Eurojust nahm an verschiedenen strategischen Aktivitäten teil, um operative Hindernisse und die bewährten Methoden bei Angelegenheiten im Zusammenhang mit Finanzkriminalität zu identifizieren, und verbreitete relevante Informationen und Expertenwissen innerhalb von Eurojust und unter Praktikern.

Eurojust spielte eine aktive Rolle beim Vorantreiben der justiziellen Kooperation in kritischen Bereichen, wie Verbrauchssteuerbetrug und Lebensmittelbetrug, indem Aktivitäten und Erfahrungen mitgeteilt wurden. Eurojust unterstützt zudem die EMPACT-Aktivitäten im Bereich von Verbrauchssteuer- und Karussellbetrug und stellte

Fallbeispiel

2009 leitete das finnische zentrale Kriminalamt eine Vorermittlung in einem Fall einer vermeintlichen schweren Korruption in Finnland, Slowenien und Kroatien im Zusammenhang mit dem Abschluss von Verträgen zwischen einem finnischen Unternehmen, das auf die Produktion von gepanzerten Fahrzeugen spezialisiert ist, und den Verteidigungsministerien von Slowenien und Kroatien. Die finnischen Behörden hatten den Verdacht, dass die Vertreter des finnischen Unternehmens Bestechungsgelder an hohe Regierungsbeamte in Slowenien und Kroatien bezahlten und dass die Gelder durch einen österreichischen Staatsbürger über Österreich zu den jeweiligen Beamten gelangten.

Um die Kooperation zu vereinfachen, wurde die Unterstützung von Eurojust im Zusammenhang mit den kroatischen und slowenischen Ermittlungen angefragt. Eurojust trug zum Aufbau von Vertrauen zwischen den beteiligten Behörden bei, und der direkte Kontakt zwischen den Behörden wurde im weiteren Verlauf der Fälle hergestellt. Der entscheidende Faktor bei der fruchtbaren Kooperation war jedoch die unterstützende Rolle der Nationalen Büros bei der Kommunikation zwischen den nationalen Behörden. Bevor das kroatische Nationale Büro bei Eurojust 2013 eingerichtet war, unterstützte der kroatische Verbindungsstaatsanwalt Eurojust bei der Kommunikation mit den kroatischen Behörden.

2010 wurden JIT-Vereinbarungen in beiden Fällen erstellt und von Finnland, Österreich, Slowenien und Kroatien unterzeichnet. Bei Eurojust fanden mehrere Koordinierungstreffen statt, die es den Teilnehmern ermöglichten, Informationen auszutauschen und zu vereinbaren, wie die erfassten Informationen als Beweismittel verwendet werden konnten. Als die Fälle sich dem Prozessstadium näherten, boten die Koordinierungstreffen den Teilnehmern ein Forum zum direkten Austausch von Beweismitteln, zur Verwendung im justiziellen Verfahren zu verwenden sind. Beim Treffen im Februar 2013 erreichten die Teilnehmer eine Vereinbarung zum Standort der Strafverfolgungen und trafen eine Entscheidung über die Beteiligung von finnischen Behörden bei Zeugenbefragungen in Österreich.

Ab 2013 fanden Prozesse in Slowenien und Finnland statt. Das finnische Nationale Büro bearbeitete zahlreiche Ersuchen von den slowenischen Behörden, um auf die Argumente der Verteidigung



zu reagieren, wie unter anderem die Rechtmäßigkeit der Zwangsmaßnahmen wie Hausdurchsuchungen, die in Finnland durchgeführt worden waren. Aufgrund einer legislativen Änderung im finnischen Strafrecht wurde die Einhaltung der geltenden Bestimmungen zu fairen Prozessstandards des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Frage gestellt. Da die Vernehmungen in der Hauptverhandlung andauerten, war die schnelle Unterstützung von Eurojust bei der Entkräftung der Argumente entscheidend.

Der Prozess in Slowenien führte zunächst zu einer Verurteilung. Jedoch wurde der Angeklagte 2015 schließlich vom slowenischen Verfassungsgericht freigesprochen. In Finnland dauerte das Berufungsverfahren 2015 an. In Kroatien wurde keine Anklage erhoben.

seine Arbeit bei einem Treffen zu Lebensmittelbetrug vor, das vom Food Chain Evaluation Consortium (Bewertungskonsortium zur Lebensmittelkette) in Brüssel veranstaltet wurde.

Eurojust und die Behörde für die Harmonisierung auf dem Binnenmarkt (OHIM) verstärkten ihre Kooperation zur Unterstützung der Aktivitäten von nationalen Behörden im Kampf gegen Verstöße gegen intellektuelle Eigentumsrechte. Zu diesem Zwecke schlossen sie die Verhandlungen zu einer Absichtserklärung (Memorandum of Understanding) ab, leiteten gemeinsam den *Cooperation Workshop Establishing a European Intellectual Property Prosecutors Network* (Kooperationsseminar zur

Einrichtung eines Europäischen Netzwerks von Staatsanwälten zu intellektuellen Eigentumsrechten) und hatten die Ko-Leitung mit OHIM und Europol bei der Konferenz zum Aufbau von Wissen und Kenntnissen bei *Cosmetics and Luxury Goods* (Kosmetika und Luxusgütern).

2.1.6 Korruption

Die Fallarbeit von Eurojust im Zusammenhang mit Korruption stieg ebenfalls erheblich, mit 90 Fällen, die 2015 registriert wurden im Vergleich zu 55 Fällen im Jahr 2014. Die Ersuchen für operative Unterstützung blieben auf dem gleichen Niveau wie 2014 mit 10 Koordinierungstreffen.

Griechenland, Rumänien und Kroatien waren die Mitgliedstaaten, die am meisten Ersuchen vorlegten. Deutschland, Zypern und Italien wurden am meisten ersucht.

Eurojust nahm weiterhin an den Gesprächen der Asset Recovery Offices (ARO) Platform sowie des Camden Asset Recovery Inter-Agency Network (CARIN) teil, wobei es eine Beobachterrolle hat.

2.1.7 Drogenhandel

Drogenhandel war nach wie vor die zweithäufigste Kategorie an strafbaren Handlungen bei der Fallarbeit von Eurojust mit 274 Fällen, die 2015 registriert wurden und 57 Koordinierungstreffen, die abgehalten wurden.

Dänemark war der am häufigsten ersuchende Mitgliedstaat, gefolgt von Rumänien, Frankreich und Deutschland. Die Niederlande wurden am häufigsten ersucht, gefolgt von Spanien und Deutschland.

Außerdem wurde ein Koordinierungszentrum abgehalten und 25 JITS bearbeiteten Straftaten im Zusammenhang mit Drogenhandel, von denen acht 2015 gegründet wurden.

Fallbeispiele

Ein **italienischer Fall**, der den Handel von NPS von Italien in die Niederlande betrifft, wurde an Eurojust herangetragen, primär um die Ausführung eines italienischen Rechtshilfeersuchens zur Erfassung von Informationen über Firmen, die an kriminellen Aktivitäten beteiligt sind, zu vereinfachen und Durchsuchungen mehrerer Lokaltäten durchzuführen.

Aufgrund der Charakterisierung der Substanzen konnten die niederländischen Behörden das Rechtshilfeersuchen nicht ausführen. Während die Substanz zunächst für Mephedron gehalten wurde, das sowohl nach niederländischem als auch nach italienischem Recht kriminalisiert wird, ergab die technische Analyse der Substanzen später, dass es sich um ein Derivat von Mephedron handelt, was nicht unter das niederländische Opiumgesetz fällt.

Als alternative Rechtsgrundlage nahmen die niederländischen Behörden schließlich Bezug auf das Arzneimittelgesetz. Jedoch war nach der EuGH-Entscheidung vom 10. Juli 2014 das Arzneimittelgesetz für diesen Zweck nicht anwendbar, wenn die gehandelte Substanz als medizinisches Produkt angesehen werden konnte. Die betreffende Substanz fiel nicht unter die Definition des EuGH eines medizinischen Produkts und als Konsequenz konnte das Rechtshilfeersuchen nicht auf der Grundlage des Arzneimittelgesetzes ausgeführt werden. Es wurden andere Rechtsgrundlagen untersucht, jedoch wurden keine geeigneten Alternativen gefunden, und das

Rechtshilfeersuchen konnte aufgrund des Fehlens einer doppelten Strafbarkeit nicht ausgeführt werden. Die Parallelermittlung in den Niederlanden wurde daraufhin abgeschlossen.

Die **belgischen Behörden** standen einer ähnlichen Herausforderung bei einer Ermittlung zum Handel von GBL gegenüber, einem Vorprodukt, das als Droge verwendet wird oder weiter zur Droge GHB verarbeitet wird. GBL wird nach belgischem Gesetz zwar nicht kriminalisiert, doch die Ermittlung wurde aufgrund eines Verdachts eingeleitet, dass die Substanz für kriminelle Zwecke verwendet wurde. Bei der Ermittlung wurden Verbindungen zu den Niederlanden und Polen aufgedeckt. Um die justizielle Kooperation zu vereinfachen, wandten sich die belgischen Behörden an Eurojust, um Unterstützung zu erhalten, und ein Koordinierungstreffen wurde abgehalten. Die niederländischen und polnischen nationalen Behörden waren bereit zur Zusammenarbeit und zum Austausch von Informationen mit ihren belgischen Kollegen, sahen jedoch das Rechtshindernis, dass GBL nicht in der Liste der kontrollierten Substanzen vorhanden war und daher nicht illegal war. Die Ermittlungen konnten erst eingeleitet werden, als weitere Informationen zeigten, dass der Handel mit dieser Substanz mit einer kriminellen Aktivität verbunden war, wie der Verarbeitung von GBL zu GHB. Die Ausführung der Rechtshilfeersuchen im Zusammenhang mit GBL stieß jedoch auf das gleiche rechtliche Hindernis. Der Fall dauerte an in 2015.

Eine alternative Rechtsgrundlage für Justizverfahren und eine Kooperation wurde auch in einem **finnischen Fall** des Handels mit NPS von China über Spanien nach Finnland erwogen. Die Beschuldigten waren finnische Staatsbürger, die mit MDPV und Alpha-PVP handelten, zwei Substanzen, die in Finnland als Suchtmittel klassifiziert sind, nicht jedoch in Spanien. Ein finnisches Rechtshilfeersuchen führte zur Einleitung einer Ermittlung in Spanien.

Der Unterschied bei der Klassifizierung von Substanzen und die Tatsache, dass finnische Staatsbürger von Spanien aus agierten, führte zu Problemen bei der Gerichtsbarkeit und machte eine justizielle Kooperation zwischen finnischen und spanischen Behörden erforderlich. Es fanden zwei Koordinierungstreffen bei Eurojust statt und ein JIT wurde gegründet. Das JIT führte zu Verhaftungen und der Ausführung mehrerer finnischer EuHB in Spanien, worauf die finnischen und spanischen Behörden vereinbarten, das Verfahren nach Finnland abzugeben.

Da die gehandelten Substanzen in Spanien nicht als Drogen klassifiziert wurden, wurde eine alternative Rechtsbasis für die Strafverfolgung in Artikel 359 des spanischen Strafgesetzbuchs zu Straftaten gegen die öffentliche Gesundheit gefunden. Da die schädlichen Substanzen, die unter diese Rechtsbestimmung fallen, nicht gelistet sind, wurde in einem spanischen Gerichtsbeschluss die Anwendbarkeit von Artikel 359 auf die gehandelten Substanzen geprüft. Diese Lösung erfüllte die Anforderung der doppelten Strafbarkeit in beiden Rechtsordnungen.

Eurojust spielte eine maßgebliche Rolle als Vermittler bei der Vereinfachung der justiziellen Zusammenarbeit. Finnland übernahm die Gerichtsbarkeit in diesem Fall. Eine Verurteilung erging vom Finnischen Gericht in Erster Instanz Ende 2015 und es wurde Berufung eingelegt.

In Januar 2015 veröffentlichte Eurojust den *Implementation Report of the Action Plan on Drug Trafficking* ([Umsetzungsbericht des Aktionsplans zu Drogenhandel](#)) mit Anhängen. Er wurde der UN-Kommission für Suchtmittel im März 2015 während einer Nebenveranstaltung zum Thema ‚Judicial Cooperation in Drugs Trafficking Cases‘ (Justizielle Kooperation in Fällen von Drogenhandel) vorgelegt, die von der Europäischen Kommission und Eurojust mit organisiert wurde. Der Bericht legt den Fortschritt dar, der von Eurojust in den Bereichen erzielt wurde, die als Verbesserung bei der grenzüberschreitenden Kooperation im Kontext des strategischen Projekts *Enhancing the work of Eurojust in drug trafficking cases* ([Erweiterung der Arbeit von Eurojust bei Fällen von Drogenhandel](#)) identifiziert wurden und enthält drei Schwerpunktthemen: (i) kontrollierte Lieferungen, (ii) Vorprodukte und NPS sowie (iii) Kooperation mit Drittstaaten. In die Anhänge wurden Beiträge eingebracht, die von den am strategischen

Treffen 2014 bei Eurojust teilnehmenden Staatsanwälten eingingen. Nach dem erfolgreichen Abschluss der Phase I des strategischen Projekts entschied das Kollegium von Eurojust, es zur Phase II zu verlängern (2015-2016).

Das Kollegium von Eurojust veranstaltete eine thematische Diskussion zu kontrollierten Lieferungen im Oktober 2015 mit einem Erfahrungsaustausch zu Komplikationen, auf die Justizbehörden bei kontrollierten Lieferungen stießen, der Rolle von Eurojust und die Verbesserung der Leistung von Eurojust bei der zukünftigen Fallarbeit.

Außerdem nahm Eurojust aktiv an zwei Treffen zu kontrollierten Lieferungen teil, die von der Pompidou-Gruppe (Europarat) im Juni und November 2015 organisiert wurden, und Eurojust wirkte bei der Einleitung eines Projekts mit dem Ziel mit, ein Handbuch zu kontrollierten Lieferungen zu erstellen.

Im Juni 2015 wirkte Eurojust an der zweiten Ausgabe des *EU Drug Markets Report* (EU-Bericht zu Drogenmärkten) von EMCDDA mit, indem statistische Daten, bewährte Vorgehensweisen und Lösungen, eine Fallstudie und gewonnene Erkenntnisse zur justiziellen Zusammenarbeit bei Drogenhandelsfällen bereitgestellt wurden. Eurojust gab zudem Input für den Fortschritt bei der Umsetzung des EU-Aktionsplans zu Drogen 2013-2016.

Im Zusammenhang mit NPS analysierte Eurojust den Einfluss der EuGH-Entscheidung zu medizinischen Produkten vom 10. Juli 2014 (gemeinsame Fälle C-358/13 und C-181/14). Das Urteil schließt die Verwendung von Arzneimitteln als alternative Rechtsbasis zur Unterstützung der Strafverfolgung von NPS in Situationen aus, in denen die Substanz nicht als psychoaktive Droge nach geltender Suchtmittelgesetzgebung klassifiziert werden kann. Eurojust sammelte bewährte Methoden und Lösungen bezüglich der rechtlichen und praktischen Hindernisse, die sich aus der EuGH-Entscheidung ergeben, durch Analyse *unter anderem* der unterstützten NPS-Fälle und der Antworten zu einem Eurojust-Fragebogen, der an Mitgliedstaaten geschickt wurde, die am wahrscheinlichsten betroffen sind, nämlich Deutschland, Spanien, Finnland, Frankreich und die Niederlande.

Der Eurojust-Bericht *Court of Justice of the European Union ruling on New Psychoactive Substances–Impact of the ruling on the prosecution of NPS cases* (Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union zu neuen psychoaktiven Substanzen – Einfluss des Urteils auf die Strafverfolgung von NPS-Fällen) wurde im Dezember 2015 abgeschlossen und wird Anfang 2016 veröffentlicht. Die vorläufigen Ergebnisse des Berichts wurden am Treffen der EMCDDA-Rechtskorrespondenten vorgestellt. Zudem wurden die Ergebnisse beim vierten Treffen der Experten zur Strafverfolgung zum Thema NPS präsentiert, das gemeinsam mit Europol, EMCDDA und dem Innenministerium von Polen im Kontext der EMPACT-Priorität synthetischer Drogen organisiert wurde.

2.1.8 Von MOCGs begangene organisierte Eigentumskriminalität

Organisierte Eigentumskriminalität (OPC) begangen von mobilen Gruppen organisierter Kriminalität (MOCGs) umfassen eine große Bandbreite an Straftaten wie Kraftfahrzeugkriminalität, Metalldiebstahl, Taschendiebstahl, Raub und Serienbrüche. Eurojust registrierte 201 OPC-Fälle im Jahr 2015 und hielt 21 Koordinierungstreffen ab. Es waren dreizehn JTs operativ, wovon sechs im Jahr 2015 gegründet wurden.

Österreich, Frankreich und Griechenland waren die Mitgliedstaaten, die am meisten ersuchten. Deutschland, Italien und Rumänien wurden am meisten gesucht.

Eurojust arbeitete eng mit Europol zusammen, um MOCGs zu bekämpfen, mit Blick darauf, die nationalen Behörden anzuregen, beide Organisationen in einem frühen Ermittlungsstadium einzubeziehen. Eurojust empfahl, dass die nationalen Behörden Europol in eine Ermittlung bezüglich einer großen MOCG einbeziehen, die an Serientaschendiebstahl in mehreren Mitgliedstaaten beteiligt ist, was

Fallbeispiel

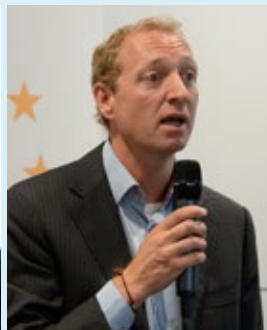
Ein deutsches Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit groß angelegtem Diebstahl von Motorfahrzeugen und wertvollen Autoteilen wie Navigationssystemen und Airbags deckte eine OCG auf, die aus litauischen, lettischen und deutschen Staatsbürgern bestand, mit Verbindungen zu verschiedenen Städten in Litauen. Die litauischen Jugendlichen im Alter von 16 bis 19 Jahren wurden nach Deutschland gebracht, hauptsächlich, um Diebstähle von Motorfahrzeugen und Teilen davon zu begehen. Zusätzlich zu den Diebstählen wurde die OCG verdächtigt, Einbrüche und Raubüberfälle begangen zu haben. Die gestohlenen Waren wurden über Polen nach Litauen gebracht, wo sie verkauft werden sollten. Die Ermittlungen brachten hervor, dass nicht eine große, sondern eher sechs kleinere OCGs, die unabhängig voneinander agierten, an den kriminellen Handlungen beteiligt waren. Die OCGs arbeiteten nur zu dem Zweck zusammen, um die Waren nach Litauen zu bringen.

Um die OCGs aufzudecken, sahen die deutschen Behörden die Notwendigkeit für eine grenzüberschreitende justizielle Kooperation und baten Eurojust um Hilfe. Koordinierungstreffen fanden im Dezember 2014 und im Juli 2015 statt, die zu einer engen Kooperation zwischen den beteiligten öffentlichen Strafverfolgungsbehörden und den Polizeikräften, und zu einem reibungslosen und beschleunigten Informationsaustausch und zur Ausföhrung von Rechtshilfeersuchen föhrte.

Diese enge Kooperation kulminierte in einer erfolgreichen gemeinsamen Operation im Oktober 2015. Über 1 000 Polizeibeamte in Litauen und Deutschland föhrten Durchsuchungen von mehr als 100 Häusern und Geschäften durch. Verbindungsbeamte der litauischen und deutschen Polizei wurden ausgetauscht, um die Effektivität der Operation zu verstärken. Um die gemeinsamen Einsätze zu erleichtern, standen Eurojust-Vertreter am ganzen Zugriffstag in direktem Kontakt mit den nationalen Behörden. Mehrere deutsche EuHB wurden am Zugriffstag ausgeföhrt und 47 Beschuldigte wurden verhaftet, einschließlich einige Anführer der OCG. Eine große Menge an Bargeld und Diebesgut wurde beschlagnahmt.

Mit der Unterstützung von Eurojust föhrten die gemeinsamen Bemüfungen der deutschen und litauischen Behörden zur Aufdeckung von 440 einzelnen Straftaten und der Feststellung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit. Der Schaden, der durch diese Aktivitäten verursacht wurde, belief sich auf etwa 7,5 Millionen Euro. Der Fall dauerte 2015 an.

Strategische Sitzung zum Thema Menschenhandel ...



... und Cyberkriminalität

zu einem operativen Treffen bei Europol führte, an dem Staatsanwälte aus Deutschland und Rumänien teilnahmen.

Auf strategischer Ebene unterstützte Eurojust eine EMPACT-Initiative, die von Europol geleitet wurde, um kriminelle Gruppen aus Bulgarien und Rumänien, die an Serieneinbrüchen beteiligt waren, zu identifizieren und auf sie abzielen, und Vertreter der bulgarischen und rumänischen Nationalen Büros bei Eurojust nahmen an einem Europol-Treffen zu diesem Thema im September 2015 teil.

Eurojust und Spanien führten die Ko-Leitung bei einem OAP-Aktionsplan innerhalb des EMPACT-Projektes zum Thema OPC fort, um praktische und rechtliche Probleme, die häufig auftreten, sowie bewährte Methoden, die sich aus OPC-Ermittlungen in der ganzen Europäischen Union, ergeben, zu erkennen und zu analysieren sowie das Bewusstsein bei den Strafverfolgungs- und Justizbeamten zu steigern.

Im Anschluss zu einem Bericht zum Thema *Procedural and Legal Issues in Proceedings on MOCs Specialised in OPC* (Verfahrens- und Rechtsprobleme bei Verfahren zu MOCs,

die sich auf OPC spezialisiert haben), der 2014 herausgegeben wurde, erstellte Eurojust einen Nachfolgebericht im Jahr 2015: *Procedural and Legal Issues in Investigations, Prosecutions and Trials on Mobile Organised Crime Groups Specialised in Organised Property Crime* (Verfahrens- und Rechtsprobleme bei Ermittlungen, Strafverfolgungen und Prozessen bei mobilen Gruppen organisierter Kriminalität, die auf organisierte Eigentumskriminalität spezialisiert sind). Dieser Bericht erzielte eine Analyse der Hauptherausforderungen, die sich bei Ermittlungen im Zusammenhang mit Ermittlungen bei OPC-delikten ergeben.

Der Bericht basiert auf den Antworten auf einem Fragebogen, der an Richter und Staatsanwälte gerichtet war, sowie spezifischen Initiativen und Richtlinien, die in Belgien und Norwegen zur Bekämpfung von OPC eingeführt worden waren. Eine der Herausforderungen, die im Bericht angesprochen wurden, betrifft die Nichtanwendbarkeit in einigen Gerichtsbarkeiten der gleichen Ermittlungsmaßnahmen intrusiver Art (z.B. Überwachung, Abhören), die typischerweise und effektiv bei der Ermittlung anderer schwerer organisierter Kriminalität eingesetzt werden, bei OPC Straftaten.

2.2 Eurojust-Unterstützung in weiteren Kriminalitätsbereichen

2.2.1 Geldwäsche

Geldwäsche stellt einen Bereich dar, der bei der Fallarbeit von Eurojust kontinuierlich wächst, was sich direkt aus untergeordneten Natur dieser Kategorie strafbarer Handlungen ergibt, die typischerweise mit Verbrechen wie Betrug verbunden ist. 2015 wurden 283 Fälle im Zusammenhang mit Geldwäsche registriert, was eine starke Erhöhung gegenüber 2014 darstellte (220). Es wurden fünfundfünfzig Koordinierungstreffen zu Geldwäschefällen abgehalten, der dritthäufigsten Kategorie strafbarer Handlungen nach Betrug und Drogenhandel, um die es in den Koordinierungstreffen ging.

Die am häufigsten ersuchenden Länder waren Griechenland, Frankreich und Rumänien. Die am häufigsten ersuchten Länder waren Deutschland, Italien, Zypern und das Vereinigte Königreich.

2.2.2 PIF-Kriminalität

Siebzig Fälle, in denen es um Straftaten ging, die möglicherweise direkt oder indirekt zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU sind (PIF-Kriminalität), wurden 2015 registriert. Derzeit gilt Mehrwertsteuerbetrug nicht in allen Ländern als Straftat zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU. In der Eurojust-Statistik wird Mehrwertsteuerbetrug als eine separate Kategorie behandelt und nicht als PIF-Kriminalität. Die operative Unterstützung von Eurojust in PIF-Fällen, die in Koordinierungstreffen bereitgestellt wurde, erhöhte sich (11 im Vergleich zu sieben im Jahr 2014) und Eurojust unterstützte JITs (fünf JITs waren 2015 aktiv, davon vier aus dem Jahr 2014).

Griechenland, Ungarn und Rumänien waren die Mitgliedstaaten, die am häufigsten ersuchten. Deutschland,

die Slowakische Republik und das Vereinigte Königreich wurden am meisten ersucht.

2015 vereinbarte das Kollegium von Eurojust, die strategische Arbeit in diesem Bereich erst dann vorrangig zu behandeln, wenn der legislative Prozess zu einer neuen Richtlinie zu PIF-Kriminalität abgeschlossen ist und eine gemeinsam vereinbarte Definition von PIF-Kriminalität auf EU-Ebene angenommen wird.

Sitzung zu Meerespiraterie

Eurojust hielt am 20. Mai 2015 eine Sitzung zu Meerespiraterie unter Beteiligung von mehr als 40 Experten bei der Ermittlung und Strafverfolgung von Fällen im Zusammenhang mit Meerespiraterie, d.h. Vertreter der nationalen Justiz- und Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten, Norwegens, der Schweiz, der USA, von Mauritius und den Seychellen sowie Vertreter des RP Meerespiraterie von Europol, der INTERPOL-Abteilung zur Meeressicherheit und der Registrierungsdatenbank des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Das Ziel der Sitzung war der Austausch von Informationen zu kürzlichen Fällen von Meerespiraterie sowie die Diskussion von Strategien im Kampf gegen Meerespiraterie und die Bedeutung der internationalen justiziellen Kooperation bei Ermittlungen und Strafverfolgungen. Die Hauptergebnisse des MPJM2015 wurden ebenfalls besprochen. ►

Die Sitzung umfasste zwei interaktive Seminare. Das erste Seminar *The upsanddowns of prosecuting maritime piracy offences: challenges, lessons learned and success stories* (Das Auf und Ab bei der Verfolgung von Meerespirateriestraftaten: Herausforderungen, gewonnene Erkenntnisse und Erfolgsgeschichten) umfasste Präsentationen von den Staatsanwälten/Richtern, die kürzliche Fälle von Meerespiraterie in Spanien, Italien, den Niederlanden, Polen, Deutschland, Belgien und Frankreich bearbeitet hatten. In dem Seminar wurde eine große Bandbreite an praktischen und rechtlichen Herausforderungen in solchen Fällen angesprochen, einschließlich der Erfassung von Beweisen, der Festnahme von Verdächtigen und der Kooperation innerhalb eines JIT. Außerdem wurde über Aspekte im Zusammenhang mit einem ordentlichen Verfahren und einem fairen Prozess bei Meerespirateriefällen gesprochen, insbesondere im Hinblick auf das Recht der Verdächtigen, direkt einem Richter vorgeführt zu werden.

Das zweite Seminar hatte den Titel *Regional and international cooperation: the importance of legal and operational assistance in the fight against maritime piracy* (Regionale und internationale Kooperation: die Bedeutung der rechtlichen und operativen Mitwirkung im Kampf gegen Meerespiraterie). Vertreter von Mauritius und den Seychellen stellten den Rechtsrahmen und praktische Aspekte der justiziellen Reaktion ihrer Behörden auf das Phänomen der Meerespiraterie vor, während Vertreter von Europol und INTERPOL die Aktivitäten ihrer Organisationen im Bereich der internationalen Kooperation und der Unterstützung präsentierten, die den Strafverfolgungs- und Ermittlungsbehörden bei der Bekämpfung von Meerespiraterie angeboten werden.

Im Oktober 2015 wirkte Eurojust an einer Studie der Europäischen Kommission zu potentiellen Vorteilen einer Europäischen Staatsanwaltschaft (EPPO) mit, die vom *Konsortium des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung* (ECORYS) geführt wurde. Eine Übersicht über die Anzahl von Fällen, die PIF- und Mehrwertsteuerbetrug betreffen, wurde vorgelegt, mit Informationen zu den ersuchenden und ersuchten Mitgliedstaaten und der Kooperation mit Drittstaaten.

2.2.3 Meerespiraterie

Im April 2015 wurde der zweite *Maritime Piracy Judicial Monitor* (MPJM) als zugangsbeschränktes Eurojust-Dokument veröffentlicht, was auf die Veröffentlichung des ersten MPJM im September 2013 folgte, um die Kompetenz der Europäischen Staatsanwälte, die Meerespirateriefälle bearbeiteten, zu erweitern und ihnen zusätzliche Instrumente für aktuelle und zukünftige Fälle zu geben. Der *MPJM 2015* enthält eine Übersicht über den anwendbaren Rechtsrahmen von

19 Mitgliedstaaten sowie Norwegen und den USA und bilaterale Vereinbarungen mit Drittstaaten zur Überstellung der verdächtigen Piraten.

Zudem enthält er eine Analyse der Justizentscheidungen, die entweder in erster Instanz ergingen oder eine Nachbearbeitung der im *MPJM 2013* vorgelegten Fälle darstellten. Die Analyse hebt praktische und rechtliche Probleme hervor, um die es in den Entscheidungen ging, einschließlich Aspekte zum Menschenrechtsgesetz sowie Herausforderungen bezüglich Verfahren zur Meerespiraterie, die gegen Minderjährige oder in Drittstaaten geführt wurden.

Der *MPJM 2015* beschreibt außerdem den Prozess der Einrichtung und Durchführung des JIT Nemesis, einem JIT im Zusammenhang mit Meerespiraterie, das durch Interviews von niederländischen und deutschen Staatsanwälten rekonstruiert wurde, die das JIT gründeten und daran teilnahmen, sowie Europol. Schließlich wird die Reduzierung von Piraterievorfällen im Golf von Aden diskutiert, die Verschiebung von Piraterie nach Westafrika bestätigt, die andere Form des Phänomens im Golf von Guinea hervorgehoben und die internationale Kooperation auf operativer (z.B. über Interpol) und justizieller Ebene bei der Bearbeitung dieser sich entwickelnden Bedrohung untersucht.

2.2.4 Umweltkriminalität

Die Eurojust-Kontaktstelle zu Umweltkriminalität bearbeitet weiterhin Angelegenheiten zu Umweltkriminalität und tauscht Erfahrungen und bewährte Vorgehensweisen mit Praktikern und externen Interessenvertretern aus. Zur Erweiterung der justiziellen Zusammenarbeit und Unterstützung der kompetenten Behörden der Mitgliedstaaten in relevanten Fällen erarbeitet Eurojust eine Liste mit Kontaktstellen innerhalb der nationalen Strafverfolgungsdienste der Mitgliedstaaten mit Erfahrung im Bereich Umweltkriminalität zur Steigerung der operativen Kapazitäten der kompetenten Behörden bei grenzüberschreitenden Umweltstraftaten.

Eurojust registrierte sowohl 2014 als auch 2015 fünf Fälle, die mit Umweltkriminalität zu tun hatten. Zwei von diesen Fällen hatten eine Betrugskomponente. Bei Umweltkriminalitätsfällen war Schweden der am häufigsten ersuchende Mitgliedstaat, während Deutschland und die Niederlande die am häufigsten ersuchten Mitgliedstaaten waren.

Sitzung zu großen Sportveranstaltungen

Am 17. und 18. Juni veranstaltete Eurojust eine Sitzung zum Thema *Development of a Best Practice Guide for judicial cooperation in relation to major sports events* (Erstellung einer Richtlinie mit bewährten Methoden für die justizielle Kooperation im Zusammenhang mit großen Sportveranstaltungen). Zur Sitzung kamen Experten aus sieben Mitgliedstaaten zusammen, die kürzlich große Sportveranstaltungen organisiert hatten, nämlich Portugal, die Niederlande, Schweden,



Belgien, Österreich, das Vereinigte Königreich und Frankreich, sowie Vertreter des EJN und der Europäischen Kommission. Es trafen sich Praktiker, die mit der justiziellen Kooperation bei Strafsachen im Zusammenhang mit großen Sportveranstaltungen zu tun haben, um über die Verbesserung des Austauschs von Informationen zur Prävention, Ermittlung und Verfolgung von Straftaten zu sprechen, die bei solchen Veranstaltungen möglicherweise begangen werden.

Das Ergebnis war die Identifizierung der Empfehlungen dazu, wie allgemeine Informationen vor großen Sportveranstaltungen und fallbezogene Informationen und Beweismittel während der Veranstaltungen ausgetauscht werden, zur Entscheidung des Forums bei der Strafverfolgung, dem Prozess und der Vollstreckung von Urteilen zu Straftaten im Zusammenhang mit Veranstaltungen sowie zur Anwendung von schnellen Verfahren, möglichst gemäß dem nationalen Gesetz des Veranstaltungslandes. Die Rolle von Eurojust bei der Erweiterung der Kooperation zwischen den nationalen zuständigen Behörden im Zusammenhang mit großen Sportveranstaltungen wurde hervorgehoben, insbesondere bei der Mitwirkung und Unterstützung des Herstellens von Kontakten zwischen den kompetenten justiziellen Behörden des Veranstaltungsstaats und der teilnehmenden Staaten sowie dem Erteilen von Ratschlägen bei Fällen mit Konflikten bei der Rechtsprechung.

Das Eurojust-Dokument, [*Recommendations on judicial cooperation in criminal matters in relation to major sports events*](#) (Empfehlungen zur justiziellen Kooperation in Strafsachen im Zusammenhang mit großen Sportveranstaltungen) wurde erstellt und ist auf der Eurojust-Webseite verfügbar.

Eurojust pflegte Kontakte zu mehreren Netzwerken, die im Bereich der Umweltkriminalität aktiv sind, wie EnviCrimeNet und das Europäische Netzwerk von Staatsanwälten für die Umwelt. Eurojust nahm an Sitzungen der DG ENVI Enforcement Group teil, die die Umsetzungspolitik und die Praxis in den Mitgliedstaaten überwacht und Empfehlungen ausspricht, um die Gesetzgebung für Wildtierhandel zu verbessern. Eurojust bringt eine justizielle Perspektive in die Gespräche ein.

2.2.5 Kinderschutz

2015 wurden 45 Fälle mit Kindern als Opfer von Straftaten bei Eurojust registriert. Die am häufigsten mit Straftaten gegen Kinder verbundenen Kategorien strafbarer Handlungen waren sexueller Missbrauch, Menschenhandel, Entführung sowie Bilder von Kindesmissbrauch. Die Slowakische Republik, Schweden und Rumänien gehörten zu den Ländern mit den meisten Ersuchen, während Deutschland, das Vereinigte Königreich und Italien die am häufigsten ersuchten Mitgliedstaaten waren.

Die Verpflichtung von Eurojust, Kriminalität gegen Kinder zu bekämpfen, wird weiter unterstützt durch die Arbeit der Kontaktstelle für Kinderschutz, die Eurojust in Angelegenheiten der justiziellen Kooperation im Zusammenhang mit Straftaten, die gegen Kinder begangen werden, Kinderschutz und damit zusammenhängende Angelegenheiten gegenüber nationalen Behörden, Strafverfolgungsorganisationen und anderen nationalen oder internationalen Gremien vertritt, einschließlich der Second Awareness-Raising Conference of the European Financial Coalition against Commercial Sexual Exploitation of Children Online (EFC) (Zweite Aufklärungskonferenz der Europäischen Finanzkoalition gegen die kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern online), die 2015 im Europäischen Parlament stattfand. Die Kontaktstelle bietet nationalen Büros zudem Beratung über Instrumente und Maßnahmen, die speziell für die strafrechtlichen Ermittlungen und Verfahren betreffend Kinder, einschließlich Zeugen- und Opferschutz gedacht sind. Zudem beteiligte sich die Kontaktstelle aktiv an den EMPACT-Treffen, mit der Verantwortung für die Identifizierung der bewährten Vorgehensweisen basierend auf der Fallarbeit von Eurojust.

2.3 Die Partner von Eurojust

2.3.1 Kooperation mit Europol

2015 setzten sich Eurojust und Europol erneut dafür ein, ihre Kooperation entsprechend der Bedingungen des Lisabonvertrags und der [*Kooperationsabkommen von 2009*](#) zu verstärken.

Eurojust und Europol tauschten regelmäßig Informationen zu geplanten operativen Sitzungen bei Europol und Koordinierungstreffen bei Eurojust aus, um sicherzustellen, dass beide über die laufende operative Arbeit informiert waren. Europol nahm an 99 Koordinierungstreffen teil und war an 34 Fällen, die 2015 bei Eurojust registriert waren, beteiligt. Europol nahm an fünf Koordinierungszentren teil.

Eurojust war weiterhin ein voll integrierter Teilnehmer an den Europol-Kontaktstellen. 2015 erhielt Eurojust eine formale Verbindung mit den Kontaktstellen Vermögensabschöpfung, Sportkorruption und Landfahrer, so dass die Gesamtanzahl auf 4 stieg. Im vergangenen Jahr nahm Eurojust an mehreren operativen Aktivitäten teil, die im Rahmen der Kontaktstelle Furtum (Operation Kasimir und Operation Sprinter, die auf OCGs abzielten, die am Diebstahl von Fahrzeugen und Fahrzeugteilen in Deutschland und Polen beteiligt waren) sowie der Kontaktstelle Cola (Operation Partagas, die zur Verhaftung eines großen britischen Drogenhändlers auf internationaler Ebene in Spanien führte) stattfanden. Außerdem überwachte Eurojust die Entwicklungen der gemeinsamen Aktionstage von EMPACT, die

Operation Blue Amber genannt wurden und die im Laufe des Jahres 2015 stattfanden, indem Eurojust in Bereitschaft war und an Einsatzbesprechungen im Operationszentrum von Europol teilnahm, um gegebenenfalls eine schnelle justizielle Nachbearbeitung sicherzustellen.

Eurojust wirkte am TE-SAT von Europol 2015 mit, indem es Daten zu Verurteilungen und Strafen für terroristische Straftaten in den Mitgliedstaaten bereitstellte - erfasst gemäß dem Ratsbeschluss 2005/671/JI - und den relevanten Änderungen bei der nationalen Gesetzgebung zu Terrorismus. Eurojust beteiligte sich an der Entwicklung der revidierten Methodik für den bevorstehenden Bericht SOCTA 2018-2021.

Bei regelmäßigen Sitzungen auf Arbeits- und Managementebene wurden die folgenden Themen diskutiert, um die Kooperation zu erweitern und weitere Kooperationsmittel zu untersuchen: (i) die Beziehung zwischen den Europol-Kontaktstellen und den Eurojust-Kontaktstellen, (ii) die Möglichkeit der Überprüfung der Eurojust-Daten aufgrund des Informationssystems von Eurojust und (iii) der gemeinsame Jahresbericht 2014 für den Rat und die Kommission (EU-Dokument 10472/15).

Eurojust und Europol hielten weiterhin Sitzungen zum Austauschprogramm, die auf das Steigern der gemeinsamen

Kenntnis über die jeweiligen Aufgaben, Strukturen und Möglichkeiten abzielten.

2.3.2 Kooperation mit OLAF

Basierend auf der [praktischen Vereinbarung von 2008](#) wurde die Kooperation zwischen Eurojust und OLAF bei der Bekämpfung von Betrug, Korruption und anderen Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der Europäischen Union fortgesetzt. Diese Kooperation zeigt, wie wichtig der Informationsaustausch und die gegenseitige Beteiligung beim Schutz der finanziellen Interessen der EU sind.

Eurojust und OLAF arbeiteten gemeinsam an 20 Fällen (acht Eurojust-Fälle und 12 OLAF-Fälle), von denen sieben neue gemeinsame Fälle waren, die 2015 neu registriert wurden. OLAF-Vertreter nahmen an fünf Koordinierungstreffen bei Eurojust teil, was zu einem effektiven Ansatz mit mehreren Agenturen bei grenzüberschreitenden Fällen führte. Eurojust wohnte zudem einem Koordinierungstreffen bei, das von OLAF organisiert wurde und in den OLAF-Räumlichkeiten stattfand.

Ein Meilenstein in der operativen Kooperation 2015 war die erstmalige Mitwirkung von OLAF in einem JIT. Der Fall

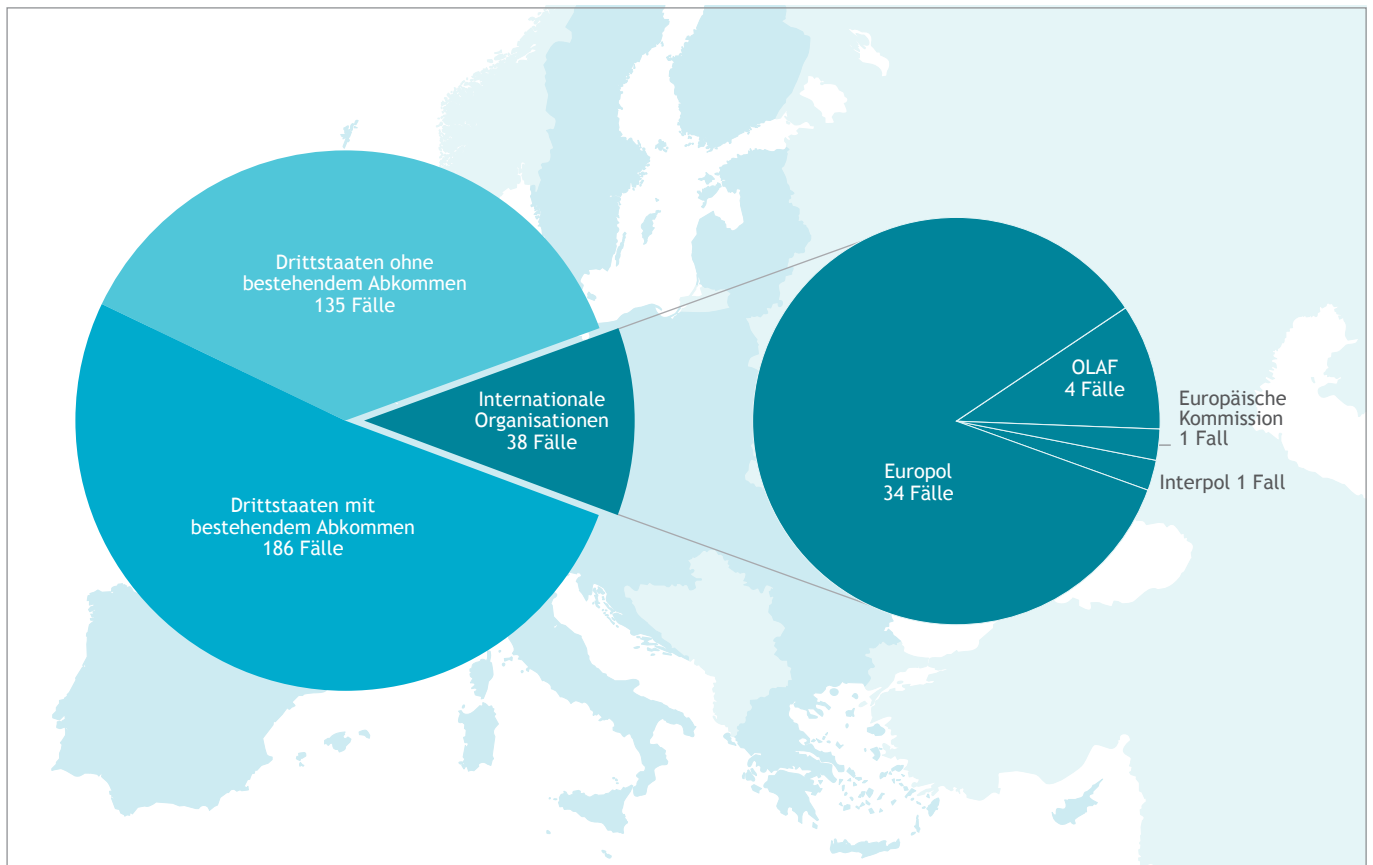
Eurojust und Fortbildung

An den thematischen Seminaren von Eurojust nahmen Praktiker teil und ermöglichten den Austausch von Erfahrungen und bewährten Vorgehensweisen. Diese Seminare gelten als praktische Fortbildung. Spezifischer unterstützt Eurojust die Fortbildung bei der justiziellen Kooperation in Strafsachen auf der Grundlage einer [Vereinbarung, die gemeinsam mit dem EJTN unterzeichnet wurde \(2008\)](#).

Im Rahmen des EJTN-Austauschprogramms nahmen 15 Staatsanwälte/Richter aus acht Mitgliedstaaten (Deutschland, Österreich, Ungarn, Polen, Schweden, Spanien, Italien und Bulgarien) an einer langfristigen Trainee-Periode (3 oder 4 Monate) bei den nationalen Büros von Eurojust teil und unterstützten die operative Arbeit. 2015 führte Eurojust einen einwöchigen Studienbesuch ein, der im März stattfand und von 25 Staatsanwälten/Richtern aus 17 Mitgliedstaaten stattfand. Zusätzlich dazu nahmen die nationale Tische aktiv an den sechs EJTN-Seminaren teil, die im Rahmen des Strafjustizprojekts I *International Judicial Cooperation in Criminal Matters in Practice: EuHB and MLA simulations*. (*Internationale justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen in der Praxis: Simulationen von EuHBs und Rechtshilfeersuchen*) stattfanden. Die Rolle von Eurojust bei diesen Seminaren ist die Überwachung der Arbeit der Praktiker. Nach der Logik, die hinter der Methodik von ‚Learning by Doing‘ liegt, war eine Präsentation zum Thema *The Role of Eurojust in Judicial Cooperation in Criminal Matters* (*Die Rolle von Eurojust bei der justiziellen Kooperation in Strafsachen*) für den letzten Tag als Abschluss des Seminars geplant. Am 7. Dezember 2015 traf sich der Generalsekretär des EJTN mit der Präsidentin von Eurojust, um über Wege zur Erweiterung der Kooperation zu sprechen.

[Entsprechend der Vereinbarung mit CEPOL \(2010\)](#) setzte Eurojust auch die Unterstützung der Fortbildungskurse in verschiedenen Bereichen fort, wie Finanzermittlungen und die Analyse von Verbrauchssteuerbetrug, Kokain- und Heroinschmuggel, Terrorismusbekämpfung und ausländische terroristische Kämpfer, Fälschung von Waren und geistigen Eigentumsrechten, JITs, EuHB und EAAs, Menschenhandel und Schleuserkriminalität. Außerdem nahm Eurojust gemeinsam mit dem EJTN aktiv am Kurs *Joint Investigation Teams and Team Leadership* (*Gemeinsame Ermittlungsgruppen und Gruppenleitung*) teil.

Eurojust unterstützt CEPOL-Webinare durch deren interne Verteilung und wirkt manchmal aktiv mit Sprechern mit, z.B. am Webinar *Police and Judicial Cooperation in the field of Child Sexual Exploitation* (*Polizei und justizielle Kooperation im Bereich sexuelle Ausbeutung von Kindern*). Eurojust ist zudem ein Interessenvertreter im European Joint Master Programme von CEPOL.



betrifft eine OCG, die an Verbrauchsteuerbetrug, Steuerhinterziehung, Zigarettenschmuggel und Geldwäsche beteiligt war. Die Ziel-OCG fertigte riesige Mengen an Zigaretten in versteckten Fabriken durch Verwendung illegal beschaffter Komponenten (Tabak, Filter, Folie, Packungen, Steuerstempel). Die Zigaretten wurden danach illegal per Lkw in die Europäische Union oder andere Landtransportmittel gebracht, begleitet von gefälschten Export-, Import- und Transiddokumenten.

Eurojust und OLAF tauschten regelmäßig Fallzusammenfassungen zu PIF-Kriminalität aus, um Fälle zu identifizieren, die von der gegenseitigen Kollaboration profitieren würden. Der Informationsaustausch wurde detaillierter, um die Bewertung der Zusammenarbeit und die Identifizierung bewährter Methoden anhand von spezifischen Informationen wie Anzahl und Typ von organisierten Koordinierungstreffen oder mit JITS zusammenhängenden Aktivitäten zu vereinfachen.

Während der regulären Treffen zwischen Eurojust und OLAF auf Arbeits- und Managementebene wurden Gelegenheiten zur Steigerung der Kooperation diskutiert wie die Bewertung der Methodik des Austauschs von Fallzusammenfassung und Fortbildung. 2015 organisierte Eurojust ein zweites Schulungsseminar bei OLAF, um die Kenntnis der Rolle und Aufgaben von Eurojust sowie der Arbeitsmethoden zu steigern.

Ein Seminar zur Anwendung von Rechtshilfe und Auslieferungsvereinbarungen zwischen der Europäischen Union und den USA

Am 8. und 9. Oktober fand das *Seminar on the application of the Mutual Legal Assistance and Extradition Agreements between the European Union and the USA* (Seminar zur Anwendung von Rechtshilfe und Auslieferungsvereinbarungen zwischen der Europäischen Union und den USA) bei Eurojust statt.

Das Seminar wurde gemeinsam organisiert von den USA, der Europäischen Kommission und Eurojust als eine Nachfolgeveranstaltung zum *Workshop on the application of the Mutual Legal Assistance and Extradition Agreements between the European Union and the USA* (Workshop zur Anwendung von Rechtshilfe und Auslieferungsvereinbarungen zwischen der Europäischen Union und den USA) im Jahr 2012.

Das Seminar brachte Praktiker aus den Mitgliedsstaaten und den USA, die für Norwegen und die Schweiz entsandten Verbindungsstaatsanwälte sowie Vertreter der Europäischen Kommission,



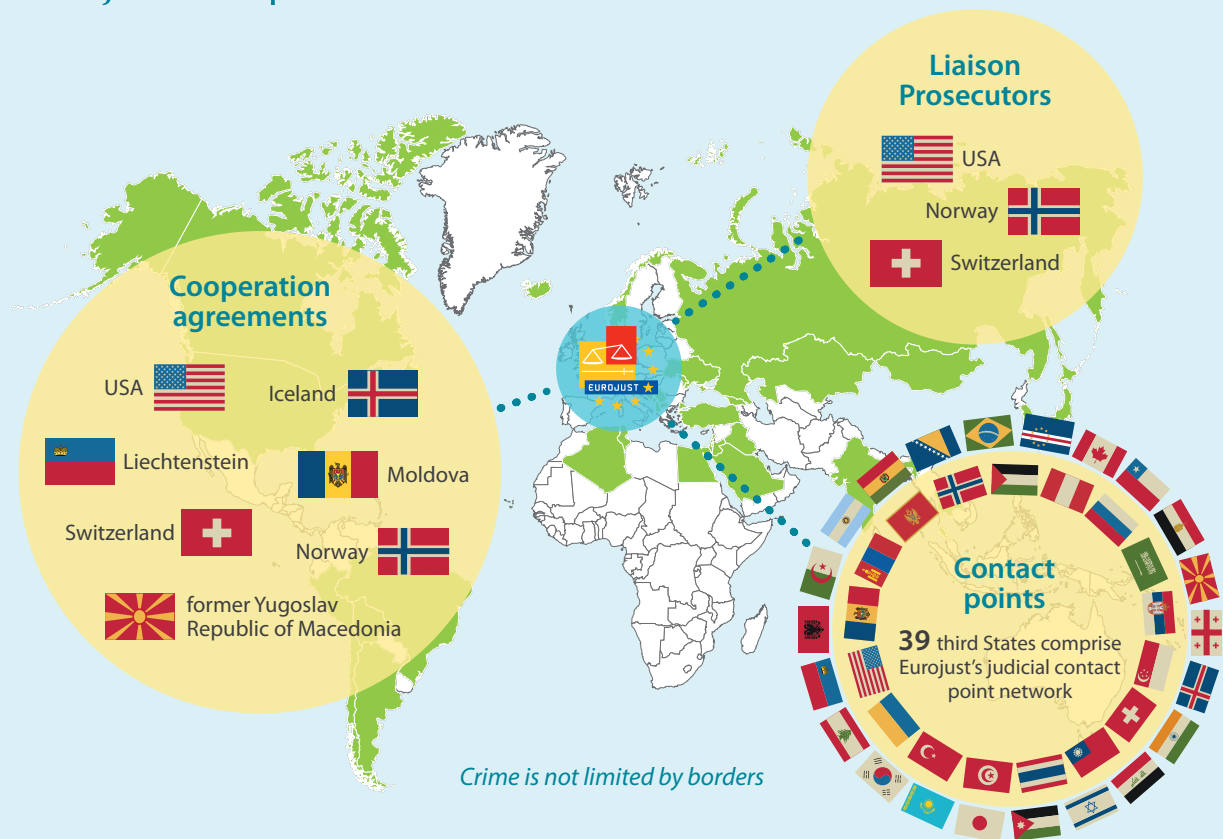
des Generalsekretariats des Rats, des EU-Koordinators zur Terrorismusbekämpfung, des Europarats und Europol. Während der offenen Sitzungen des Seminars waren auch Vertreter des privaten Sektors anwesend.

Das Seminar wurde im Geist der guten Zusammenarbeit durchgeführt und zeigte den Willen aller Teilnehmer zur Zusammenarbeit, um die justizielle Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten und den USA zu verbessern. Daher wurden in den Präsentationen und Gesprächen die Erweiterung von Vertrauen und das Verständnis der jeweils anderen Rechtsordnung und das Potential für Kooperation hervorgehoben, wobei man sich der Begrenzungen durch den geltenden Rechtsrahmen und die verfügbaren Ressourcen bewusst war.

Ein Hauptschwerpunkt des Seminars war es, Teilnehmern eine umfassende Übersicht über die Möglichkeiten, Anforderungen und Begrenzungen bei der Aufbewahrung und Aufnahme elektronischer Beweismittel zu geben und die Zulässigkeit in Strafverfahren sicherzustellen. Andere Themen, die detaillierter diskutiert wurden, waren Einziehung, Vermögensabschöpfung und Aufteilung von Vermögenswerten, Kooperation in Auslieferungsverfahren und der Anwendungsstatus der Rechtshilfevereinbarung zwischen der EU und den USA, insbesondere bezüglich Bankdaten gemäß Artikel 4 und der Einrichtung von JITs gemäß Artikel 5 der oben genannten Vereinbarung. Die Teilnehmer aus den USA lieferten wertvolle Informationen und Materialien bezüglich der praktischen Fragen und Rechtsanforderungen für verschiedene Formen von Rechtshilfe- und Auslieferungsersuchen gegenüber den USA, und dies galt auch für ihre EU-Kollegen.

Das Seminar schloss mit einem Ausblick auf Empfehlungen, die von den Mitgliedstaaten und den USA zu beachten sind, um die justizielle Kooperation zu verbessern und die darin identifizierten Probleme in Angriff zu nehmen, wie die Organisation von Seminaren, die von Eurojust in Abhängigkeit von der Verfügbarkeit finanzieller Mittel und Ressourcen unterstützt werden könnten.

Eurojust cooperation with third States



2.3.3 Kooperation mit Drittstaaten

Kooperationsabkommen

Verhandlungen für Kooperationsabkommen mit der Ukraine und Montenegro wurden zum Abschluss gebracht. Beide Entwürfe zu Kooperationsabkommen wurden dem Rat zur Genehmigung vorgelegt. Nach dem Urteil des EuGH vom 16. April 2015 sollte der Rat in allen Fällen, in denen Verordnungen nach der ehemaligen dritten Säule dem Rat umsetzende Vollmachten verleihen, das Europäische Parlament konsultieren gemäß Artikel 39(1) des ehemaligen Vertrags zur Europäischen Union. Gemäß dem neuen geltenden Verfahren startete der Rat Beratungsverfahren mit dem Europäischen Parlament im Oktober 2015. Mit den moldawischen Behörden fanden Gespräche statt im Hinblick auf das Inkrafttreten des Kooperationsabkommens zwischen Eurojust und Moldawien, das im Juli 2014 unterzeichnet wurde.

Kontakte mit Albanien, Bosnien-Herzegowina, Israel, Serbien und der Türkei wurden fortgesetzt, um die Umsetzung von Datenschutzgesetzgebung zu überprüfen und Möglichkeiten zur Initiierung von Verhandlungen über Kooperationsabkommen auszuloten. Georgien wurde zur Prioritätenliste von Eurojust hinzugefügt, um vorläufige Gespräche zum möglichen Beginn von Verhandlungen für ein Kooperationsabkommen einzuleiten. Kontakte zur Untersuchung der Möglichkeiten für künftige Kooperationsabkommen wurden mit Brasilien hergestellt. Die Aufnahme von Kontakten mit anderen lateinamerikanischen und karibischen Ländern, insbesondere Kolumbien und Mexiko wurde ebenfalls als Priorität neu bestätigt.

Die Fallarbeit von Eurojust mit Drittstaaten

Eurojust leistete in 298 Fällen, bei denen Drittstaaten beteiligt waren, Unterstützung, was eine erhebliche Steigerung im Vergleich zu 208 Fällen im Jahr 2014 darstellte. Von den 63 Drittstaaten war die Schweiz (103) der am häufigsten beteiligte Staat, gefolgt von den USA (36), Norwegen (34) und Serbien (31).

Die Hauptkategorien strafbarer Handlungen waren Betrug, Geldwäsche, Korruption, Beteiligung an einer OCG, Drogenhandel und Verbrechen gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die persönliche Freiheit. 2015 stieg die Anzahl an Cyberkriminalitätsfällen unter Beteiligung von Drittstaaten im Vergleich zu 2014 (von 10 auf 15). Terrorismus und Schleuserkriminalität befanden sich nun ebenfalls unter den Hauptkategorien strafbarer Handlungen mit Beteiligung von Drittstaaten, wenn man mit 2014 vergleicht.

Drittstaaten waren an 67 Koordinierungstreffen anwesend, die von Eurojust organisiert wurden, im Vergleich zur Vertretung in 41 Koordinierungstreffen im Jahr davor. Die Drittstaaten, die an Eurojust-Koordinierungstreffen teilnahmen, waren die Schweiz (19), gefolgt von den USA und Norwegen (jeweils 14) und der Ukraine (6). Die Schweiz (2), Norwegen (1) und die Ukraine (1) waren an Koordinierungszentren bei Eurojust beteiligt. An JITs beteiligte Drittstaaten waren Norwegen (3), Moldawien und Serbien (jeweils 2) sowie Australien, Bosnien-Herzegowina, die Schweiz, die Ukraine und die USA.

Fallbeispiele

Um die Unterstützung von Eurojust wurde in einem spanischen Geldwäschefall ersucht, der mindestens 11 Mitgliedstaaten und mehrere Drittstaaten betraf. Die spanischen Behörden verdächtigten eine OCG der Geldwäsche eines erheblichen Betrags durch Investitionen in Immobilien an der Costa del Sol (Malaga, Spanien). Die Zahlungen wurden durch Belgien, Frankreich, Deutschland, Irland, Polen und das Vereinigte Königreich sowie die Schweiz, die USA und Gibraltar geschleust. Die OCG wurde zudem verdächtigt, spanische Behörden durch illegale Zahlungen zu bestechen, um Baugenehmigungen zu erhalten (Pflichtmissbrauch und Bestechung als Straftaten). Zum Zeitpunkt der Neuregistrierung eines Eurojust-Falls im April 2013 wurde der ehemalige Anführer und Geldgeber der OCG in den USA wegen Geldwäsche vor Gericht gestellt und verurteilt, und die spanischen Ermittlungen konzentrierten sich auf seine Nachfolger und andere beteiligte Parteien.

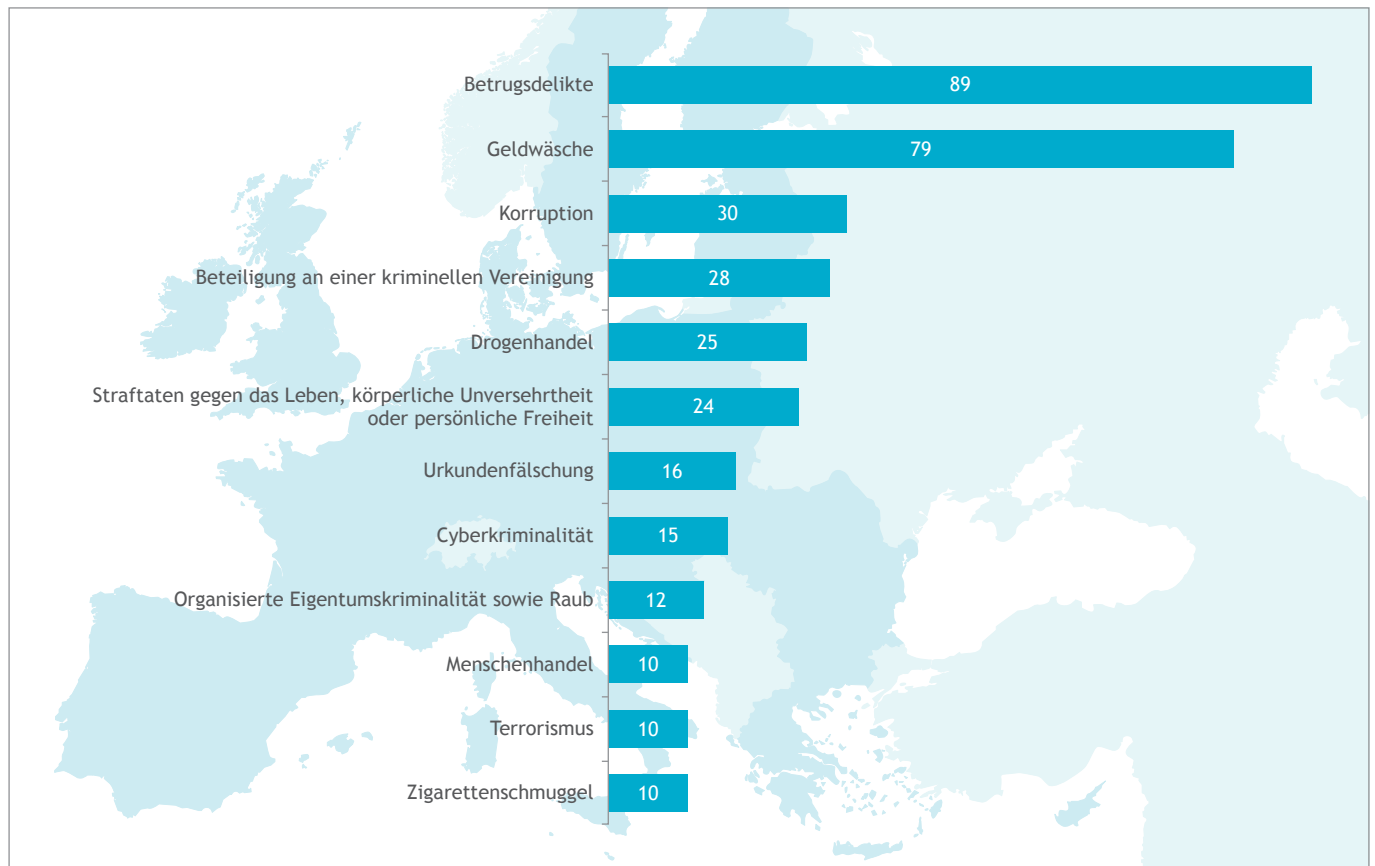
Ein Koordinierungstreffen fand im Juli 2013 statt, das bestätigte, dass der Fall mit ähnlichen Aktivitäten in vielen Ländern verbunden war, und eine andauernde Ermittlung in Belgien in Zusammenhang mit dem ehemaligen Anführer und seinen Komplizen als Schwerpunkt hatte. Die Vermögensabschöpfung wurde als eines der Hauptziele der spanischen Ermittlungen vorgebracht. Die Teilnehmer wiesen auf den nationalen legislativen Rahmen hin, der für diese Straftat galt.

Wie in verschiedenen anderen Mitgliedstaaten hing der spanische Fall von der Bestimmung einer Vortat für Geldwäsche ab und erforderte zusätzliche Beweise von anderen beteiligten Staaten. Eurojust vereinfachte die Übermittlung der spanischen Rechtshilfeersuchen an mehrere Mitgliedstaaten und die Schweiz. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die spanischen Ermittlungen mit Geldwäsche, die in Spanien begangen wurde, zusammenhingen, wurde die Situation eines *ne bis in idem* diskutiert, aber nicht als ernsthaftes Risiko betrachtet.

Der Fall war mit einem Fall im Vereinigten Königreich verbunden, der 2013 registriert worden war, und daher fand ein gemeinsames Koordinierungstreffen im Zusammenhang mit der gleichen OCG im März 2014 statt. Ein mögliches JIT zwischen Spanien und dem Vereinigten Königreich wurde in Betracht gezogen, wurde zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht als angemessen befunden, da der Schwerpunkt auf eine direkte Verbindung und eine ‚zielgerichtete‘ Rechtshilfe gelegt wurde. Bei der Unterstützung der spanischen Fälle erklärten sich die belgischen Behörden bereit, alle verfügbaren belgischen Gerichtsentscheidungen, die gegen den ehemaligen Anführer der OCG ergangen waren, den spanischen Kollegen zu übermitteln.

Bis 2015 waren die Ermittlungen bezüglich der illegalen Praktiken der OCG in mehreren Staaten eingeleitet und viele Rechtshilfeersuchen wurden von den spanischen Behörden erstellt. Als Vorbereitung des Koordinierungstreffens im Februar 2015 führte Eurojust eine Analyse aller ausstehenden Rechtshilfeersuchen durch und optimierte damit die Diskussion über den aktuellen Stand ihrer Ausführung in den beteiligten Staaten und brachte einen wertvollen Informationsaustausch hervor. In dieser Phase des Falls wurde das Problem des *ne bis in idem* erneut vorgebracht. Die Teilnehmer stimmten zu, dass eine Kopie der Anklageschrift, die als Ergebnis der belgischen Ermittlung erstellt worden war, an die spanischen Behörden geschickt würde, um ein später mögliches *ne bis in idem* zu vermeiden. Um die Mitwirkung von Eurojust unter dem Dach von Artikel 40 des Eurojust-Ratsbeschlusses wurde ersucht, um die reibungslose Ausführung eines Rechtshilfeersuchens an Gibraltar, das eine autonome Rechtsprechung hat, voranzubringen. Europol war im gesamten Verlauf des Falls beteiligt und unterstützte das laufende Justizverfahren, indem es allen beteiligten Staaten einen detaillierten Bericht lieferte, der eine Verbindung zwischen Fällen in mehreren Staaten herstellte.

Der Fall dauerte 2015 an.



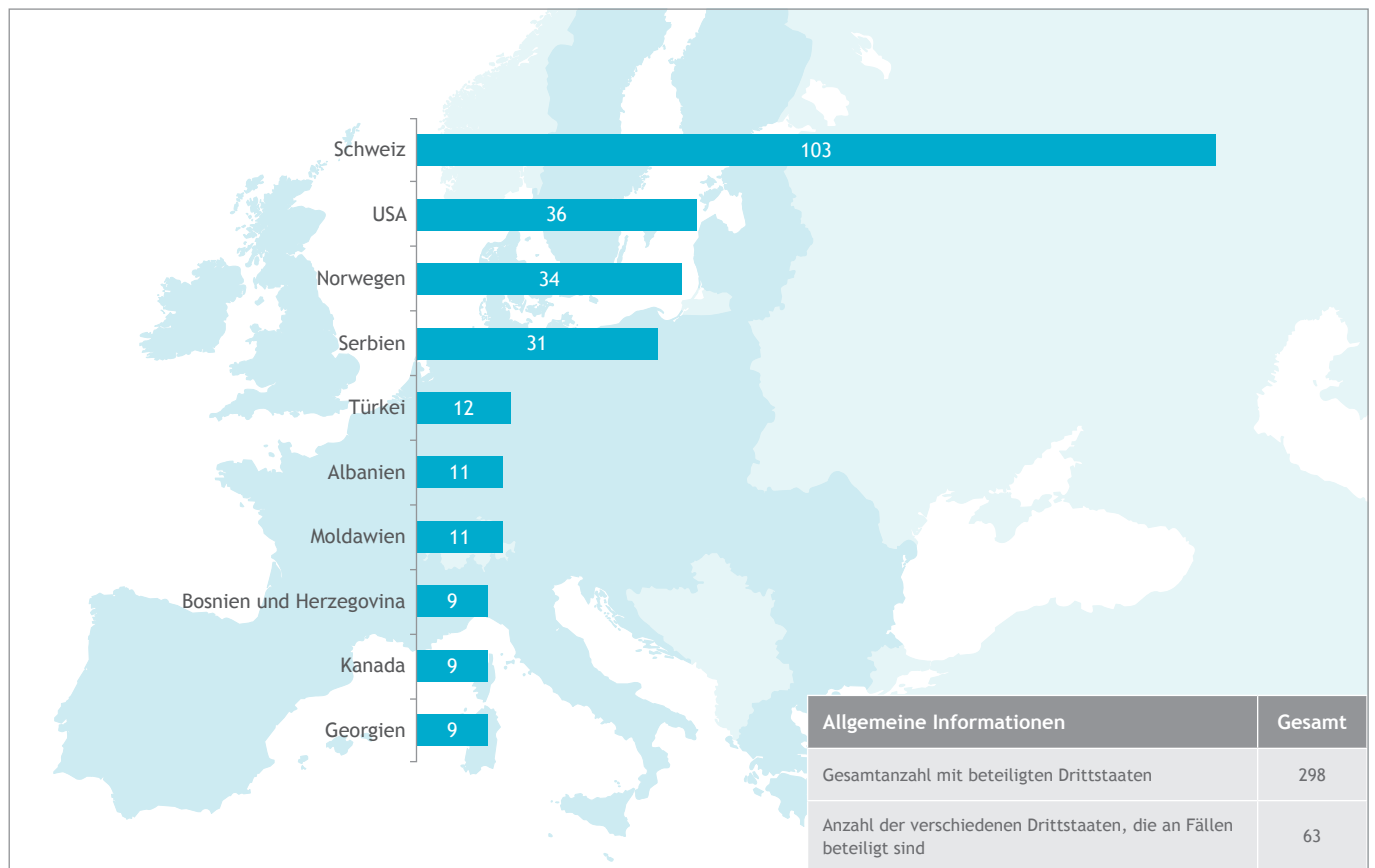
Fallbeispiele

Im Dezember 2014 baten französische Behörden Eurojust um Unterstützung, um eine OCG mit Basis in Bosnien-Herzegowina und Verbindungen nach Österreich und Frankreich zu zerschlagen. Die OCG, die von einem Clan-Chef und seinen drei Söhnen geleitet wurde, war an Menschenhandel mit Minderjährigen beteiligt, beutete die Opfer aus und zwang sie, Diebstähle zu begehen, hauptsächlich im öffentlichen Transportsystem in Paris. Die OCG, die seit mindestens 2012 aktiv war, wurde weiterhin des Drogenhandels, des Handels mit gestohlenen Fahrzeugen und der Geldwäsche verdächtigt, wobei die geschätzten Gewinne über 2 Millionen Eurolagen. Die Erträge wurden zurück nach Bosnien-Herzegowina geschickt und zum Kauf von Luxusfahrzeugen und Immobilien verwendet.

Zwei Koordinierungstreffen wurden in Den Haag und Sarajevo durchgeführt, um den Austausch von Informationen zwischen Frankreich und Bosnien-Herzegowina zu vereinfachen und die Einleitung paralleler Ermittlungen in Österreich zu vermeiden. Um die Ermittlungen in Frankreich und Bosnien-Herzegowina voranzutreiben, wurde erstmalig ein JIT zwischen einem Mitgliedstaat und Bosnien-Herzegowina eingerichtet. Das JIT diente dazu, die Beteiligung der Ermittler aus einem Staat bei den vom anderen Staat durchgeführten Ermittlungen zu vereinfachen.

Durch das JIT waren die beteiligten Staaten in der Lage, ihre Operationen zu synchronisieren, insbesondere in der Verhaftungsphase, und einen Informationsverlust sowie die mögliche Flucht der Verdächtigten zu vermeiden. Die JIT-Kooperation förderte zudem die Aufnahme von Beweisen zur Verwendung im Justizverfahren und die Beschlagnahme und Einziehung der Erträge aus den Straftaten sowohl in Frankreich als auch in Bosnien-Herzegowina.

Die enge Kooperation zwischen den justiziellen Behörden, der Polizei, NRO, UNODC, Institutionen, die für legalen Kinderschutz zuständig sind, und Eurojust im Verlauf des Falls demonstriert, dass die internationale justizielle Kooperation mit Drittstaaten positive Ergebnisse bringt, auch wenn hoch entwickelte und komplexe Formen von OCGs bearbeitet werden. Schließlich wurde ein gemeinsamer Zugriffstag in Frankreich und Bosnien-Herzegowina im Juli 2015 abgehalten, der zur Zerschlagung der OCG führte.



Verbindungsstaatsanwälte bei Eurojust

Die Präsenz von Verbindungsstaatsanwälten bei Eurojust und deren Beteiligung bei Fällen wurden als vorteilhaft bei der Identifizierung der relevanten Kontaktstellen im Herkunftsstaat sowie bei der Vereinfachung der justiziellen Kooperation zwischen den zuständigen Behörden der betroffenen Mitgliedstaaten und Drittstaaten erachtet.

Eurojust hat drei Verbindungsstaatsanwälte, die aus Norwegen, den USA und seit März der Schweiz entsandt wurden.

Nach dem Besuch der US-Justizministerin Loretta Lynch und ihrer Ankündigung bezüglich der Abordnung eines US-Staatsanwaltes für Cyberkriminalität von der Kriminalabteilung des US-Justizministerium zu Eurojust wurde ein US-Staatsanwalt für Cyberkriminalität im November benannt, der seinen Dienst im Januar 2016 antrat.

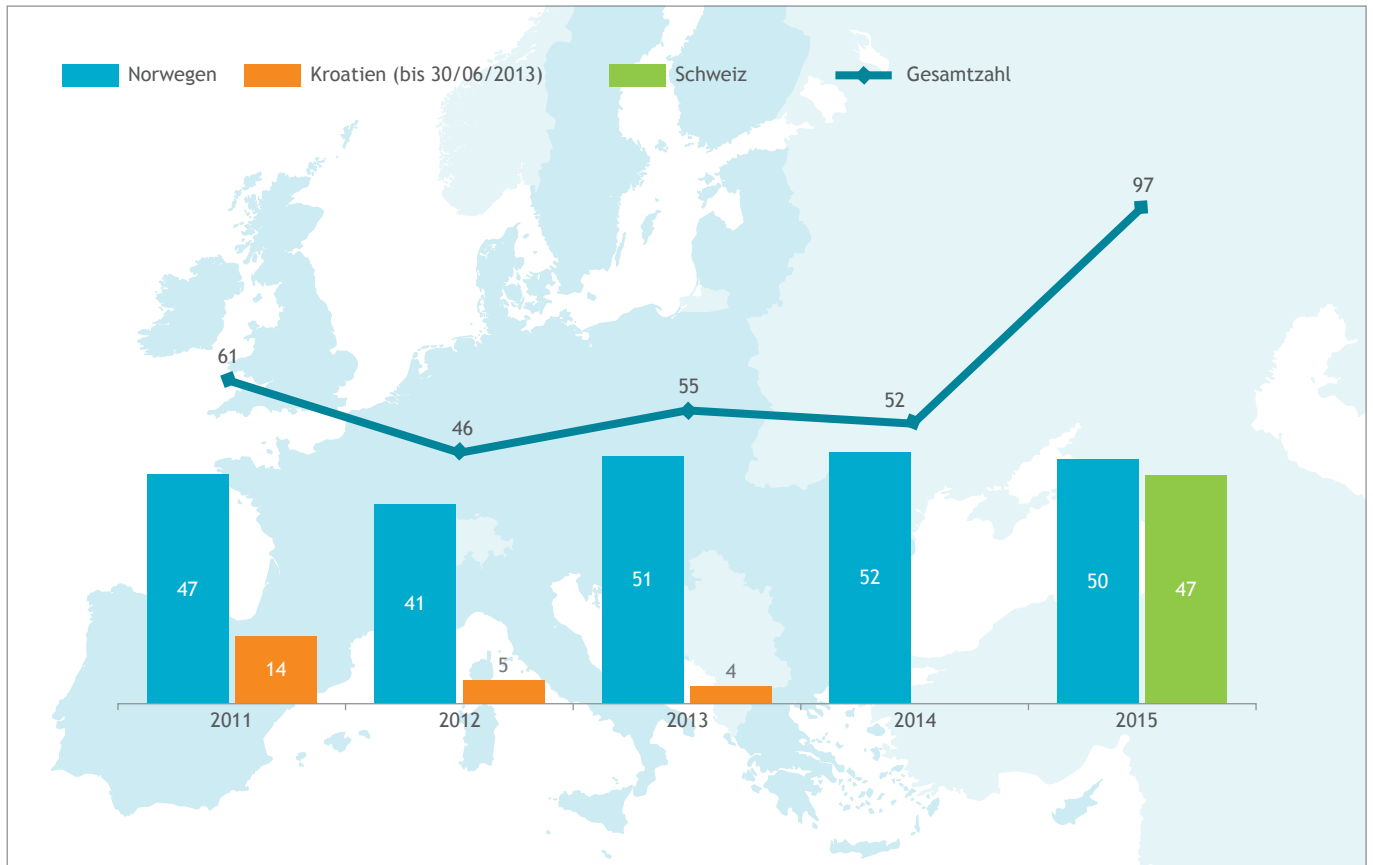
Der Verbindungsstaatsanwalt für Norwegen registrierte 50 Fälle, in denen es hauptsächlich um Drogenhandel und die Beteiligung an einer OCG ging. Die am häufigsten beteiligten Mitgliedstaaten bei diesen Fällen waren Polen, Litauen, Spanien und Frankreich. Die Verbindungsstaatsanwältin für die Schweiz registrierte 47 Fälle, in denen es hauptsächlich um Betrug, Geldwäsche, Korruption, Verbrechen gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die persönliche Freiheit sowie Drogenhandel ging. Die am häufigsten beteiligten Mitgliedstaaten bei diesen Fällen waren Spanien, Deutschland, die Niederlande und das Vereinigte Königreich. Die Verbindungsstaatsanwältin für



die Schweiz organisierte zwei Koordinierungstreffen und ko-organisierte eines, und der Verbindungsstaatsanwalt für Norwegen organisierte zwei Koordinierungstreffen.

Eurojust-Kontaktstellen in Drittstaaten

Die Benennung von Eurojust-Kontaktstellen in Drittstaaten stellt ein häufig gebrauchtes Instrument zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten und Drittstaaten durch die Vereinfachung der Kontakte über Eurojust dar.



2015 erweiterte Eurojust sein weltweites Netzwerk an Kontaktstellen weiterhin, indem Kontaktstellen von Algerien, Chile, Irak, Libanon, der Palästinensischen Autonomiebehörde und Saudi-Arabien hinzugefügt wurden. Gegenwärtig verfügen insgesamt 39 Länder über Eurojust-Kontaktstellen.

Unterstützung für externe Projekte

Eurojust unterstützte weiterhin Initiativen im Westbalkan wie die Projekte, die oben genannt wurden (siehe Kapitel 2), bezüglich Schleuserkriminalität und Menschenhandel, einschließlich dem EU-geförderten Projekt *International Cooperation in Criminal Justice: the Prosecutors' Network of the Western Balkans* (Internationale Kooperation bei Strafjustiz: das Netzwerk von Staatsanwälten des Westbalkans) als Instrument für Heranführungshilfe 2014.

Operation Vertigo: nähere Betrachtung

Ein typischer grenzüberschreitender Betrugsfall tendiert normalerweise dazu, logischen geografischen Linien zu folgen und könnte sich beispielsweise auf eine besondere Sprachgruppe konzentrieren. Die Operation ‚Vertigo‘ folgte nicht dem üblichen Muster. Sie war außergewöhnlich durch ihre Größe und Komplexität.

In diesem Karussellbetrugsfall verwendete die OCG hinter der kriminellen Aktivität eine komplexe Infrastruktur (Pufferfirmen, Missing Traders, Firmen, die als ‚alternative Zahlungsplattformen‘ dienen, um Geldwäsche und kriminelle Geldtransaktionen zu erleichtern), die über mehrere Mitgliedstaaten und Drittstaaten ausgebreitet war und EU-Bürger um etwa 320 Millionen Steuereinnahmen betrog.

Mehrere Koordinierungstreffen, die vom deutschen Büro bei Eurojust initiiert wurden, fanden bei Eurojust zwischen November 2013 und Oktober 2015 statt. Die Tschechische Republik, Deutschland, Polen und die Niederlande richteten ein JIT ein, das teilweise von Eurojust finanziert wurde. Eurojust und Europol demonstrierten eine starke Zusammenarbeit ab dem Anfangsstadium der Ermittlung. Europol lieferte eine umfassende analytische Unterstützung und Bereitstellung von Informationen.

Ein Koordinierungszentrum, das bei Eurojust eingerichtet wurde, koordinierte die justizielle Reaktion und lieferte Unterstützung für den **ersten gemeinsamen Zugriffstag** im Jahr 2015, der das Ziel hatte, die Operation einer Zweigstelle der OCG zu zerschlagen. Im Ergebnis wurden neun Beschuldigte verhaftet und 26 Räumlichkeiten in den teilnehmenden Staaten durchsucht.

Der **zweite gemeinsame Zugriffstag** führte zur Verhaftung von 14 Beschuldigten, einschließlich mutmaßlicher Drahtzieher, und über 40 Durchsuchungen. Parallel dazu führten die deutschen, tschechischen und polnischen Behörden weiterhin Verhaftungen und Durchsuchungen auf der Basis nationaler Haftbefehle im Rahmen ihrer eigenen nationalen Ermittlungen durch.

Der **dritte gemeinsame Zugriffstag** konzentrierte sich auf Durchsuchungen und Befragungen von Beschuldigten und Zeugen, die hauptsächlich auf der Basis von Beweisen identifiziert wurden, die im Rahmen der beiden vorherigen gemeinsamen Zugriffstage aufgenommen worden waren. Mehr als 49 Durchsuchungen und 27 Vernehmungen von Zeugen und Beschuldigten wurden in Belgien, der Tschechischen Republik, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Polen, Rumänien, der Slowakischen Republik, Spanien, Schweden und dem Vereinigten Königreich durchgeführt.

Europol setzte ein mobiles Büro an allen drei Eurojust-Koordinierungszentren ein, das den direkten Zugang zu den Datenbanken von Europol zur Überprüfung und Analyse von Daten ermöglichte und den Informationsaustausch in Echtzeit ermöglichte. Eurojust vereinfachte die Handhabung von Rechtshilfeersuchen, EuHB, Durchsuchungen, Beschlagnahmen und Vernehmungen vor Ort.



Rechtliche und praktische Fragen

- ▶ Die Hauptherausforderung war der *Modus Operandi* dieser OCG, insbesondere die Art, in der die OCG die Zahlungen verwaltete und die sogenannten alternativen Zahlungsplattformen verwendete, um die kriminellen Geldtransaktionen und die damit verbundene Geldwäsche zu vereinfachen. Diese Methode ermöglichte es der OCG, ihre Aktivitäten über den Globus auszubreiten, beispielsweise durch Einrichten des Instruments zur Verwaltung von Zahlungen in einem Land, während das Bankkonto der alternativen Zahlungsplattform in einem anderen Land angesiedelt war. Außerdem konnten die Drahtzieher hinter dem Betrug überall angesiedelt sein, ohne auf die laufenden kriminellen Aktivitäten begrenzt zu sein, was bedeutete, dass jede Aktion auf Seiten der ermittelnden Behörden eine Überschreitung der Grenze der eigenen Zuständigkeit und damit internationale Kooperation erfordern würde.
- ▶ Der Umfang der Ermittlungen erforderte zudem eine grenzüberschreitende Kooperation. In Deutschland allein wurden mehr als 500 Rechtshilfeersuchen erstellt.
- ▶ Aufgrund des großen Umfangs der kriminellen Aktivitäten wurden mehrere Ermittlungen in den betroffenen Staaten veranlasst. Die Vereinfachung und Koordination einer effektiven justiziellen Kooperation in diesem Umfeld erforderte, dass alle parallelen Ermittlungen identifiziert wurden.

Gewonnene Erkenntnisse

- ▶ Trotz der Verbindungen, die zu den meisten Mitgliedstaaten aufgedeckt wurden, fiel die Entscheidung, den Eurojust-Fall auf die hauptsächlich beteiligten Staaten zu konzentrieren. Die Effektivität eines dynamischen JIT, das aus nur vier Mitgliedstaaten zusammengesetzt war, wurde als wichtiger erachtet als die Einrichtung eines integrativeren, aber vielleicht weniger flexiblen JIT.

- ▶ Die Kanalisierung von Rechtshilfe und Ersuchen, die unter den JIT-Partnern über Eurojust gestellt wurden, erfolgte nur für Ersuchen, die während den Zugriffstagen ausgeführt wurden. Zukünftige Fälle könnten von der Kanalisierung aller Ersuchen, einschließlich Nachfolgeersuchen, über Eurojust profitieren.
- ▶ Um einen Zugriffstag vorzubereiten, wurde ein Koordinierungstreffen mindestens sechs Wochen vor dem angestrebten Datum abgehalten. Mindestens einen Monat vor diesem Koordinierungstreffen wurden Mitteilungen über die Ziele oder, falls möglich, Entwürfe zu Rechtshilfe und JIT-Ersuchen über die nationalen Tische der beteiligten Länder verteilt, um Daten bezüglich der Ziele zu sammeln und zu prüfen, bevor ein nationaler Haftbefehl ausgestellt wurde. Auf diese Weise kann eine angemessenere Ausführung von Rechtshilfe erzielt werden und es kann ausreichend Zeit eingeplant werden, um die abschließenden Rechtshilfeersuchen und die notwendigen Übersetzungen vorzubereiten, sowie die Ausführung der Ersuchen am Zugriffstag.
- ▶ Drei Koordinierungstreffen waren aufgrund des Umfangs des Falls und der erforderlichen Aktionen notwendig und ermöglichten es den nationalen Behörden zudem, sich jedes Mal auf eine bestimmte Ebene von Straftätern oder Maßnahmen zu konzentrieren.
- ▶ Während der Koordinierungszentren bei Eurojust funktionierte die direkte Kommunikation sehr gut, ohne dass die jeweiligen nationalen Tische notwendigerweise zuerst durchlaufen werden mussten (beispielsweise, dass die niederländischen Behörden direkt mit dem Vertreter des deutschen und spanischen Tisches von Eurojust und umgekehrt kommunizieren mussten) und es wurde eine große Anzahl an Nachfolgemaßnahmen kurzfristig direkt ermöglicht.
- ▶ Die Kommunikation und die Nachfolgebearbeitung von Rechtshilfeersuchen über die nationalen Tische von Eurojust stellte eine große Arbeitserleichterung für die nationalen Behörden dar.
- ▶ Um einen Zugriffstag vorzubereiten, sollte ein Koordinierungstreffen mindestens sechs Wochen vor dem angestrebten Datum gehalten werden.
- ▶ Während alle Staaten, die am JIT teilnehmen, bei Fällen auf kleinerer Ebene mit diesem justiziellen Koordinierungsinstrument Erfahrung hatten, überzeugte der vorhandene Fall die JIT-Teilnehmer, dass Fälle auf großer Ebene durch JITs ebenfalls effizienter bearbeitet werden können.
- ▶ Es wurde ein Formblatt erstellt, das unter JIT-Mitgliedern verwendet wird, um die erfolgten Ersuchen und ausgetauschten Beweise nachzuverfolgen.
- ▶ Während die Eurojust-Koordinierungszentren bei Zugriffstagen bisher einen ergänzenden Service für die nationalen Koordinierungsbemühungen anboten, agierten die in diesem Fall eingerichteten Koordinierungszentren als einziger Koordinierungspunkt für die Aktionen in den hauptsächlich teilnehmenden Staaten. Dieser Fall demonstriert, dass Eurojust die volle Bandbreite an Aufgaben ausführen kann, die zu einem multilateralen Zugriffstag gehören. Die aktive Teilnahme der nationalen Behörden stellte den reibungslosen Informationsfluss zwischen dem Eurojust-Koordinierungszentrum und den für die Ausführung der Aktionen verantwortlichen Behörden sicher.
- ▶ Die Anwesenheit der nationalen Behörden aus den teilnehmenden Ländern von Eurojust an den gemeinsamen Zugriffstagen, die mit Eurojust-Mitarbeitern in einem Raum zusammenarbeiteten, stellt einen direkten Austausch von Informationen sicher, der schnelle justizielle Reaktionen auf neue/auftauchende Beweismittel/Informationen (beispielsweise neue Sicherheitsentscheidungen, Durchsuchungen), schnelle Lösungen bei praktischen Problemen und Schlussfolgerungen von allen Seiten.
- ▶ Der Prozess des Erfassens von gewonnenen Erkenntnissen über die Dauer eines Falls trägt erheblich zur Verbesserung der Kooperation und zur Erleichterung der justiziellen Reaktion unter den identifizierten Interessenvertretern bei. Die Erfassung dieser Informationen wird zudem für die Evaluierung am Ende des Eurojust-Falls sehr hilfreich sein, deren Ergebnisse für zukünftige Fälle in einem ähnlichen Umfang und einer ähnlichen Größe verwendet werden können.

Bewährte Methoden

- ▶ Die frühe Mitwirkung von Eurojust stellt sicher, dass die Behörden, die für die Rechtshilfeersuchen zuständig sind, in einem frühen Stadium identifiziert werden, und dass ein direkter Kontakt mit diesen Behörden eingerichtet wird. Die enge Kooperation mit der Polizei auf Zypern am ersten Zugriffstag war beispielsweise sehr wertvoll, weil die Ermittlung des tatsächlichen Wohnsitzes eines HauptBeschuldigten und seine Verhaftung aufgrund des EuHB ermöglicht wurden.
- ▶ Es ist eine starke Zusammenarbeit zwischen allen beteiligten Parteien in einem frühen Stadium sicherzustellen, was ein wichtiger Faktor für den Erfolg der Ermittlungen ist. Beispielsweise war Europol in der Lage, mit den deutschen, polnischen, tschechischen und niederländischen Ermittlungen Verbindung herzustellen. Diese Zusammenarbeit in Kombination mit der Hilfe und Koordinierung von Eurojust und Europol waren wichtige Faktoren bei der Einrichtung des JIT.

Die polnischen, niederländischen und deutschen Staatsanwälte, die für den Fall zuständig sind, gaben ihre Kommentare zum dritten gemeinsamen Zugriffstag im November 2015:

„Während wir noch damit beschäftigt waren, das Ergebnis der zahlreichen Verfahrensmaßnahmen zu bewerten, die während des Zugriffstags durchgeführt wurden, können wir bereits sagen, dass die Operation ein riesiger Erfolg war, der nur durch die herausragenden Beiträge aller Beteiligten möglich wurde. Es erweist sich, dass die Zusammenarbeit in einem JIT mit der Unterstützung von Eurojust, Europol und den nationalen Behörden uns einen Vorteil in der andauernden internationalen Bekämpfung von MTIC-Betrug gibt.“



Herausforderungen und bewährte Methoden



Durch die operative Fallarbeit und die strategische Arbeit trägt Eurojust zur Erkennung von Herausforderungen und bewährten Methoden in verschiedenen Bereichen der justiziellen Kooperation in Strafsachen bei. 2015 konzentrierte sich Eurojust auf drei Bereiche: Zuständigkeitskonflikte, Datenspeicherung und kontrollierte Lieferungen.

Zuständigkeitskonfliktewaren eine Priorität für die EU-Präsidenschaft im Rahmen des 9. Treffens des beratenden Forums der Staatsanwälte und Leiter der Staatsanwaltschaften in den Mitgliedstaaten (beratendes Forum). Eurojust gab Input in die Überlegungen basierend auf der operativen Erfahrung und den gewonnenen Erkenntnissen.

3.1 Zuständigkeitskonflikte

Eurojust unterstützte weiterhin nationale Praktiker in Fällen bezüglich der Prävention und Beseitigung von Zuständigkeitskonflikten. Wie in den vorhergehenden Jahren wurde die Mehrheit der Fälle eher informell als formell durch die Nutzung der Befugnisse gemäß der Artikel 6 und 7 des Eurojust-Ratsbeschlusses beigelegt. 2015 wurden vom Kollegium keine formalen Empfehlungen nach Artikel 7 des Eurojust-Ratsbeschlusses gegeben, doch die Verwendung von Artikel 6(a)(ii) des Eurojust-Ratsbeschlusses durch die nationalen Tische stieg beträchtlich, mit 34 Ersuchen, die 2015 erstellt wurden, im Vergleich zu 12 im Jahr 2014. Das ungarische Büro reichte die größte Anzahl an Ersuchen ein, gefolgt vom spanischen Büro. Das deutsche Büro erhielt auch die größte Anzahl an Ersuchen, gefolgt von den Büros Österreichs, Frankreichs und des Vereinigten Königreichs.

Eurojust-„Level II“-Treffen, Koordinierungstreffen und JITS gelten als ausschlaggebende Instrumente bei Zuständigkeitskonflikten. Sie vereinfachen den effektiven und frühen Austausch von Informationen und helfen, mögliche Parallelverfahren zu identifizieren und/oder zu koordinieren, Verbindungen mit Fällen in Mitgliedstaaten zu erkennen, Zuständigkeitskonflikten vorzubeugen, sich auf eine Übertragung der Strafverfolgung zu einigen und/oder *eine doppelte Strafverfolgung* zu vermeiden.

Eine der Hauptherausforderungen bei Zuständigkeitskonflikten ist die frühe Erkennung von Parallelverfahren. In dieser Hinsicht spielt Artikel 13(7)(a) des Eurojust-Ratsbeschlusses, der den nationalen Behörden die Pflicht auferlegt, Eurojust über Fälle zu informieren, in denen ein Kompetenzkonflikt entstanden ist oder wahrscheinlich entstehen wird, eine wichtige Rolle. Leider weist die Anzahl an Mitteilungen gemäß Artikel 13(7)(a) darauf hin, dass von dieser Bestimmung nach wie vor kein Gebrauch gemacht wird. Auch wenn die Anzahl an Mitteilungen auf der Grundlage von Artikel 13(7)(a) des Eurojust-Ratsbeschlusses seit 2011 gestiegen ist, bleibt die tatsächliche Anzahl an Mitteilungen im Jahr 2015 mit 35 gering. Außerdem stammen diese 35 Mitteilungen von nur fünf Mitgliedstaaten: Ungarn (21 Mitteilungen), Spanien (11 Mitteilungen), Belgien, den Niederlanden und Finnland (jeweils eine Mitteilung).

Die Aufhebung der Richtlinie zur Datensicherung 2006 durch den EuGH im April 2014 machte eine Analyse des Einflusses dieses Urteils auf die nationale Gesetzgebung der Mitgliedstaaten sowie eine Identifizierung der Schwierigkeiten notwendig, die bei der Prävention, Erkennung, Ermittlung und Strafverfolgung bei schweren Vergehen und der justiziellen Kooperation im Zusammenhang damit verursacht werden. Eurojust unterstützte die Evaluierung des Einflusses im Hinblick auf die Datenspeicherung.

Das Kollegium von Eurojust entschied sich, eine thematische Diskussion über kontrollierte Lieferungen zu halten, wobei die Herausforderungen, die bei der Fallarbeit in diesem Bereich beobachtet werden, berücksichtigt wurden.

Zuständigkeitsfragenwaren das Thema des Strategischen Seminars vom Juni 2015 [*Conflicts of jurisdiction, transfer of proceedings and ne bis in idem: Successes, Shortcomings and Solutions \(Zuständigkeitskonflikte, Übertragung von Strafverfahren und ne bis in idem: Erfolge, Defizite und Lösungen\)*](#). Der Bericht wurde veröffentlicht als Ratsdokument 14172/15 und ist verfügbar auf der Webseite von Eurojust. Der Bericht wurde außerdem beim 9. Treffen des beratenden Forums diskutiert (siehe Abschnitt 5.4). Bei diesem Treffen diskutierten Praktiker, Forummitglieder und Eurojust-Vertreter die Probleme und Lösungen in vier Bereichen: Parallelverfahren, Kriterien zur Bestimmung, welche Gerichtsbarkeit die Strafverfolgung übernimmt, Übertragung des Verfahrens und *ne bis in idem*.

Parallelverfahren: Die Teilnehmer kamen zu dem Ergebnis, dass Probleme wie doppelte Arbeit, Vergeudung von Ressourcen und *das Problem des ne bis in idem* auftreten können, wenn Parallelverfahren nicht in einem frühen Stadium identifiziert werden und/oder nicht koordiniert werden. Zu den Lösungen zur Verbesserung der frühen Erkennung gehören eine verstärkte Kommunikation zwischen zuständigen Behörden, ein erhöhtes Bewusstsein der Pflicht nationaler Behörden, Eurojust in Fällen von Zuständigkeitskonflikten zu informieren (Artikel 13(7)(a) des Eurojust-Ratsbeschlusses), und möglicherweise auch auf lange Sicht die Erstellung zentralisierter Datenbanken zu laufenden Ermittlungen sowie ein System, diese Datenbanken auf EU-Ebene zu verbinden. Auch Koordinierungstreffen und JITS sind ausgezeichnete Instrumente, um Parallelverfahren zu koordinieren.

Kriterien für die Entscheidung über Zuständigkeit der Strafverfolgung: Teilnehmer hoben hervor, dass die meisten Mitgliedstaaten allgemeine Kriterien zur Rechtsprechung haben, jedoch nur in wenigen Strafprozessordnungen Kriterien vorhanden sind, die die Strafverfolgung bei Zuständigkeitskonflikten regeln. Die *Guidelines for deciding which jurisdiction should prosecute (Richtlinien für die Entscheidung, welche Rechtsprechung die Strafverfolgung durchführen sollte)* von Eurojust wurden als sehr hilfreiches Instrument bewertet, doch sie könnten weiter ausgebaut werden, indem Beispiele aufgenommen werden oder zusätzliche

Kriterien festgelegt werden, die die jüngsten Entwicklungen bei der EU-Rechtsprechung widerspiegeln. Die Teilnehmer argumentierten, dass zur Sicherstellung der Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der verschiedenen Fallszenarien die Kriterien nicht in eine Rangfolge gebracht werden sollten.

Übertragung der Strafverfolgung: Die Ansicht der Teilnehmer war, dass viele Herausforderungen vorhanden sind, wie beispielsweise der Mangel von Rechtsgrundlagen, der Mangel an Information zur Nachverfolgung des Falls, der Mangel an Fälligkeitsterminen, Übersetzungsprobleme und Beweisprobleme. Der frühe Kontakt, die aktive Kooperation, die frühe Bewertung, ob Beweise im anderen Mitgliedstaat verwertbar sind und die Übersetzung von Fallzusammenfassungen in einem frühen Ermittlungsstadium sind Beispiele bewährter Methoden. Ein neues legislatives Instrument zur Übertragung der Strafverfolgung, beispielsweise mit Kriterien zur Übernahme der Strafverfolgung, Gründe für die Ablehnung, technische Belange wie Übersetzung, Mindestinhalt von Anfragen und Terminen, könnten die aktuellen Hindernisse überwinden.

Ne bis in idem: Teilnehmer gaben an, dass sowohl das Konzept ‚derselben Taten‘ als auch die Frage, wann ein Fall ‚endgültig entschieden‘ ist, nach wie vor zu Problemen führt und unterschiedlichen Auslegungen unterliegt. Mehrere Teilnehmer betonten die Bedeutung von Fortbildung und Aufklärung und regten den Zugang zu einer Fallrechtssammlung (CJEU und nationale Gerichtshöfe), u.a. Zusammenfassungen, sowie eine Übersicht über die nationale Gesetzgebung und andere relevante Informationen, an.

In Vorbereitung für den Workshop und das Treffen zum beratenden Forum hielt das Kollegium von Eurojust eine thematische Diskussion und erstellte den *Report on Eurojust's Casework in the Field of Prevention and Resolution of Conflicts of Jurisdiction (Bericht zur Fallarbeit von Eurojust im Bereich der Prävention und der Lösung von Zuständigkeitskonflikten)* für den Zeitraum 2009-2014, der die vier vorigen Belange im Licht der Fallarbeit von Eurojust durchleuchtete, veröffentlicht als Ratsdokument 9474/15 und verfügbar auf der [Webseite von Eurojust](#).

Fallbeispiel

Die Unterstützung von Eurojust in einem Fall des Diebstahls eines Kraftfahrzeugs im Jahr 2015 macht die Komplexität von organisierten Fällen von Eigentumsdelikten deutlich. Es war zwar ein Beschuldigter betroffen, der durch das Mieten von Fahrzeugen in einem Mitgliedstaat und dem Verkauf an Komplizen in einem anderen Mitgliedstaat bei sämtlichen Angriffen eher unbedeutende Straftaten beging, jedoch zeigt der Fall beispielhaft, dass die Gesamtanzahl an begangenen Verbrechen erheblich sein kann und dass die Mobilität der Straftäter rechtliche Hindernisse und Herausforderungen für die justizielle Kooperation verursachen kann.

Ein bulgarisches Gericht wandte sich an Eurojust und bat um Unterstützung bei einem komplizierten Kompetenzkonflikt und einem potentiellen Fall von *ne bis in idem*. Das Gericht war mit zwei konkurrierenden EuHB konfrontiert, die einen italienischen Staatsangehörigen betrafen, der vermutlich an einem Autodiebstahl beteiligt war. Die Haftbefehle waren von Polen und Rumänien ausgestellt worden. Zur gleichen Zeit wurde gegen den Beschuldigten wegen ähnliche Straftaten in Bulgarien ermittelt, wo er inhaftiert war, nachdem er von den tschechischen Behörden in Ausführung eines bulgarischen EuHB überstellt worden war. Die bulgarischen Behörden wurden vom Beschuldigten informiert, dass er wegen gleichen oder ähnlichen Straftaten in Ungarn und der Tschechischen Republik verurteilt worden war und in beiden Ländern Freiheitsstrafen verbüßt hatte.

Das bulgarische Büro bei Eurojust lud die Nationalen Büros Tschechiens, Ungarns, Polens und Rumäniens zu einer Besprechung ein, um Informationen zu dieser rechtlich komplexen Situation auszutauschen und einen Ausweg zu finden. Die bulgarischen Behörden wussten, dass die Straftat im polnischen EuHB einer von insgesamt sieben Straftaten entsprach, die im rumänischen EuHB aufgelistet waren. Als Ergebnis des Treffens waren die tschechischen und ungarischen Behörden in der Lage, das bulgarische Büro zu informieren, dass einige Straftaten, für die der Beschuldigte in der Tschechischen Republik und Ungarn verurteilt worden war, sich im rumänischen EuHB wiederfanden.

Die Überprüfung, ob bei den Straftaten Überschneidungen auftraten, war kompliziert, weil mehrere Vorfälle in vielen Rechtsordnungen als fortgesetztes Delikt und damit als Einzelstraftat gelten. Der Informationsaustausch, der während der Besprechung geschah, ergab weiterhin ein besonderes Interesse der rumänischen Behörden bezüglich der Weiterverfolgung des Falls, da der Beschuldigte mit Komplizen zusammenarbeitete, die in Rumänien angesiedelt sind und gegen die ebenfalls rumänischen Ermittlungsverfahren anhängig waren.

Ein mögliches Ergebnis wurde zunächst im Zusatz zum rumänischen EuHB gefunden, wo nur die Straftaten aufgenommen wurden, die nicht Teil der tschechischen und ungarischen Fälle waren und eine Situation mit einem *ne bis in idem* Problem verursacht hätten, falls der Beschuldigte für einige Straftaten einem rumänischen Verfahren



unterworfen würde. Weiterhin wurden die rumänischen Behörden gebeten, aufgrund der laufenden bulgarischen Ermittlung und einem Interesse, den Beschuldigten wegen ihm vorgeworfener Straftaten in Bulgarien zu verfolgen, eine bedingte Übergabe des Verdächtigen zu beantragen.

Ein weiterer Antrag wurde gegenüber den polnischen Behörden gestellt, ihren EuHB basierend auf dem Argument zurückzuziehen, dass die Straftat, wegen der der Beschuldigte gesucht wurde, in den rumänischen EuHB aufgenommen wird. Der Ausführung des rumänischen EuHB wurde aufgrund der vielen in Rumänien begangenen Straftaten, und weil der rumänische EuHB dem polnischen EuHB vorangegangen war, Vorrang gegeben.

Da jedoch der rumänische EuHB nicht geändert werden konnte, leitete das bulgarische Gericht direkt einen Prozess gegen den Beschuldigten ein. Dieser wurde verurteilt und der Vollzug des Urteils wurde fünf Jahre aufgeschoben, so dass das bulgarische Gericht danach den rumänischen Haftbefehl durchführen konnte. Die Grundlage für die Übergabe nach Rumänien war auf die Straftaten begrenzt, für die der Beschuldigte nicht vorher verurteilt worden war. Die Unterstützung und Verbindungsbemühungen von Eurojust sowie die effektive Verwendung des Treffens auf Ebene II als ein Kooperationsinstrument, das etwa einen Monat nach der Einleitung des Falls bei Eurojust stattfand, trug zum positiven Ergebnis des Falls bei.

3.2 Datenspeicherung

Die Richtlinie 2002/58/EG (die E-Daten-Richtlinien) wurde so konzipiert, dass die grundlegenden Rechte und die Freiheit natürlicher Personen bezüglich der Privatsphäre geschützt werden, indem die Regeln für die Verarbeitung des Netzwerks und der Dienstleister von Verkehrs- und Standortdaten festgelegt sind, die durch den Einsatz elektronischer Kommunikationsdienste erzeugt werden. Die E-Daten-Richtlinie selbst räumte den Mitgliedstaaten das Recht, den Umfang solcher Rechte gegebenenfalls innerhalb einer demokratischen Gesellschaft zu beschränken, um die nationale Sicherheit zu schützen, sowie zum Zweck der Prävention, Ermittlung, Erkennung und Verfolgung von Straftaten ein.

Im Interesse der effektiven Koordination strafrechtlicher Ermittlungen und Strafverfolgungen sollte die Richtlinie 2006/24/EG zur Vorratsdatenspeicherung die Bestimmungen der Mitgliedstaaten im Hinblick auf solche Beschränkungen harmonisieren, insbesondere im Bereich der Speicherung und der Nutzung elektronischer Daten. Im April 2014 bestätigte der EuGH zwar, dass diese Richtlinie ein Ziel des allgemeinen Interesses tatsächlich erfüllte, erklärte sie aber von Anfang an für ungültig bei der Digital Rights Ireland Ltd (C 293/12) mit der Begründung, dass sie die Grenzen der Proportionalität und die Notwendigkeit, dieses Ziel zu erreichen, überschritt.

Die Reaktionen der Mitgliedstaaten auf diese Aufhebung waren unterschiedlich, wobei einige die Gesetzgebung widerriefen und andere sie änderten, damit sie den Grundsätzen des Urteils entsprach, während wieder andere die Meinung vertraten, dass der erforderliche Schutzgrad und die Proportionalität innerhalb der eigenen Systeme inhärent war. Diese Bandbreite an Reaktionen untergrub das Ziel der Richtlinie, eine Harmonisierung zu erreichen, und führte stattdessen zu einer Fragmentierung bei den Rechtsordnungen zur Datenspeicherung in der Europäischen

Union und damit wiederum zu erheblichen Problemen bei der Ermittlung und Strafverfolgung von Verbrechen sowie der justiziellen Kooperation in dem Zusammenhang.

Da die Systeme zur Datenspeicherung als unerlässliche Instrumente bei der Erkennung, Prävention, Ermittlung und Strafverfolgung von Verbrechen, einschließlich grenzüberschreitender Kriminalität, anerkannt sind, beschloss Eurojust, den Rechtsrahmen innerhalb der verschiedenen Mitgliedstaaten zu analysieren, mit der Absicht der Identifizierung von: (i) Hindernissen, die durch die Aufhebung der Richtlinie zur Vorratsdatenhaltung den verschiedenen Rechtsordnungen zur Datenspeicherung entstanden, (ii) möglichen Lösungen, gewonnenen Erkenntnissen und bewährte Methoden bei der Inangriffnahme solcher Herausforderungen, sowohl im Inland als auch bei grenzüberschreitenden Fällen und (iii) Bereichen zur weiteren Kooperation und/oder gesetzgeberischen Maßnahme, soweit zutreffend. Deshalb zirkulierte Eurojust einen Fragebogen an die Nationalen Büros, gefolgt von einer Diskussion im Kollegium. Das Ergebnis der Arbeit wurde dem Rat am Treffen der Arbeitsgruppe zu allgemeinen Fragen einschließlich der Bewertung (GENVAL) am 29. Oktober 2015 vorgelegt. Die Datenspeicherung war ebenfalls Thema des [Workshops und des Treffens des beratenden Forums am 10. und 11. Dezember](#).

Die identifizierten Hauptherausforderungen hingen mit der Schwierigkeit bzw. der Unmöglichkeit beim Zugang der Strafverfolgungsbehörden zu Informationen zusammen, die für die Ermittlungen sowohl national als auch im Hinblick auf grenzüberschreitende Fälle entscheidend sind. Die Divergenz bei den Datenspeicherungssystemen (insbesondere der Speicherzeiträume) in Mitgliedstaaten und Drittstaaten führt zu Schwierigkeiten bei grenzüberschreitenden/parallelen Ermittlungen in der Lösung von Zuständigkeitskonflikten (da die Wahl des besten Forums für die

Strafverfolgung möglicherweise unterminiert wird), der Effizienz von JITs und der Aufnahme und Zulässigkeit von Beweismitteln. Der Workshop und das Treffen des beratenden Forums zeigten einen klaren Trend bei der Unterstützung der Einrichtung einer EU-Verpflichtung zur Datenspeicherung mit den entsprechenden Verfahrensgarantien,

effektiven Bedingungen für die Sicherheit und Genauigkeit der Daten und einem aussagekräftigen Zeitraum für die Datenspeicherung. Eine EU-Lösung mit dem Ziel, das Regelwerk zur Datenspeicherung in den Mitgliedstaaten zu harmonisieren, möglicherweise durch eine neue legislative Initiative, erhielt ebenfalls Unterstützung.

3.3 Kontrollierte Lieferungen

Am 6. Oktober 2015 hielt das Kollegium ein thematisches Gespräch zu grenzüberschreitenden kontrollierten Lieferungen mit einem Schwerpunkt auf Rolle und Erfahrung von Eurojust und Wege zur Verbesserung der operativen Kapazität von Eurojust bei der Unterstützung nationaler Behörden in diesem Kontext ab.

Folgenderechtliche und praktische Schwierigkeiten wurden auf der Grundlage der Fallarbeit von Eurojust identifiziert: (i) Unterschiede in der nationalen Gesetzgebung bei der Handhabung kontrollierter Lieferungen mit operativen Konsequenzen; (ii) die Notwendigkeit der Übersetzung von Rechtshilfeersuchen in die Sprache des ausführenden Mitgliedstaates kann Verzögerungen bei der Ausführung der kontrollierten Lieferungen verursachen; (iii) die Genehmigung einer kontrollierten Lieferung infolge eines Rechtshilfeersuchens ist im ersuchten Mitgliedstaat mitunter aufgrund von Verfahrensbeschränkungen zeitaufwändig; (iv) Schwierigkeiten bei der Identifikation der nationalen Behörden, die für die Ermächtigung einer kontrollierten Lieferung zuständig sind, können auftreten, insbesondere in den Mitgliedstaaten, bei denen keine zentrale Behörde benannt wurde, die in einer solchen Situation kontaktiert werden kann; (v) nach Einlangen eines Rechtshilfeersuchens zur Genehmigung einer kontrollierten Lieferung können einige Mitgliedstaaten in der Situation sein, dass sie ihre eigenen Ermittlungen beginnen (Legalitätsprinzip oder Opportunitätsprinzip); dies auf der Grundlage der Informationen, die sie durch das Rechtshilfeersuchen erhielten, was möglicherweise zu Parallelverfahren bei den ersuchenden und ersuchten Mitgliedstaaten führt; (vi) der kombinierte Einsatz von GPS-Geräten und/oder Überwachungsmaßnahmen, die von den Polizeibeamten bei der Durchführung einer kontrollierten Lieferung ergriffen werden, kann zu Problemen im Zusammenhang mit der Verfügbarkeit von Ressourcen auf praktischer Ebene und/oder der Zulässigkeit von Beweismitteln aus einer rechtlichen Perspektive führen.

Bewährte Methoden im Zusammenhang mit der Beteiligung von Eurojust bei kontrollierten Lieferungen wurde identifiziert, u.a.: (i) Eurojust sollte im frühestmöglichen Stadium bei der Einrichtung einer grenzüberschreitenden kontrollierten Lieferung involviert werden, besonders in komplexen multilateralen Fällen; (ii) Eurojust kann bei der Identifizierung der entsprechenden Behörden in den Mitgliedstaaten zur Ermächtigung und Ausführung kontrollierter Lieferungen unterstützen; (iii) die Organisation von Koordinierungstreffen von Eurojust kann bei der Vorbereitung kontrollierter Lieferungen im Hinblick auf die Klärung der rechtlichen Anforderungen der beteiligten

Mitgliedstaaten unter Antizipierung aller möglichen Szenarien, die in der Ausführungsphase auftreten könnten, wertvoll sein; und (iv) die Nationalen Büros von Eurojust können die Kommunikation kanalisieren und den Informationsfluss zwischen den nationalen Behörden durch alle Phasen einer kontrollierten Lieferung vereinfachen, insbesondere wenn Drittstaaten beteiligt sind.

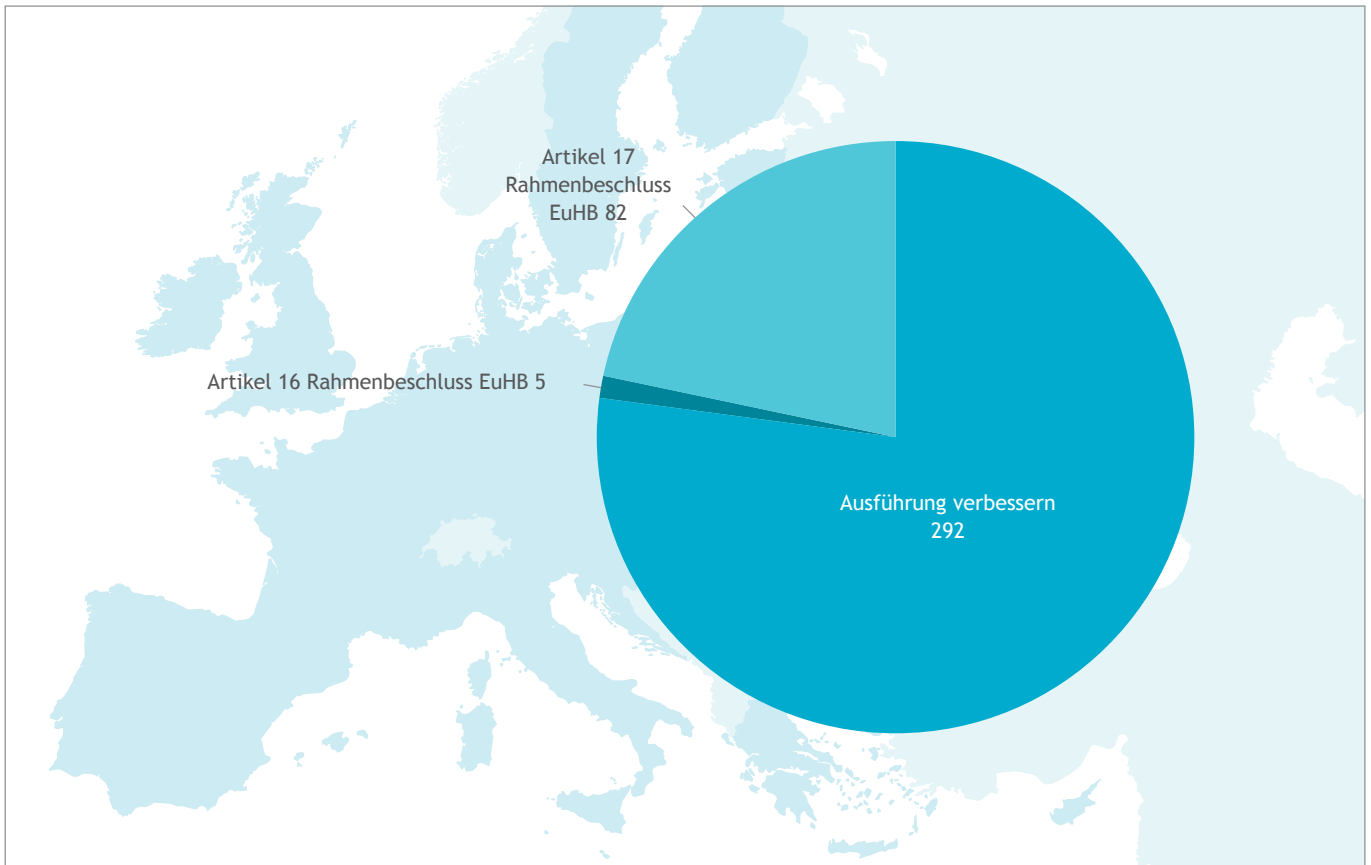
Europäischer Haftbefehl

Eurojust spielt weiterhin eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der Anwendung des EuHB. 2015 wurden 292 Fälle bei Eurojust registriert, die im Zusammenhang mit der Verbesserung der Vollstreckung des EuHB standen, was 13 % aller Fälle ausmacht. Griechenland legte die größte Anzahl an Ersuchen vor (55), gefolgt von Polen (33) und Frankreich (21). Am häufigsten ersucht wurden das Vereinigte Königreich (36), Deutschland (32) und Italien (30).

Im Hinblick auf kollidierende EuHB sieht Artikel 16 der Rahmenentscheidung zum EuHB (FD EuHB) vor, dass Eurojust von den vollstreckenden Justizbehörden hinsichtlich des Übergabortes einer Person um Rat ersucht werden kann, gegen die EuHB von zwei oder mehr Mitgliedstaaten ausgestellt worden sind. Fünf solcher Fälle wurden bei Eurojust neu registriert.

In Bezug auf die Nichteinhaltung von Fristen bei der Vollstreckung von EuHB sieht Artikel 17(7) des Rahmenbeschlusses über EuHB vor, dass in Ausnahmesituationen, wenn ein Mitgliedstaat die in Artikel 17 vorgegebenen Fristen nicht einhalten kann, er Eurojust darüber informieren und die Gründe für die Verzögerung nennen soll.

2015 wurden 82 Verstöße gegen zeitliche Fristen bei Eurojust registriert, von denen sieben eine weitere Aktion erforderten. Dies war das sechste Jahr in Folge, in dem Irland die meisten Verstöße gemeldet hat. Weitere Fälle wurden von Bulgarien, der Tschechischen Republik, Spanien, Ungarn und dem Vereinigten Königreich gemeldet.



Virtuelle Währungen

Das Kollegium hielt ein thematisches Gespräch zu virtuellen Währungen im Januar 2015 ab. Die Herausforderungen und Schwierigkeiten, die bei den Ermittlungen auftraten, bei denen es um virtuelle Währungen ging, wurden vorgestellt, gefolgt von einem Meinungsaustausch unter den Teilnehmern. Zu den diskutierten Hauptpunkten gehörten die rechtliche Qualifikation von virtuellen Währungen und die Eignung des Instruments der Beschlagnahme in den verschiedenen nationalen Rechtsprechungen, Faktoren zur Festlegung der Rechtsprechung in den Fällen, bei denen virtuelle Währungen eine Rolle spielen, und den möglichen Bedarf, elektronische Daten, die virtuelle Währungen enthalten, als letztes Mittel zu löschen, falls die nationalen Rechtsprechungen keine Regelungen beinhalten, wie man die Beschlagnahme dieses Währungstyps handhabt.



Schwerpunkt des Jahres

Sicherstellung, Einziehung und
Vermögensabschöpfung

Organisierte kriminelle Vereinigungen nehmen erhebliche Gewinne durch ihre kriminellen Aktivitäten ein und die Erträge aus der Kriminalität werden gewaschen und wieder der legalen Wirtschaft zugeführt. Die Entziehung der Erträge aus Straftaten von Straftätern ist eine wichtige Komponente bei der Zerstörung organisierter krimineller Vereinigungen. Vor diesem Hintergrund ist die Einziehung und Abschöpfung von illegal erworbenen Vermögensgegenständen ein sehr effektiver Weg, um organisiertes Verbrechen zu bekämpfen. Außerdem hat die Einziehung einen abschreckenden Effekt durch Stärkung der Idee, dass sich ‚Kriminalität nicht auszahlt‘.

Trotz der Fülle an Rechtsinstrumenten, die in diesem Bereich zur Verfügung stehen, wird die justizielle Kooperation weiterhin von Unterschieden zwischen nationalen Rechtsordnungen und einem Mangel an harmonisierten Regeln behindert. Den Mitgliedstaaten stehen zahlreiche Hindernisse bei der Ausführung von Rechtshilfeersuchen bei der Identifizierung und der Einziehung von Erträgen aus Straftaten sowie bei der Durchführung von Einziehungsentscheidungen, insbesondere wenn ein NCBC beteiligt ist, entgegen. Folglich sind die Erträge, die aus organisierten Straftaten eingezogen werden, gering.

2015 unterstützte Eurojust sowohl auf operativer als auch auf strategischer Ebene eine Verbesserung der Anwendung der EU-Rechtsinstrumente im Bereich von Sicherstellung und Einziehung, die das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung wirksam machen, u.a. den Rahmenbeschluss 2003/577/JI zur Ausführung von Entscheidungen zur Sicherstellung von Eigentum oder Beweismitteln, den Rahmenbeschluss 2006/783/JI zur Anwendung der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsbeschlüsse und Richtlinie 2014/42/EU zur Sicherstellung und Einziehung von Erträgen aus Straftaten in der EU. Dabei ermutigte Eurojust zum gemeinsamen Verständnis und zur Kooperation zwischen den Behörden, die betroffen waren und letztendlich die Verwendung von Instrumenten zur gegenseitigen Anerkennung im Bereich der Vermögensabschöpfung erweiterten. Die Notwendigkeit zur Verbesserung von grenzüberschreitender Sicherstellung und Einziehung von illegal erworbenen Vermögensgegenständen war das Thema von Überlegungen auf EU-Ebene, und die Europäische Agenda zur Sicherheit betonte die Rolle und Erfahrung von Eurojust bei der Unterstützung nationaler Behörden, wenn es um die Durchführung finanzieller Ermittlungen ging.

Eurojust spielte weiterhin eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der Zusammenarbeit in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten (Artikel 3(1)(b) des Eurojust-Ratsbeschlusses), insbesondere durch: (i) Vereinfachung der Anerkennung und Ausführung von Entscheidungen zur Sicherstellung und Einziehung in Ersuchen zur justiziellen Kooperation;

(ii) Unterstützung bei der Erstellung von Entscheidungen zur Sicherstellung und Einziehung sowie Ersuchen um Rechtshilfe, die Identifizierung von zuständigen Behörden in den ersuchten Mitgliedstaaten, der Informationsaustausch und die Übersetzung der relevanten Informationen; (iii) Ermöglichung der Koordination von Ermittlungen und

Hilfe für die Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden, um bei der Ausführung von Sicherstellungsentscheidungen koordiniert zu agieren; (iv) Klärung der rechtlichen Voraussetzungen der ausstellenden und ausführenden Behörden sowie Lösung der praktischen Probleme, die sich aus den verschiedenen Rechts- und Verfahrensvoraussetzungen in den verschiedenen Rechtsordnungen ergeben; (v) Unterstützung der Mitgliedstaaten beim Erzielen von Vereinbarungen bei der Verfügung über das eingezogene Eigentum und Aufteilung der Vermögenswerte; (vi) Identifizierung der bewährten Vorgehensweise bei der Handhabung von Vermögenswerten, die sich aus der Strafuntersuchung von Beginn einer Ermittlung an ergeben (z.B. durch Beantragung des Verkaufs von verderblichen oder schnell an Wert verlierenden Waren oder Waren mit hohen Verwaltungskosten zeitgleich mit der Ausstellung einer Sicherstellungsentscheidung).

Eurojust identifizierte weiterhin praktische Wege zur Maximierung der justiziellen Kooperation in diesem Bereich und zur Bewältigung von Hindernissen, die sich aus verschiedenen Programmen zur Sicherstellung und der Einziehung ergeben. Einige rechtliche und praktische Belange, die von Eurojust in der Fallarbeit im Bereich der Vermögensabschöpfung, einschließlich Sicherstellung und Einziehung, im Jahr 2015 identifiziert wurden, betrafen:

- (i) Schwierigkeiten, die mit dem Prinzip der doppelten Kriminalität verbunden sind, wenn das Verhalten, auf das in der Sicherstellungsentscheidung Bezug genommen wird, (oder Ersuchen um Rechtshilfe, die die Sicherstellung von Vermögenswerten anstreben) keine Straftat im ersuchten Mitgliedstaat darstellt;
- (ii) Weitere Schwierigkeiten, die mit dem Prinzip der doppelten Kriminalität im Zusammenhang mit Steuerbetrug/Steuerstraftaten verbunden sind, trotz der Tatsache, dass die Straftat im ersuchten Mitgliedstaat als Straftat gilt, der Schaden oder Verlust für den öffentlichen Haushalt dem ersuchenden Mitgliedstaat entsteht;
- (iii) Schwierigkeiten, die mit der grenzüberschreitenden Anerkennung der zivilrechtlichen Beschlagnahme und Einziehung verbunden sind: In den meisten Mitgliedstaaten kann Rechtshilfe zwar nur im Rahmen einer Strafverfolgung erteilt werden und die Abschöpfung von Vermögenswerten kann nur nach einer strafrechtlichen Verurteilung erfolgen, doch einige Mitgliedstaaten ermöglichen zivilrechtliche Abschöpfungsentscheidungen oder andere Maßnahmen, wobei eine Entscheidung zur Einziehung ohne strafrechtliche Verurteilung möglich ist;
- (iv) Weitere Belange ergeben sich aus Ersuchen um Rechtshilfe durch eine nichtjustizielle Behörde im Rahmen von zivilrechtlichen Einziehungsverfahren, in denen die Gesetzeslage des ersuchten Mitgliedstaats andere Maßnahmen erfordert, die vom ersuchenden Mitgliedstaat zu ergreifen sind, um in der Lage zu sein, diese Ersuchen um Rechtshilfe zu bearbeiten (z.B. Unterzeichnung durch einen Richter);

- (v) Die Sicherstellungsentscheidung gilt mit begrenztem Umfang und Praktiker stützen sich stattdessen häufig auf Ersuchen um Rechtshilfe gemäß den Rechtshilfeübereinkommen von 1959 und 2000 sowie dem Übereinkommen des Europarats von 1990 zu Geldwäsche, Durchsuchungen, Beschlagnahme und Einziehung der Erträge aus Straftaten, was Ersuchen für Durchsuchungen, Telekommunikationsüberwachung, die Sicherstellung und Einziehung von Vermögenswerten umfassen kann;
- (vi) Probleme, die sich aus dem Fehlen eines zentralen Registers/einer zentralen Datenbank bei laufenden Verfahren in Fällen von separaten und unverbundenen Sicherstellungsentscheidungen im Hinblick auf die gleichen Vermögenswerte ergeben; und
- (vii) Schwierigkeiten, die aus Verzögerungen bei der Ausführung von Sicherstellungsentscheidungen (oder Ersuchen um Rechtshilfe) oder der Abschöpfung von sichergestellten Vermögenswerten ergeben, wenn der Mitgliedstaat, in den Geld von Straftätern übertragen wurde, eine eigene Ermittlung zur Geldwäsche einleitet und das Geld im Rahmen der eigenen Ermittlung sicherstellt und nicht aufgrund der Sicherstellungsentscheidung (oder Ersuchen um Rechtshilfe).

Eurojust erstellte einen [Report on Eurojust's Experience in the field of Asset Recovery, including Freezing and Confiscation](#) (Bericht zur Erfahrung von Eurojust im Bereich Vermögensabschöpfung, einschließlich Sicherstellung und Einziehung), der den Zeitraum von 2010 bis 2013 umfasst, im Juni als Ratsdokument 10179/15 veröffentlicht wurde und auf der Eurojust-Webseite verfügbar ist. Der Bericht beleuchtet die Rolle von Eurojust im Bereich der Vermögensabschöpfung und basiert auf der Fallarbeit von Eurojust, Projekten, die der Fallarbeit von Eurojust bei spezifischen Kategorien strafbarer Handlungen gewidmet sind, der Meinungen von Eurojust zu EU-Gesetzesentwürfen sowie Seminaren, Treffen oder ähnlichen Veranstaltungen, die von Eurojust organisiert oder mitorganisiert wurden.

Der [Report of the Strategic Seminar Towards Greater Cooperation in Freezing and Confiscation of the Proceeds of Crime: a Practitioners' Approach](#) (Bericht zum Strategischen Seminar zur Entwicklung einer stärkeren Kooperation bei der Sicherstellung und Einziehung der Erträge aus Straftaten: ein Ansatz von Praktikern), der gemeinsam von Eurojust und der italienischen Präsidentschaft am 11. Dezember 2014 organisiert wurde, wurde im Mai als Ratsdokument 8570/15 veröffentlicht und ist auf der Eurojust-Webseite verfügbar. Das Ziel des Seminars war es, Praktiker zusammenzubringen, um Schwierigkeiten bei der gegenseitigen Anerkennung für die mit dem aktuellen Rechtsrahmen verbundene Vermögensabschöpfung zu identifizieren. Auf dieser Basis wurden rechtliche und praktische Wege identifiziert, um die justizielle Kooperation in diesem Bereich zu erweitern, insbesondere bezüglich i) Auffinden von Vermögensgegenständen, Sicherstellung und Einziehung: Herausforderungen bei der gegenseitigen Anerkennung und Ausführung; ii) Alternativen zur Einziehung auf der Grundlage

Fallbeispiel

Anfang 2013 informierten die Gesundheitsbehörden des Vereinigten Königreichs ihre spanischen Kollegen über sechs illegale Versandvorgänge, die 25 600 Tabletten gefälschter, aus Indien stammender Medikamente enthielten, die zu einer Person in Spanien transportiert werden sollten. Es wurde eine kontrollierte Lieferung durchgeführt und der Empfänger wurde von den spanischen Behörden verhaftet.

Die Ermittlungen im Vereinigten Königreich wiesen darauf hin, dass etwa 50 Webseiten auf Servern mit Standort in der Tschechischen Republik und den Niederlanden gehostet wurden, Medikamente zum Verkauf ohne ärztliche Verschreibung anboten, hauptsächlich Produkte, die zur Bekämpfung erektiler Funktionsstörungen verwendet werden. Die Medikamente, die in Indien produziert wurden, wurden ins Vereinigte Königreich geschickt, um von dort an andere Einzelhändler innerhalb der Europäischen Union zum weiteren Vertrieb verteilt zu werden. Die Bestellungen wurden entweder über das Internet oder per Telefon aufgegeben. Die Zahlungen erfolgten per Kreditkarte auf Bankkonten in verschiedenen Mitgliedstaaten, die diese Mittel über eine Anordnung von Brückenkonten in Zypern kanalisiert.

Verbindungen mit anderen Ermittlungen in Österreich zielten auf eine kriminelle Vereinigung ukrainischen Ursprungs mit Verbindungen nach Israel und der Russischen Föderation ab und wurden von Europol identifiziert. Zwei operative Treffen bei Europol im April 2013 und im Februar 2014 ermöglichten, dass die Polizeibehörden Informationen austauschten, wodurch mögliche Verbindungen mit französischen Ermittlungen erkannt wurden, die eine Gruppe von in Israel verwalteten Webseiten betraf, auf denen ebenfalls Medikamente ohne ärztliche Verschreibung angeboten wurden.

Die spanischen Behörden legten Österreich, Belgien, Zypern, Deutschland, Indien und den USA Rechtshilfeersuchen vor, um die Begünstigten der illegalen Aktivität zu identifizieren und die Erträge aus den Straftaten zu lokalisieren und zu beschlagnahmen, deren Wert auf etwa

1 800 000 Euro geschätzt worden war. Als Ergebnis der Treffen bei Europol, die potentielle Verbindungen mit Ermittlungen in anderen Ländern betrafen, traten die spanischen Behörden an Eurojust heran, um die justiziellen Aspekte ihrer Fälle zu koordinieren. Ein Koordinierungstreffen wurde im März 2014 abgehalten, an dem Spanien, Österreich, Belgien, Zypern, Deutschland, Frankreich, das Vereinigte Königreich, die USA und Europol teilnahmen.



Das Treffen führte zu engen Verbindungen, die zwischen den Fällen in mehreren Staaten identifiziert wurden, und es wurde ein JIT, an dem Eurojust und Europol teilnahmen, zwischen Österreich, Spanien und Frankreich eingerichtet. Das JIT wurde durch Eurojust finanziert und später auf das Vereinigte Königreich ausgeweitet. Das Koordinierungstreffen ermöglichte zudem ein Gespräch über die Straftaten, die in den jeweiligen Staaten Gegenstand der Ermittlungen waren, um einen Kompetenzkonflikt oder ein ne bis in idem zu vermeiden. Schließlich unterstützte die Analyse von Eurojust die Rechtshilfersuchen und die Teilnehmer waren in der Lage, sich überschneidende Ersuchen zu erkennen, deren Ausführung zu koordinieren, sich auf die Bedingungen für den Austausch der aufgenommenen Beweismittel zu einigen und ein Bankkonto zu identifizieren, das bei Verfahren in Österreich, Spanien und Frankreich eine zentrale Rolle einnahm.

Im Juni 2014 führten die spanischen Behörden eine neue Verhaftung sowie eine Beschlagnahme von 25 000 Tabletten durch und neue Beweismittel wurden in Österreich, Frankreich und dem Vereinigten Königreich gesammelt, aus denen sich die Notwendigkeit ergab, Aktionen kurzfristig zu besprechen. Zu diesem Zweck wurde ein Koordinierungstreffen mit Österreich, Spanien, Eurojust und Europol in Wien abgehalten. Die laufenden Verfahren wurden diskutiert und es wurde eine gemeinsame Strategie vereinbart. Österreich, Spanien und Frankreich konzentrierten sich auf Betrug und Straftaten die mit dem öffentlichen Gesundheitswesen zusammenhängen, wogegen das Vereinigte Königreich einen innovativen Ansatz verfolgte und nur bei Geldwäscheaktivitäten mit Schwerpunkt auf die Vermögensverfolgung zur weiteren Einziehung ermittelte.

Die Ermittlung im Vereinigten Königreich profitierte von den Ermittlungen in den anderen Staaten, aus denen hervorging, dass Hauptstraftaten an anderen Orten in der Europäischen Union begangen wurden. Während des Treffens wurde eine Entscheidung getroffen, koordinierte Aktionen an einem gemeinsamen Zugriffstag durchzuführen, um weitere Beweise zu sammeln. Da die meisten geplanten Aktionen eine justizielle Komponente aufwiesen, beispielsweise die Ausführung der Rechtshilfersuchen, wurde ein Koordinierungszentrum bei Eurojust im September 2014 unter Beteiligung aller JIT-Mitglieder eingerichtet.

Am Zugriffstag wurden 12 Beschuldigte verhaftet und 16 Personen wurden entweder als Beschuldigte oder Zeugen vernommen. Österreich, Ungarn und das Vereinigte Königreich führten 23 Durchsuchungen durch und es wurden 91 Bankkonten in den beteiligten Staaten eingefroren und eine Million Tabletten beschlagnahmt. Vermögen in geschätztem Wert von etwa 7,8 Millionen Euro wurden eingezogen.

Ein abschließendes Koordinierungstreffen wurde bei Eurojust im März 2015 gehalten, um Informationen zu den Verfahren in den beteiligten Staaten auszutauschen und die JIT-Operation zu bewerten.

einer Verurteilung: Sicherstellung, dass Straftaten sich nicht bezahlt machen; sowie iii) rechtliche und justizielle Herausforderungen bei der Vermögensverwaltung und -verfügung, Aufteilung und Rückführung von eingezogenen Vermögenswerten aus Sicht des Praktikers.

Die Schlussfolgerungen wurde beim 8. Treffen des beratenden Forums am 12. Dezember 2014 vorgestellt und dienten als Grundlage für ein weiteres Gespräch der Forummitglieder. Die [Schlussfolgerungen des beratenden Forums](#) wurden im Mai als Ratsdokument 8552/15 veröffentlicht und sind auf der Eurojust-Webseite verfügbar. Forummitglieder riefen EU-Institutionen an, um die EU-Gesetzgebung in diesem Bereich zu konsolidieren und zu kodifizieren als Reaktion auf die Notwendigkeit einer stärkeren Harmonisierung der wesentlichen und verfahrensbezogenen strafrechtlichen Bestimmungen im Hinblick auf die Erweiterung des gegenseitigen Vertrauens, einer Hauptvoraussetzung für die effektive gegenseitige Anerkennung.

Es wurde eine allgemeine Übereinkunft zur Wichtigkeit der Festsetzung eines multidisziplinären Ansatzes und der Förderung einer Interaktion zwischen den Justiz-, Polizei- und Finanzbehörden, die an der Ermittlung und Strafverfolgung in Fällen der Vermögensabschöpfung beteiligt sind,

erzielt. Die Forummitglieder betonten die Möglichkeit, konfisziertes Eigentum im öffentlichen Interesse oder für soziale Zwecke einzuziehen, um das öffentliche Vertrauen in das Justizsystem zu erweitern. Im Hinblick auf die Anerkennung und Ausführung von NCBC-Entscheidungen wiesen die Forummitglieder darauf hin, dass das vom NCBC aufgebrachte Anliegen nicht der gegenseitigen Anerkennung unterliegen sollte, da die Aufträge möglicherweise einen Verstoß gegen die nach der Europäischen Menschenrechtskonvention geschützten Grundrechte darstellen und gegebenenfalls eine detailliertere Analyse erfordern. In dieser Hinsicht könnte eine weitere legislative Aktion auf EU-Ebene erwogen werden, um eine Vermögensabschöpfung, die nicht auf einer Verurteilung basiert, zu unterstützen. Die Definition eines begrenzten NCBC-Mittels mit minimalen Absicherungen, das eine gegenseitige Anerkennung auf EU-Ebene erhalten könnte, wurde vorgeschlagen.

Hinsichtlich der Rolle von Eurojust hoben die Forummitglieder den Mehrwert der operativen Instrumente von Eurojust wie Koordinierungstreffen als vertrauenswürdige Forum hervor, im Rahmen dessen Praktiker Informationen austauschen können und Durchsuchungen, Beschlagnahmen und Verhaftungen koordiniert werden können. Außerdem

unterstützt Eurojust aktiv Mitgliedstaaten bei der Einrichtung und der Durchführung von JITs sowie der Vereinfachung der justiziellen Kooperation mit Drittstaaten.

Schließlich zogen Forummitglieder in Erwägung, dass die bewährten Methoden in den Mitgliedstaaten dokumentiert und den Praktikern mitgeteilt werden sollten, und ermutigten Eurojust, Untersuchungen im Hinblick auf die Entwicklung eines gemeinsamen Modells mit minimalen Absicherungen fortzusetzen, die eine gegenseitige Anerkennung auf EU-Ebene erzielen könnten.

Entsprechend dieser Schlussfolgerungen ist Eurojust dabei, relevantes Fallrecht sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene zusammenzustellen, das

Belange berührt, die im Hinblick auf NCBC auftreten sowie konstitutionelle Belange im Zusammenhang mit der inländischen Gesetzgebung, die mit dem Verlust oder dem Erhalt von Eigentum zusammenhängt und die die Definition eines begrenzten NCBC-Modells mit minimaler Absicherung ermöglicht.

Im Dezember 2015 nahm Eurojust am Treffen von Menschenhandelsexperten von EMPACT zu finanzstrafrechtlichen Ermittlungen und Vermögensabschöpfung teil und hielt eine Präsentation. Die Präsentation konzentrierte sich auf die Herausforderungen, die im grenzüberschreitenden Prozess der Beschlagnahme und Abschöpfung der Erträge aus Straftaten auftreten.



Die Verwaltung von Eurojust



Die Verwaltung von Eurojust unterstützt das Kollegium bei der operativen Arbeit und der Funktion als Verwaltungsrat von Eurojust. 2015 fanden 27 operative Sitzungen und 10 Verwaltungsratssitzungen statt. Die Verwaltung unterstützt zudem die Nationalen Tische bei der Bearbeitung ihrer Fälle. Insgesamt fanden

128 Team- und Task-Force-Sitzungen des Kollegiums statt. Hierbei handelt es sich um vorbereitende Gremien, die sich aus Mitgliedern des Kollegiums und der Verwaltung zusammensetzen und Entscheidungen des Kollegiums im jeweiligen Kompetenzbereich vorbereiten und umsetzen.

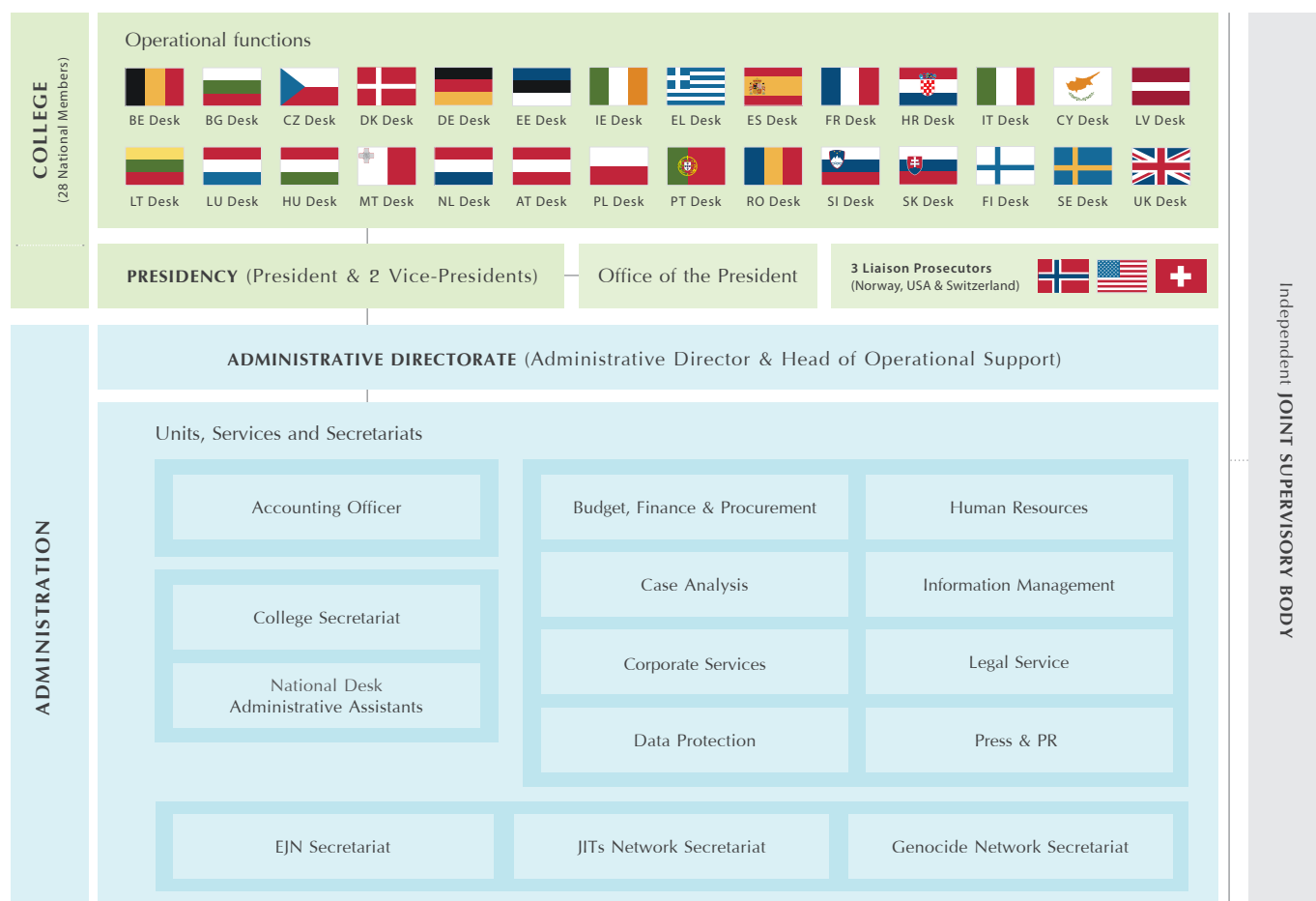
4.1 Unterstützung der operativen und strategischen Arbeit

Die Verwaltung unterstützt die Nationalen Büros in ihrer Fallarbeit durch Unterstützung beim Einsatz elektronischer Instrumente, die mit der systematischen Verwaltung von Fällen (insbesondere das Fallbearbeitungssystem) und manuellen Dateien verbunden sind, entsprechend der vom Kollegium verabschiedeten Richtlinien. Weiterhin wird die Vorbereitung und die Nachbearbeitung von Koordinierungstreffen und Koordinierungszentren von der Verwaltung auf Anforderung hin unterstützt, u.a. Bereitstellung von vorläufigen Fallunterlagen, Analyseberichten sowie Rechtsmeinungen und Beratung über die Umsetzung von Instrumenten justizieller Zusammenarbeit.

Die Arbeit bezüglich der Entwicklung des *Verfahrenshandbuchs* ging voran, insbesondere zu Richtlinien zur Einleitung eines Eurojust-Falls sowie drei Kapitel, die operativen Treffen (Treffen auf Ebene II), Koordinierungstreffen und Koordinierungszentren gewidmet sind.

Diese wichtigen Teile des *Verfahrenshandbuchs* wurden vom Kollegium unter dem Aspekt verabschiedet, dass die internen Methoden von Eurojust verbessert und harmonisiert werden und damit die operative Arbeit vereinfacht wird. Alle übrigen Kapitel wurden 2015 dem Kollegium zur Betrachtung und Diskussion vorgelegt.

Die Verwaltung wirkte 2015 bei der Entwicklung neuer Instrumente zum Wissensmanagement bei Eurojust mit. In diesem Kontext wurde zusätzlich zur kontinuierlichen Entwicklung des Fallmanagementsystems das neue Fallinformationsformblatt (CIF) erstellt und allen Nationalen Büros zur Verfügung gestellt. Das CIF erfasst relevante Informationen im Zusammenhang mit den Fällen, beispielsweise wie Hindernisse beseitigt wurden, bewährte Methoden und gewonnene Erkenntnisse und bietet einen flexiblen Weg, bei den erfassten Daten Ähnlichkeiten zwischen den Fällen zu suchen und Statistiken zu erstellen.





Klaus Rackwitz, Administrative Director



Alfredo García Miravete, Operational Support



Mike Moulder, Budget, Finance & Procurement



Alinde Verhaag, Case Analysis



Jacques Vos, Corporate Services



Nikolaos Panagiotopoulos, Human Resources



Jon Broughton, Information Management



Catherine Deboyser, Legal Service



Diana Alonso Blas, Data Protection



Ulf Bergström, Press & PR



Carla García Bello, College Secretariat



Ola Löfgren, EJN Secretariat



Vincent Jamin, JITs Network Secretariat



Matevž Pezdirc, Genocide Network Secretariat

Mit Unterstützung der Verwaltung veranstaltete das Kollegium sieben operative Themen und vier thematische Gespräche im Jahr 2015.

Operative Themen

Die nationalen Behörden haben die Möglichkeit, Eurojust zu ersuchen, Informationen zusammenzustellen oder Rechtsberatung von den Mitgliedstaaten zu einem Thema zu erteilen, das relevant sein oder operative Implikationen haben kann. Das Kollegium registrierte sieben solcher operativer Themen:

- (i) der Einsatz von Rechtshilfe und die Bedingungen von Ersuchen um Rechtshilfe, die bei versuchten oder durchgeführten Fällen von Telekommunikations-/Internetbetrug gewährt werden;
- (ii) Auslieferung in die Türkei;
- (iii) Prinzip *doppelter Strafverfahren*, die mit Steuerbetrug zusammenhängen;
- (iv) ausländische terroristische Kämpfer in der Ukraine;
- (v) neue dänische Waffengesetzgebung;
- (vi) Funktionsweise der audiovisuellen Erfassung von Kontakten zwischen Polizei und Beschuldigten in den Mitgliedstaaten (sowohl bei der Verhaftung und Zeugenaussagen);
- (vii) Vorgehensweise bei der Auslieferung einer Person mit Standort auf der Krim.

Thematische Gespräche

Als Ergebnis einer Kollegiumsentscheidung im Jahr 2014 wird Zeit bei den Plenarsitzungen für den Austausch von Erfahrungen und bewährten Methoden in Bereichen eingeplant, die von speziellem operativen Interesse für Eurojust sind. Es wurden vier thematische Gespräche gehalten:

- (i) virtuelle Währungen/Kryptowährungen;
- (ii) Zuständigkeitskonflikte;
- (iii) Datenspeicherung;
- (iv) kontrollierte Lieferungen.

Thematische Gespräche werden von einem Referenten vom Kollegium mit Unterstützung der Verwaltung vorbereitet.

Mit einem Blick auf die Vereinfachung des strukturierten Informationsaustauschs zwischen Eurojust und den Mitgliedstaaten erstellte die Verwaltung ein verbessertes, benutzerfreundlicheres Artikel-13-Formblatt, das zum weiteren Testen und einer nachfolgenden Weiterentwicklung vom Kollegium verabschiedet wurde. Um die Arbeit des ENCS zu unterstützen, aktualisierte die Verwaltung regelmäßig, den Extranet-Bereich, der für die nationalen Korrespondenten für Eurojust erstellt wurde. In diesem Kontext wurden nationale Richtlinien zur Umsetzung von Artikel 13 und die Aufteilung von Fällen zwischen Eurojust und dem EJN weiterhin erfasst und aktualisiert, zusammen mit den Fiches Suédoises, die eine Übersicht über die Einrichtung und Funktionsweise des ENCS in den Mitgliedstaaten bieten.

Im Lauf des Jahres 2015 unterstützte die Verwaltung weiterhin das Kollegium mit der Überwachung und Analyse der andauernden Verhandlungen zum Entwurf der Bestimmungen von Eurojust, Europol und EPPO und mit Vorbereitung

der damit verbundenen Eurojust-Meinungen und -Beiträge für die EU-Interessenvertreter. Außerdem wirkte die Verwaltung bei der Einrichtung und Überwachung von Aktionsplänen für die Umsetzung der Empfehlungen der sechsten Runde gegenseitiger Evaluierungen und der externen Evaluierung mit.

4.2 Belegschaft und Haushalt

Ende 2015 hatte Eurojust 349 Bedienstete, u.a. 69 Nationale Mitglieder, Stellvertreter und Assistenten, 199 Bedienstete auf Zeit, 7 Übergangsbienstete, 23 Vertragsbedienstete, 23 entsandte Nationale Experten und 28 Praktikanten.

Der Eurojust-Haushalt für 2015 betrug 33 818 Millionen Euro, einschließlich den berichtigten Haushalt, um das prognostizierte Defizit im Zusammenhang mit Personalkosten auszugleichen.

Eurojust verzeichnete erneut ein Haushaltsdefizit im Jahr 2015 aufgrund nicht vorhergesehener Kostenentwicklungen, die mit strukturellen Mängeln bei der Communication on the Programming of Human and Financial Resources (Mitteilung zur Planung von Personal- und Finanzressourcen) (im Folgenden der mehrjährige Finanzrahmen (MFF) genannt) der Europäischen Kommission einherging. Für das zweite Jahr in Folge war Eurojust gezwungen, auf Reduzierungsmaßnahmen aufgrund eines berichtigten Haushalts zurückzugreifen, u.a. der Aufschub von Aktivitäten und die Verschiebung technologischer Entwicklungen, die für langfristige Effizienzsteigerungen gedacht sind.

Da die Bestätigung des berichtigten Haushalts unsicher war und erst im letzten Quartal des Jahres offiziell bestätigt wird, wurde der geplante Beitrag von Eurojust zum Jahres-Arbeitsprogramm notwendigerweise unterbrochen, um sicherzustellen, dass die rechtlichen Verpflichtungen der Organisation und die operative Arbeit nach wie vor Vorrang hatte. Während Eurojust bezüglich der Umsetzung des Haushalts und der Sicherung der Anerkennung für zusätzliche Kredite, die durch den berichtigten Haushalt erforderlich wurden, erfolgreich war, führte die unvermeidliche Steigerung bei den Überträgen und Haushaltsübertragungen zu Bemerkungen der Prüfer im Zusammenhang mit Schwächen bei der Haushaltsplanung und -umsetzung.

Da die durch Abstimmung verabschiedeten und berichtigten Haushalte die MFF-Grenzwerte in den letzten drei Jahren überstiegen (inklusive 2016), ist Eurojust optimistisch, dass die Überarbeitung des MFF, die von der Europäischen Kommission 2016 vorgesehen ist (parallel zum Haushaltszyklus 2017) die Situation hinsichtlich des Haushalts und der Anzahl der Posten beheben wird. In dieser Hinsicht strebt Eurojust eine Überarbeitung des MFF an, um die strukturellen Defizite und andere unvorhergesehenen und unvermeidlichen Kosten zu bestätigen. Eine solche Überarbeitung stellt nicht nur eine Effizienzsteigerung dar, sondern - was wichtiger ist - stellt die Mittel für Eurojust sicher, um die (personellen) Ressourcen voll einzusetzen, damit auf die steigenden Anfragen von den Mitgliedstaaten für

die justizielle Kooperation und das Voranbringen der Ziele des Jahres-Arbeitsprogramms wie geplant reagiert werden kann. Ohne diese erforderliche Anpassung der MFF-Grenzwerte für Eurojust im Zeitraum 2017-2020 werden kumulative und unvermeidliche rechtliche/finanzielle Verpflichtungen die operative Arbeit beeinträchtigen.

Die finanzielle Leistung verbesserte sich weiter im Vergleich zu 2014 mit einem Haushaltsvollzug von 99,86 Prozent. In Übereinstimmung mit der interinstitutionellen Vereinbarung und der Anforderung, die Stellen um fünf Prozent zu kürzen, hat Eurojust vier vakante Stellen gefunden, die für diesen Zweck in 2015 benannt worden sind, gemäß der Strategie der Organisation, keine bestehenden Arbeitsverträge zur Erzielung von Kürzungen zu kündigen.

Die Umsetzung des ABAC-Erweiterungsprojektes ermöglichte die effizientere Nutzung der Personalressourcen in der Verwaltung von Eurojust, während das neue Zeiterfassungsinstrument (eRecording), das vom Verwaltungsdirektor für das gesamte Verwaltungspersonal 2015 eingeführt wurde, ein wichtiger Schritt in Richtung einer aktivitätsbasierten Überwachung und Berichterstattung ist.

Eurojust fuhr fort mit der Gepflogenheit, das Arbeitsprogramm mit den anderen JI-Agenturen auszutauschen, und gab auch Feedback zu den Planungsdokumenten der anderen JI-Agenturen.

Konsolidierter jährlicher Tätigkeitsbericht

Der konsolidierte jährliche Tätigkeitsbericht des Verwaltungsdirektors für 2015, der zur Zeit der Veröffentlichung des Eurojust-Jahresberichts 2015 in Vorbereitung ist, enthält weitere Detailinformationen über die von der Verwaltung erzielten Erfolge im Lauf des Jahres. Die Berichterstattung über den konsolidierten jährlichen Tätigkeitsbericht folgt der von den Leitern der EU-Agenturen genehmigten Struktur und basiert hauptsächlich auf der Umsetzung der Ziele des Jahres-Arbeitsprogramms 2015 von Eurojust, den Aktivitäten und Hauptleistungsindikatoren, die darin für jedes strategische Ziel festgelegt werden, sowie den zugewiesenen Personal- und Finanzressourcen.

4.3 Externe Kommunikation

Eurojust konzentrierte sich auf sechs Bereiche: (i) Unternehmenskommunikation und Corporate Identity, z. B. Markenbildung, Marketing und Positionierung; (ii) EU- und Außenbeziehungen; (iii) Erweiterung der Medienwirksamkeit und Berichterstattung in Europa; (iv) Stärkung der digitalen Kommunikation von Eurojust; (v) Publikationen, z. B. Studien, Berichte und Broschüren; und (vi) interne Kommunikation.

Eurojust veröffentlicht regelmäßig Pressemitteilungen und Nachrichtenartikel (95 im Jahr 2015) zur operativen Arbeit und den nicht operativen Aktivitäten.

Im Rahmen des Netzwerks der JI-Agenturen, das bei eu-LISA im Jahr 2015 untergebracht war, wirkte Eurojust

beim [Videoclip](#) der JI-Agenturen mit. Eurojust wirkte auch bei einer Broschüre mit Frontex, EASO, Europol, eu-Lisa und FRA auf Hotspots mit.

Die Veröffentlichungen und Infografiken sind auf unserer [website](#) verfügbar.

Ein Auszug der Eurojust-Produkte im Jahr 2015:



Eurojust hielt **Marketingseminare** in Irland im März, in Spanien im Mai und in Rumänien im November und 42 Informationsveranstaltungen in den verschiedenen Mitgliedstaaten als Teil der andauernden Initiative, die Arbeit von Eurojust hervorzuheben und Praktiker in den Mitgliedstaaten auf den Wert und die Effizienz aufmerksam zu machen, die Eurojust bei grenzüberschreitenden Fällen beisteuert. Bei den Marketingseminaren geht es detaillierter um die Fallarbeit von Eurojust und wie Eurojust Praktikern helfen kann. Die Informationsveranstaltungen bieten einen allgemeineren Überblick über die Arbeit von Eurojust.

4.4 Das neue Gebäude

2015 gingen die Bauarbeiten wie geplant voran und der Terminplan wurde eingehalten.

Im vierten Quartal nahm das Gebäude Gestalt an. Das Planungsprojekt wurde abgeschlossen und die Vergabeverfahren wurden begonnen und werden 2016 abgeschlossen sein.

Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten

Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten

2015 gingen 18 Anfragen für einen öffentlichen Zugriff auf die Eurojust-Dokumente ein, was eine Reduzierung im Vergleich zu 25 Anträgen im Jahr 2014 darstellt. Es gingen keine Zweitanträge im Jahr 2015 ein. Weitere Informationen sind auf der [Webseite](#) von Eurojust verfügbar.

Öffentliches Register

Das öffentliche Register ist dazu gedacht, Bürgern einen einfacheren Zugang zu Dokumenten zu bieten, die von Eurojust aufbewahrt werden, ohne einen formalen Antrag für den Zugriff auf Dokumente stellen zu müssen. Das öffentliche Register ist auf der Eurojust-[Webseite](#) erhältlich.

Strategisches Seminar zu Conflicts of Jurisdiction (Kompetenzkonflikten) und beratendes Forum unter der lettischen EU-Präsidentschaft



Workshop zu Datenspeicherung unter luxemburgischer EU-Präsidentschaft



Eurojust und Praktikernetzwerke



Die Sekretariate von EJM, dem JIT-Experten-Netzwerk und dem Genozid-Netzwerk werden von Eurojust eingerichtet unter Zurückgreifen auf die eigenen Ressourcen. Die Mitglieder sind Teil des Eurojust-Personals und stellen eine regelmäßige Berichterstattung des Kollegiums zu den Initiativen und Aktivitäten sicher. Die Sekretariate unterstützen die Netzwerke und erleichtern die Kooperation mit den Nationalen Büros in den gemeinsamen Aktionsbereichen.

Eurojust unterstützt auch die Aktivitäten des beratenden Forums.

5.1 Europäisches Justizielles Netz

Das EJM ist ein Netzwerk aus Kontaktstellen zur Erleichterung der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen. Es wurde 1998 gegründet. Das Sekretariat wurde 2003 bei Eurojust eingerichtet.

Treffen Die Plenartreffen im Jahr 2015 fanden in Riga und Luxemburg statt. Bei dem Treffen in Riga ging es um den EU-Rahmenbeschluss zur Überstellung von Häftlingen und der Richtlinie zur Europäischen Schutzanordnung. Beim Treffen in Luxemburg wurden die drei Richtlinien zu den Verfahrensrechten von Beschuldigten und angeklagten Personen diskutiert. Es wurden drei Treffen bei Eurojust in Den Haag gehalten: das reguläre Treffen, das Treffen der Nationalen Korrespondenten und das Treffen der technischen Anlaufstellen. Außerdem fanden regionale Treffen in Kroatien, Estland und Litauen statt sowie nationale Treffen in Bulgarien, Frankreich und Portugal, um über die justizielle Kooperation in den verschiedenen Bereichen zu sprechen und sie zu verbessern, u.a. die Beziehungen zwischen dem EJM und Eurojust. Vertreter der Nationalen Tische nahmen an diesen Treffen teil.

EJM-Newsletter Der EJM-Newsletter wurde 2015 als ein Mittel eingeführt, um Informationen über laufende Aktivitäten des EJM und des EJM-Sekretariats an die EJM-Kontaktstellen zu übermitteln.

EJM-Dreiervorsitz Das EJM änderte die aktuelle Arbeitsweise des Dreiervorsitzes zugunsten einer dynamischeren Methode unter Einbeziehung der künftigen EJM-Präsidenschaften bei der Planung in einem früheren Stadium als zuvor ab. Dieses neue Format - das EJM-Präsidium - besteht aus früheren, aktuellen und zwei zukünftigen EJM-Präsidenschaften.

EJM und Eurojust Das EJM und Eurojust arbeiteten zusammen an einem gemeinsamen Ansatz zu den Empfehlungen bezüglich des EJM in der sechsten Runde der gegenseitigen Evaluierungen. Ein Aktionsplan wurde eingerichtet, um sicherzustellen, dass die Empfehlungen umgesetzt werden. Das gemeinsame Papier [*Assistance in International Cooperation in Criminal Matters for Practitioners: EJM and Eurojust, What can we do for you?*](#) (*Internationale Zusammenarbeit in*

Strafsachen – Hilfestellung für die Praxis, Europäische Justizielles Netz und Eurojust, Können wir Ihnen helfen?) wurde in alle offiziellen EU-Sprachen übersetzt und auf den Webseiten des EJM und von Eurojust veröffentlicht. Dieses gemeinsame Papier informiert justizielle Praktiker in den Mitgliedstaaten über die Leistungen und die Unterstützung, die vom EJM und Eurojust geliefert werden kann, um Praktikern bei der Entscheidung zu helfen, ob Fälle vom EJM oder Eurojust bearbeitet werden sollten. Das Papier stellt zudem sicher, dass das EJM und auch Eurojust Fälle bearbeiten werden, die in ihre Mandate fallen, unter effizienter und effektiver Nutzung der Zeit und Ressourcen und Vermeidung einer doppelten Arbeit.

EJM-Webseite Eine neue [Homepage](#) für die EJM-Webseite wurde eingeführt. Das neue Design bietet einen leichteren Zugriff auf die Informationen und Tools auf der Webseite. Die justizielle Bibliothek auf der Webseite verfügt über alle Formen von Instrumenten der gegenseitigen Anerkennung zur justiziellen Kooperation in Strafsachen in bearbeitbarem Word-Format in allen offiziellen EU-Sprachen. Die neue Version des justiziellen Atlas wurde eingeführt. Er kann nun Praktikern helfen, die zuständigen Behörden für alle Instrumente der gegenseitigen Anerkennungen sowie für traditionelle Rechtshilfersuchen zu finden.

e-Justice-Portal Gespräche und Kooperation zwischen dem EJM und e-Justice wurden fortgesetzt mit dem Ziel, die EJM-Webseite auf dem e-Justice-Portal, der elektronischen Schnittstelle im Raum für Freiheit, Sicherheit und Recht, zu hosten.

Fortbildung Das EJM-Sekretariat organisierte das sechste Fortbildungsseminar in englischer Sprache für die EJM-Kontaktstellen bei der Europäischen Rechtsakademie in Trier. Im Laufe einer Woche lernten und übten die Teilnehmer Vokabel und Phrasen im Zusammenhang mit justizieller Kooperation in Strafsachen und tauschten Informationen über die jeweiligen nationalen Systeme aus.

5.2 Netzwerk der Nationalen Experten für gemeinsame Ermittlungsgruppen

Das JIT-Experten Netzwerk, das 2004 eingerichtet wurde, setzt sich aus nationalen Justiz- und Polizeikontaktstellen zusammen, die verantwortlich sind für die Anregung zur Verwendung von JIT und der Unterstützung des Austauschs von Informationen und bewährten Methoden zwischen Mitgliedstaaten. Eurojust beherbergt seit 2011 das Sekretariat und trägt damit zu einer effektiveren Interaktion bei.

Jahrestagung Die 11. Jahrestagung der nationalen Experten von gemeinsamen Ermittlungsgruppen fand am 11. und 12. Juni 2015 statt. Das Hauptthema bei der diesjährigen Tagung war *Enhancing access to JITs: what tools to support innovative practice? (Erweiterung des Zugriffs auf JIT: Mit welchen Instrumenten werden innovative Methoden unterstützt?)* mit Blick auf die Evaluierung der Notwendigkeit, die vorhandenen

Funding joint investigation teams

Providing technical and financial support to JITs is part of Eurojust's mission to stimulate and improve the coordination of investigations and prosecutions in cross-border criminal cases. This funding programme ensures that financial and other organisational constraints linked to the cross-border nature of a case do not hinder the establishment and operational needs of a JIT.

Who can apply?

- Judicial and/or law enforcement authorities
- JITs between EU States and
JITs between EU/non-EU States
- Eurojust's National Members invited
to participate in the JIT

What is not covered?



- ✗ Costs prior to the JIT
- ✗ Domestic costs
- ✗ Purchase of equipment
- ✗ Pre-financing of costs

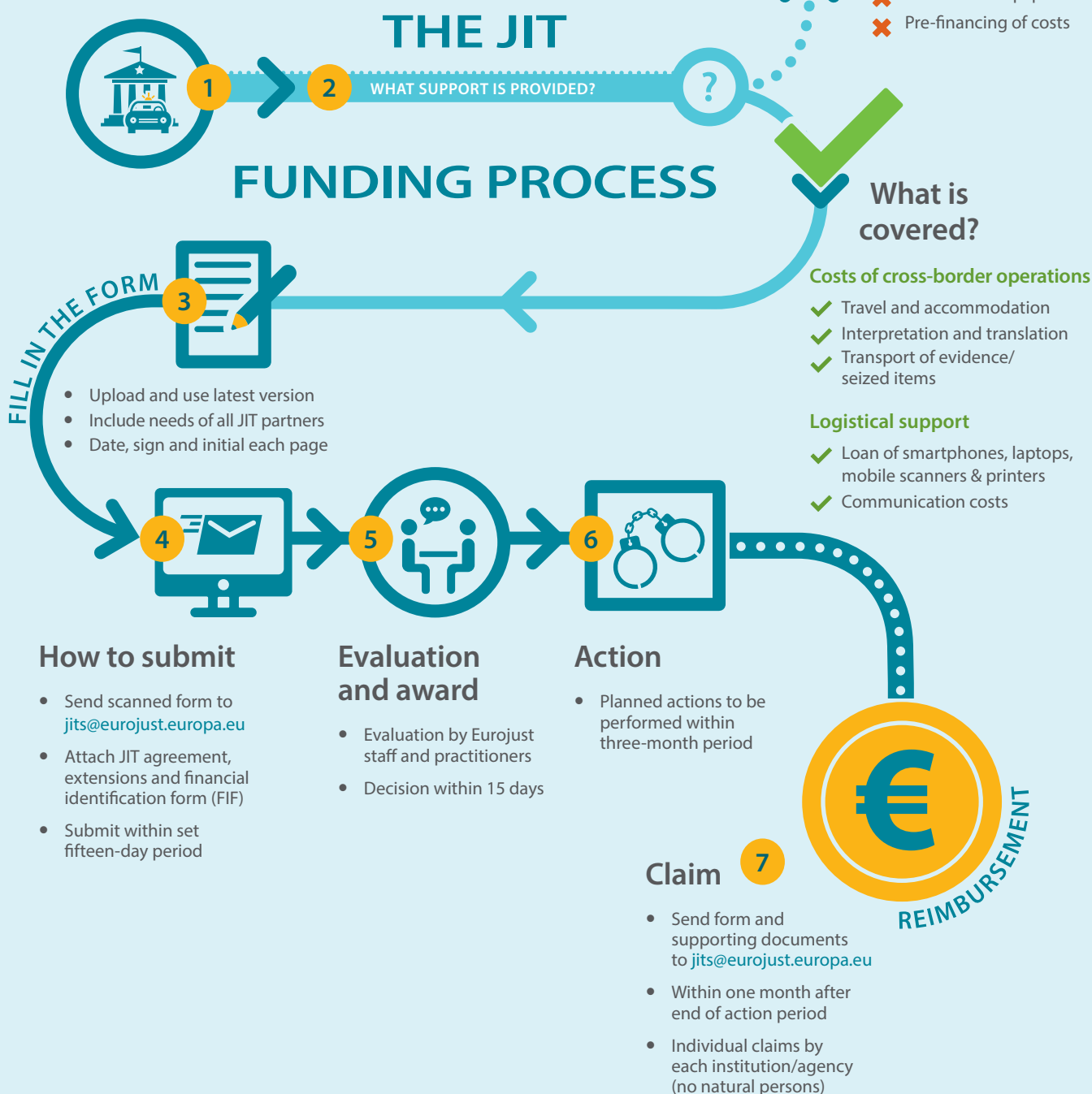
What is covered?

Costs of cross-border operations

- ✓ Travel and accommodation
- ✓ Interpretation and translation
- ✓ Transport of evidence/
seized items

Logistical support

- ✓ Loan of smartphones, laptops,
mobile scanners & printers
- ✓ Communication costs



Unterstützungsinstrumente (JIT-Handbuch, Modellvereinbarung, operativer Aktionsplan für JIT) im Licht der gewonnenen Erfahrung zu überprüfen. [Die Schlussfolgerungen der Tagung](#) sind auf der Eurojust-Webseite verfügbar.

Projekte Ein erheblicher Fortschritt wurde im Bezug auf die Projekte des JIT-Expertennetzwerks erzielt. Insgesamt wurden 12 *Fiches Espagnoles* – Übersichten über die Gesetzgebung der Mitgliedstaaten zur Einrichtung und Funktion von JIT – über den zugangsbeschränkten Bereich des JIT-Expertennetzwerks verfügbar gemacht. Im Dezember wurde ein erster *JIT-Evaluierungsbericht* freigegeben und Praktikern und interessierten Standesvertretern zur Verfügung gestellt. Dieses Dokument konsolidiert quantitative und qualitative Ergebnisse, die sich aus der Eigenbewertung von 42 JITs ergeben, die beim Sekretariat zwischen April 2014 und Oktober 2015 eingingen. Es legt die Vorzüge, die bewährten Methoden und die Herausforderungen dar, die Praktiker beim Einsatz von JITs erleben.

Eingeschränkter Bereich des JIT-Expertennetzwerks Beim eingeschränkten Bereich des JIT-Expertennetzwerks handelt es sich um eine Web-Plattform, die als umfassende Quelle für im Zusammenhang mit JITs stehende Informationen fungiert, insbesondere im Bezug auf –die Rechtslage zu JITs and deren praktische Auslegung. 2015 wurde als Teil der Schlussfolgerungen des JIT-Jahrestreffens die Entscheidung getroffen, den Zugang zu dieser Plattform auf alle interessierten Praktiker in den Mitgliedstaaten zu erweitern, z.B. EJN-Kontaktstellen und JIT-Leiter, die an einem JIT beteiligt waren, das finanzielle Unterstützung erhielt.

Finanzielle Mittel für JIT Die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Eurojust und dem JIT-Expertennetzwerk wird auch dadurch bestätigt, dass seit 2013 dem Sekretariat die Aufgabe zukommt, die finanzielle Unterstützung von JIT-Aktivitäten durch Eurojust (*siehe* Abschnitt 1.4) zu organisieren.

Fortbildung Das JIT-Expertennetzwerk und das Sekretariat setzte die erfolgreiche Kooperation fort, die mit CEPOL und dem EJTN aufgebaut wurde, um praktische Fortbildungen zu JITs – sowohl innerhalb als auch außerhalb der Europäischen Union – zu planen und umzusetzen. Diese spielen eine wichtige Rolle bei der Erweiterung des Einsatzes dieses Instruments.

5.3 Genozid-Netzwerk

Das Genozid-Netzwerk wurde 2002 eingerichtet, um eine enge Kooperation zwischen den nationalen Behörden in Ermittlungen und Verfahren wegen Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen durch den Austausch operativer Daten, bewährter Methoden und gesammelten Erfahrungen sicherzustellen. Das Sekretariat des Genozid-Netzwerkes wurde im Juli 2011 bei Eurojust eingerichtet.

Treffen Es fanden 2015 zwei Plenartreffen bei Eurojust statt. Im April ging es um die Verwendung von Open-

Source-Daten und Erdbeobachtungsdaten in Ermittlungen und Verfahren schwerer internationaler Verbrechen und im Oktober um Unterscheidung zwischen Kämpfern und Zivilisten und die Möglichkeiten, verschiedene Teilnehmer an aktuellen bewaffneten Konflikten in verschiedenen Bereichen des Strafrechts (Terrorismusbekämpfung, internationales Strafrecht, gewöhnliche Verbrechen) zu verfolgen. Die Ergebnisse beider Plenartreffen sind auf der Eurojust-[Webseite](#) verfügbar. Außerdem wurden zwei *Ad-hoc*-Treffen abgehalten, um nationale Ermittlungen zum andauernden bewaffneten Konflikt in Syrien zu diskutieren und voranzutreiben und die Kooperation im Zusammenhang mit dem inzwischen beendeten Konflikt in Liberia zu vereinfachen.

Strategiepapier Fortschritte wurden durch die Veröffentlichung eines Strategiepapiers erzielt, das ein umfassendes Maßnahmenpaket zur verstärkten Unterstützung der nationalen Behörden im Kampf gegen Straffreiheit enthält. Das [Strategiepapier](#) wurde von den Ministern für Justiz und Inneres gutgeheißen und ist ein europäisches Referenzinstrument mit praktischen Richtlinien zu Ermittlungen und Verfahren wegen schwerer internationaler Verbrechen auf nationaler Ebene. Es wurde in alle offiziellen EU-Sprachen übersetzt und ist verfügbar auf der Webseite von Eurojust.

Erweiterung des eingeschränkten Bereichs Der eingeschränkte Bereich, eine Webplattform, die für die nationalen Behörden relevante Informationen in deren Kampf gegen Straffreiheit enthält, wurde zusätzlich erweitert und aktualisiert, um den Nationalen Kontaktstellen benutzerfreundlichere und hilfreichere Unterstützung zu bieten.

Fortbildung Zum ersten Mal fand 2015 eine Fortbildung für nationale Richter und Staatsanwälte zu schweren internationalen Straftaten und die spezifischen Eigenschaften der damit verbundenen Ermittlungs- und Hauptverfahren statt. Die Fortbildung wurde vom Sekretariat des Genozid-Netzwerks in Kooperation mit dem EJTN entwickelt und umgesetzt. Sie konzentrierte sich auf die juristischen Besonderheiten von Verfahren des internationalen Strafrechts und deren Anwendung auf die nationalen Rechtsprechungen. Sie enthielt Module zur Ermittlung von Straftaten, Arten der Verantwortlichkeit, Herausforderungen bei der Beweisführung und praktische Probleme bei der Aufbereitung eines Falls für ein Hauptverfahren sowie die justizielle Kooperation mit Drittstaaten, der UN und NGOs.

5.4 Beratendes Forum der Generalstaatsanwälte und der Leiter der Staatsanwaltschaften der Mitgliedstaaten der Europäischen Union

Das [beratende Forum](#) wurde 2010 eingerichtet, um die justizielle Kooperation und das gegenseitige Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten zu stärken und den EU-Institutionen einen Input der Justizbehörden zur Entwicklung des Raums

der Freiheit, Sicherheit und Justiz zu geben. 2015 setzte Eurojust seine rechtliche, administrative und finanzielle Unterstützung der Tätigkeit des beratenden Forums fort und hielt u.a. die halbjährlichen Treffen des Forums ab.

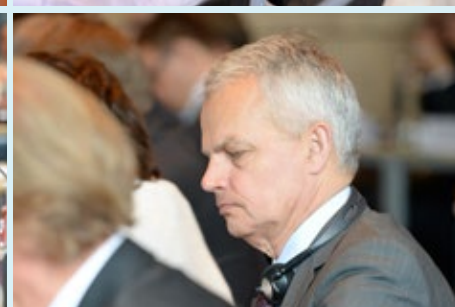
Im Juni 2015 veranstaltete Eurojust das [9. Treffen des beratenden Forums](#) unter lettischer Präsidentschaft. Das Treffen wurde vom Generalstaatsanwalt von Lettland einberufen und bot den Forumsteilgliedern eine Gelegenheit, die Einrichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft und deren Beziehung zu Eurojust mit Frau Věra Jourová, Kommissarin für Justiz, Verbraucher und Gleichberechtigung, zu diskutieren. Ansichten zur Rolle der Europäischen Staatsanwaltschaft, Eurojust, dem EJN, Europol und OLAF im Lichte der aktuellen und der zukünftigen Rechtslage wurden unter den Forumsteilnehmern ausgetauscht. Als weiteres Thema von großem Interesse präsentierte Eurojust seinen Standpunkt zum Phänomen der ausländischen terroristischen Kämpfer und der strafrechtlichen Reaktion darauf. Das Treffen des beratenden Forums fiel mit einem Strategischen Seminar zum Thema *Conflicts of jurisdiction, transfer of proceedings andne bis in idem: successes, shortcomings and solutions (Zuständigkeitskonflikte, Übernahme der Strafverfolgung und ne bis in idem: Erfolge, Mängel und Lösungen)* zusammen. Das beratende Forum erzielte gemeinsame Schlussfolgerungen zu diesem Thema auf der Basis des Ergebnisses des Seminars und der Beiträge, die von Forumsteilnehmern geleistet wurden (siehe Abschnitt 3.1).

Der Generalstaatsanwalt von Luxemburg veranstaltete das [10. Treffen des beratenden Forums](#) bei Eurojust im Dezember 2015. Forumsteilnehmer tauschten Ansichten zu den praktischen Implikationen der Aufhebung der Vorratsdatenspeicherungs-Richtlinie durch den EuGH für Ermittlungen und Verfahren aus. Eurojust informierte die Teilnehmer über die jüngste Arbeit von Eurojust im Bereich der Terrorismusbekämpfung und ausländischer terroristischer Kämpfer, über die jüngsten EU-Initiativen, um die Migrationskrise zu bewältigen und über Aktivitäten von Eurojust, um die Schlepperei zu bekämpfen. Die Forumsteilnehmer tauschten Erfahrungen zu Herausforderungen aus, die auf nationaler Ebene auftreten, und erarbeiteten gemeinsame Schlussfolgerungen, die den politischen Entscheidungsträgern in der EU in diesen Bereichen präsentiert werden. Dem beratenden Forum ging ein Eurojust-Seminar zum Thema *Data retention in the fight against serious crime: the way forward (Vorratsdatenspeicherung im Kampf gegen schwere Kriminalität: der Weg nach vorne)* voraus (siehe Abschnitt 3.2).

Beide Gelegenheiten brachten eine große Bandbreite an Experten und hochrangigen Vertretern der nationalen Strafverfolgungsbehörden sowie Vertreter der EU-Agenturen und -Institutionen zusammen. Anlässlich des fünften Jubiläums des beratenden Forums wurden Überlegungen über das künftige Format und den Inhalt des beratenden Forums angestellt. Die [Schlussfolgerungen der Treffen](#) des beratenden Forums sind auf der Webseite von Eurojust verfügbar.



Sitzungen des beratenden Forums unter der lettischen EU-Präsidentschaft ...



... und der luxemburgischen EU-Präsidentschaft





Evaluierung und Perspektiven für die Zukunft

Thema

Sechste Runde der gegenseitigen Bewertungen in den MitgliedstaatenEvaluierungen in den Mitgliedstaaten

Entsprechend der gemeinsamen Aktion 97/827/JI, die vom Rat am 5. Dezember 1997 verabschiedet worden war, beschloss GENVAL im Juni 2011, dass die sechste Runde der gegenseitigen Evaluierungen der praktischen Umsetzung und Operation des Ratsbeschlusses 2002/187/JI vom 28. Februar 2002, geändert durch die Beschlüsse 2003/659/JI und 2009/426/JI und die gemeinsamen Aktion 98/428/JI vom 29. Juni 1998 zur Schaffung eines Europäischen justiziellen Netzwerks, aufgehoben und ersetzt durch den Ratsbeschluss 2008/976/JI zum Europäischen justiziellen Netzwerk in Strafsachen in den Mitgliedstaaten.Mitgliedstaatengewidmet werden sollte, mit dem Eurojust im Hinblick auf die Verstärkung des Kampfes gegen schwere Vergehen eingerichtet wurde.

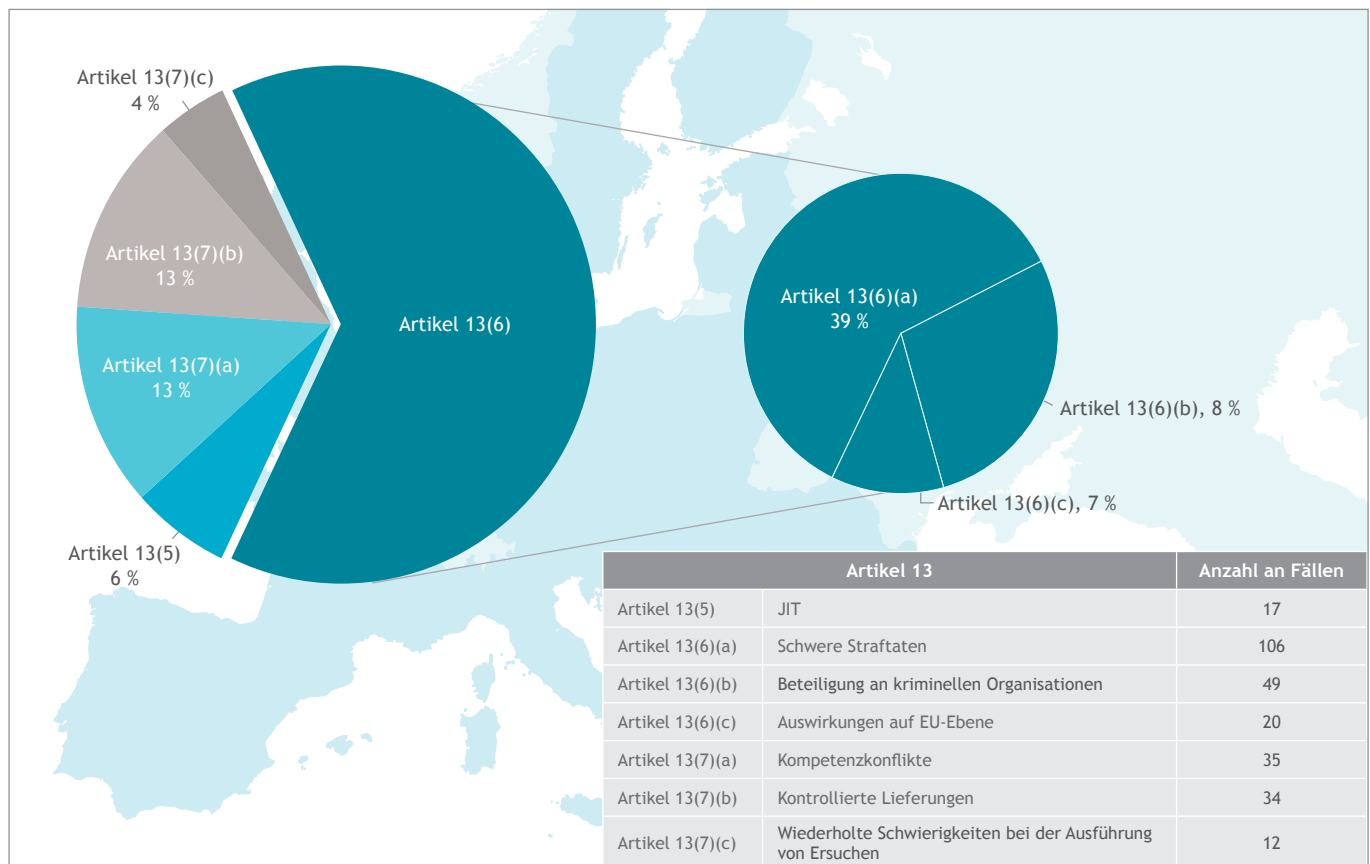
Die gegenseitigen Evaluierungen (peer evaluations) durch Experten wurden Mitgliedstaatenzwischen Mai 2012 und Mai 2014 in den Mitgliedstaaten durchgeführt; Eurojust-Beobachter nahmen an jeder dieser Aktivitäten teil. Nach den MitgliedstaatenBesuchen der Mitgliedstaaten erstellten die Experten mit Unterstützung des Ratssekretariats und der Beobachter Berichte über ihre Wahrnehmungen. Der Abschlussbericht, der das Gesamtergebnis der sechsten Runde gegenseitiger Evaluierungen widerspiegelt, wurde am 17. Dezember 2014 verabschiedet. Er enthält 24 Empfehlungen an Mitgliedstaaten, Europäische Institutionen, Eurojust und das EJN.

Im Oktober 2014 verabschiedete das Kollegium von Eurojust einen internen Aktionsplan zur Vereinfachung der Umsetzung der Empfehlungen, die in der sechsten Runde der gegenseitigen Evaluierungen an Eurojust gerichtet wurde. 2015 wurde ein weiterer Fortschritt in allen Bereichen erzielt, so kam es zu einer Stärkung der operativen Kapazitäten von Eurojust, der Mittel und Instrumente für den Informationsaustausch mit kompetenten nationalen Behörden und zu einer Effizienzsteigerung in der Kooperation mit dem EJN.

Fiches Suédoises

Die *Fiches Suédoises* bieten einen Überblick über die Struktur und Funktionsweise des ENCS je nach Mitgliedstaaten. Dieses Werkzeug wird durch Eurojust kontinuierlich aktualisiert, um die Umsetzung des ENCS sowie den Erfahrungsaustausch und Austausch über bewährte Methoden zu unterstützen. Seit November 2014 enthalten die Fiches einen Absatz, der eine Sammlung von verfügbaren nationalen Richtlinien mit Bezug auf die Anwendung von Artikel 13 des Eurojust-Ratsbeschlusses sowie der Aufteilung der Fälle zwischen Eurojust und EJN beinhaltet.

Artikel-13-Fälle



Eurojust-Extranet

Das Eurojust-Extranet ist ein eingeschränkter Bereich auf der Webseite von Eurojust, auf den die Nationalen Korrespondenten für Eurojust Zugriff haben. Es enthält Dokumente, die für Praktiker relevant sind, wie nationale Richtlinien zur Verteilung von Fällen zwischen Eurojust und dem EJN, nationale Richtlinien zur Umsetzung von Artikel 13 des Eurojust-Ratsbeschlusses und die *Fiches Suédoises* zur Einrichtung des ENCS in den Mitgliedstaaten.

Externe Evaluierung von Eurojust und den Eurojust-Aktivitäten

Artikel 41a des Eurojust-Ratsbeschlusses schreibt vor, dass das Kollegium eine unabhängige externe Evaluierung der Umsetzung des Eurojust-Ratsbeschlusses und der von Eurojust durchgeführten Tätigkeiten vor dem 4. Juni 2014 in Auftrag geben soll, die danach alle 5 Jahre wiederholt wird.

Das Kollegium von Eurojust startete den Prozess, eine Evaluierung von Eurojust durchzuführen, im Jahr 2013 durch die Verabschiedung der Themenbereiche in Absprache mit der Europäischen Kommission. Ein Vergabeverfahren wurde in der ersten Hälfte von 2014 durchgeführt und EY (ehemals Ernst & Young) wurde beauftragt, die Evaluierung durchzuführen, was zwischen September 2014 bis Juni 2015 geschah. Der [EY-Abschlussbericht](#) zur Evaluierung des Eurojust-Ratsbeschlusses und der von Eurojust durchgeführten Aktivitäten wurde am 30. Juni 2015 herausgegeben. Der Bericht wurde der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und dem Rat vorgelegt.

Das Kollegium berücksichtigte und diskutierte die EY-Empfehlungen zur Weiterentwicklung und Verbesserung, insbesondere diejenigen, die den Führungsaufbau und die Notwendigkeit zur Verschlankeung der internen Arbeitsstrukturen, Methoden und operativen Verfahren beim Kollegium betreffen. Ende 2015 verabschiedete das Kollegium einen internen Aktionsplan zur Umsetzung der Empfehlungen, die den internen Aktionsplan im Zusammenhang mit der sechsten Runde gegenseitiger Evaluierungen

ergänzt. Die Präsidentin berichtete die Ergebnisse der Evaluierung dem Europäischen Parlament und organisierte eine Nachbearbeitung bei Eurojust im Dezember 2015.

Legislative Entwicklungen zur Eurojust-Verordnung

Mit Blick auf Artikel 85 AEUV und zur Stärkung von Eurojust und zur Steigerung seiner Effektivität legte die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine Eurojust-Verordnung im Juli 2013 vor. Im März 2015 verabschiedete der Rat eine partielle allgemeine Ausrichtung, der die Bestimmungen des Verordnungsentwurfs außer jener über die Europäische Staatsanwaltschaft umfasste. Eurojust wirkte auf der Basis der Erfahrung weiterhin an den Verhandlungen der EU-Institutionen u.a. zum Datenschutz mit.

Die Europäische Kommission startete den Gesetzgebungsvorschlag zur Einrichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft parallel zum Vorschlag für eine Eurojust-Verordnung unter Berücksichtigung von Artikel 86 AEUV, der festlegt, dass eine Europäische Staatsanwaltschaft von Eurojust eingerichtet werden kann. Die funktionale Beziehung zwischen einer künftigen Europäischen Staatsanwaltschaft und Eurojust und ihre Auswirkung auf die Aktivitäten von Eurojust und die Eurojust-Ressourcen werden von den EU-Institutionen weiterhin erwogen. Auf der Grundlage seiner Erfahrungen gab Eurojust den EU-Institutionen Input und teilte ihnen Bedenken mit.

Zitat aus dem EY-Abschlussbericht

„Eurojust ist eine grundsätzlich effektive Organisation, die sich immer wieder bei der operativen Kernarbeit auszeichnet. Die gesamte Fallarbeit von Eurojust ist stetig gewachsen (von 1 085 Fällen im Jahr 2007 auf 1 804 Fälle im Jahr 2014), was den guten Ruf, das Vertrauen, das die Organisation bei den nationalen Behörden aufgebaut hat, und den Mehrwert, den sie anbieten konnte, bestätigt.“

Weitere Vorgehensweise nach den Schlussfolgerungen des Rates

Im Juli verabschiedete der JI-Rat [einen Entwurf zu Schlussfolgerungen zum Eurojust-Jahresbericht 2014](#). Weitere Informationen sind im Folgenden in den Bereichen zu finden, in denen der Rat Eurojust bat, seine Arbeit zu erweitern und/oder Empfehlungen zu geben.

Stärkung der operativen Kapazitäten

- ▶ Erstellung eines Verfahrenshandbuchs zur Verbesserung der Effizienz und Effektivität von Eurojust, einschließlich Richtlinien zu Koordinierungstreffen;
- ▶ Die Nutzung des KoDD durch nationale Behörden wird von Eurojust regelmäßig überwacht und bewertet. Der KoDD ist dazu gedacht, dass er von den zuständigen nationalen Behörden verwendet wird, damit sie die jeweiligen Nationalen Vertreter bei Eurojust in dringenden Fällen außerhalb der Arbeitszeiten kontaktieren können. Der KoDD antwortet in der Sprache des Anrufers und leitet den Anruf zum diensthabenden nationalen KoDD-Vertreter weiter. Die externe Evaluierung von Eurojust kommt zu dem Schluss, dass die Nutzung des KoDD bisher relativ begrenzt war. Nationale Mitglieder konnten auch vor der Einrichtung des KoDD auf 24/7-Basis kontaktiert werden. Eurojust gab Input für die Verhandlungen zum Text der Eurojust-Verordnung und schlug die Löschung des Satzes *„durch eine einzige KoDD-Kontaktstelle bei Eurojust“* vor, da dies alternative Lösungen begrenzt;
- ▶ Die Arbeit an einem verbesserten, benutzerfreundlicheren Formular zu Artikel 13 begann unter Berücksichtigung der betreffenden Empfehlungen aus der sechsten Runde der gegenseitigen Bewertungen im Mitgliedstaat;Evaluierungen in den Mitgliedstaaten;
- ▶ Eine neue CMS-Funktion wurde entwickelt, um die Möglichkeiten von Eurojust zu stärken, den nationalen Behörden ein Feedback Mitteilungen nach Artikel 13 zu geben. Diese neue Lösung ermöglicht die Erkennung einer Verbindung zweier Fälle über Nacht und ermöglicht die Maximierung der Anzahl an nützlichen Treffern;
- ▶ Zweisichere Netzwerkverbindungen zwischen Eurojust und den Mitgliedstaaten (Spanien und Luxemburg) kamen 2015 hinzu, was zu einer Gesamtzahl von 13 führte;
- ▶ Es wurden zwei aktualisierte Versionen des CMS entwickelt, um die Umsetzung von Artikel 12 des Eurojust-Ratsbeschlusses entsprechend der Datenschutzrichtlinien von Eurojust zu unterstützen. Eurojust untersucht weiterhin kostengünstigere Möglichkeiten des Zugriffs auf das CMS für die Mitglieder des ENCS, insbesondere die Nationalen Korrespondenten für Eurojust;
- ▶ Die Nationalen Korrespondenten für Eurojust werden über nationale Richtlinien zur Umsetzung von Artikel 13 und der Aufteilung von Fällen zwischen Eurojust und dem EJR regelmäßig auf dem Laufenden gehalten. Weitere Informationen zur Funktion des ENCS in den Mitgliedstaaten sind in den Fiches Suédoises zu finden. Alle Informationen sind im eingeschränkten Bereich des Eurojust-Extranet zu finden;
- ▶ Interne Aktionspläne wurden entwickelt, um die Empfehlungen der sechsten Runde der gegenseitigen Evaluierungen und der externen Evaluierung von Eurojust in einer zeitnahen und effizienten Weise umzusetzen.

Kriminalitätsbereiche: Terrorismus – ausländische terroristische Kämpfer und Cyberkriminalität

- ▶ Verstärkter Austausch von Informationen entsprechend dem Ratsbeschluss 2005/671/JI;
- ▶ Eurojust TCM 2015;
- ▶ Dritter Eurojust-Bericht zu ausländischen terroristischen Kämpfern;
- ▶ Verbindung mit dem Europol-Focal Point *Travellers*;
- ▶ Mitwirkung von Eurojust bei *TE-SAT*;

- ▶ Taktisches Treffen *Towards a common judicial response to foreign fighters (Entwicklung einer gemeinsamen justiziellen Reaktion auf ausländische Kämpfer)*;
- ▶ Jährliches Strategisches Treffen der Nationalen Korrespondenten für Eurojust in Terrorismusangelegenheiten;
- ▶ Ernennung von Kontaktstellen in Algerien, Chile, Irak, Jordanien, Libanon, der Palästinensischen Autonomiebehörde und Saudi-Arabien;
- ▶ Abordnung eines Eurojust-Vertreterers zu EC3;
- ▶ Gemeinsames Eurojust-Europol-Papier *Common challenges in cybercrime cases (Gemeinsame Herausforderungen in Fällen der Cyberkriminalität)*;
- ▶ Evaluierung des Einflusses der Aufhebung der Vorratsdatenspeicherungs-Richtlinie 2006;
- ▶ Taktisches Treffen zur *Territorialität im Cyberspace und der Zulässigkeit von elektronischen Beweismitteln bei Justizverfahren im Zusammenhang mit Cyberkriminalität*;
- ▶ Eurojust-Treffen *Towards a Judicial Cybercrime Network (Entwicklung eines justiziellen Cyberkriminalitätsnetzwerks)*;
- ▶ Teilnahme an der siebten Runde der gegenseitigen Evaluierungen, die der Cyberkriminalität gewidmet ist.

Zusammenarbeit mit den Partnern EJN, Europol und OLAF

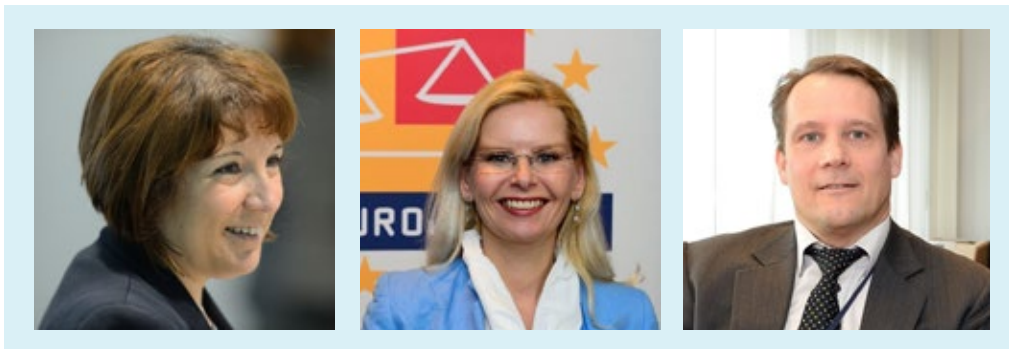
- ▶ Gemeinsames Eurojust/EJN-Papier *Assistance in International Cooperation in Criminal Matters for Practitioners: EJN and Eurojust, What can we do for you? (Internationale Zusammenarbeit in Strafsachen – Hilfestellung für die Praxis, Europäische Justizielles Netz und Eurojust, Können wir Ihnen helfen?)*, übersetzt in alle offiziellen EU-Sprachen und auf den Webseiten des EJN und von Eurojust veröffentlicht;
- ▶ Eurojust und EJN koordinierten ihre internen Aktionspläne zur Nachbearbeitung der Empfehlungen aus der sechsten Runde der gegenseitigen Evaluierungen;
- ▶ Europol nahm an 99 Koordinierungstreffen und an fünf Koordinierungszentren in 34 Eurojust-Fällen teil;
- ▶ Formale Verbindung mit 24 von 29 Europol-Kontaktstellen und aktive Teilnahme bei der Entwicklung des OAP 2016;
- ▶ OLAF nahm an fünf Koordinierungstreffen teil und arbeitete gemeinsam mit Eurojust an 20 Fällen; das erste JIT unter Beteiligung von OLAF.

Kooperation mit Drittstaaten

- ▶ Verstärkte Beteiligung von Drittstaaten bei Eurojust-Fällen, Koordinierungstreffen, Koordinierungszentren und JITs;
- ▶ Abordnung einer Verbindungsstaatsanwältin für die Schweiz bei Eurojust;
- ▶ Verhandlungen für Kooperationsabkommen mit der Ukraine und Montenegro wurden zum Abschluss gebracht;
- ▶ Eurojust-Netzwerk der Kontaktstellen auf 39 Drittstaaten vergrößert;
- ▶ Seminar *Application of the Mutual Legal Assistance and Extradition Agreements between the EU and the USA (Anwendung von Rechtshilfe und Auslieferungsvereinbarungen zwischen der EU und den USA)*;
- ▶ Zudem diskutierte Eurojust die Rolle und den Rechtsstatus der Eurojust-Verbindungsrichter in Drittstaaten, einschließlich der Kriterien für die Auswahl von Drittstaaten für deren Abordnung; Eurojust setzte die Arbeit auf der technischen Seite zur Verabschiedung, in Absprache mit der Europäischen Kommission, der Umsetzungsvereinbarungen gemäß Artikel 27a(4) des Eurojust-Ratsbeschlusses fort;
- ▶ Eurojust unterstützt mehrere Projekte im Westbalkan.

Vielen Dank und auf Wiedersehen

Wir danken **Donatella Frendo Dimech**, dem ehemaligen Nationalen Mitglied für *Malta*, **Ingrid Maschl-Clausen**, dem ehemaligen Nationalen Mitglied für *Österreich*, und **Harri Tiesmaa**, dem ehemaligen Nationalen Mitglied für *Finnland*, für ihre Arbeit und ihren wertvollen Beitrag zu Eurojust.



Wir danken auch **Teresa-Angela Camelio**, Erste Assistentin des Nationalen Mitglieds für *Italien*, und **Pietro Suchan**, Zweiter Assistent des Nationalen Mitglieds für *Italien*, für ihre Arbeit für das Italienische Büro und ihre wertvolle Unterstützung für Eurojust.



© Eurojust, 2016

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Einwilligung von Eurojust in irgendeiner Form und unabhängig von der Art und Weise oder den dafür eingesetzten Mitteln (elektronisch, mechanisch, durch Fotokopieren, Aufzeichnen, Speichern und Abrufen in Datenspeicherungsanlagen) vervielfältigt oder verarbeitet werden.

Wir bedanken uns bei allen Abteilungen für ihren Beitrag.

Fotos: Barry Irvine, Jakov Minić (Eurojust); Shutterstock

ISBN: 978-92-9490-058-6



9 789294 900586



EUROJUST

Maanweg 174, 2516 AB Den Haag, Nederlande

Tel.: +31 70 412 5000 - E-Mail: info@eurojust.europa.eu - Website: www.eurojust.europa.eu